

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen (1993 – 2017 - 25. aktualisierte Auflage)

Antirassistische Initiative e.V.
>> Dokumentationsstelle <<
Haus Bethanien – Südflügel
Mariannenplatz 2A – 10997 Berlin
Fon 030 – 617 40 440
Fax: 030 – 627 40 101
ari-berlin-dok@gmx.de
www.ari-dok.org/

Einige Beispiele:

Suizide – Selbstverletzungen – verletzt/getötet nach Abschiebungen – Grenze – Gewalt von Polizei oder Sicherheitsdienst – Familien-Trennungen

2. Januar 17

Gaimersheim im Kreis Eichstätt – Bundesland Bayern. Kurz nach 7.00 Uhr morgens betritt ein 19 Jahre alter Afghane den Supermarkt in der Nähe der Pfarrkirche "Mariä Aufnahme". Er gelangt unbemerkt ins Warenlager, wo er sich mit Benzin übergießt und anzündet. Obwohl die Angestellten des Supermarktes schnell hinzukommen und versuchen, die Flammen zu löschen, muß er mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus transportiert werden.

Der Bayerische Flüchtlingsrat kommentiert die Situation der jungen afghanischen Flüchtlinge: Sie stünden angesichts der sich häufenden Arbeitsverbote und der bereits vollzogenen Abschiebungen alle "unter Strom".

*Polizei Oberbyern Nord 2.1.17;
SZ 2.1.17; Welt 2.1.17;
MOZ 2.1.17*

6. Januar 17

JVA Büren in Nordrhein-Westfalen. Amadou Ba und Mamadou Drame werden auf die Abschiebung über Düsseldorf nach Bamako in Mali folgendermaßen vorbereitet: Sie bekommen an jeweils beiden Fuß-, Hand- und Kniegelenken Fesseln – die Hände werden sogar zusätzlich – also doppelt – noch mit Kabelbindern fixiert. Ihre Oberarme werden durch breite Brustgürtel direkt am Körper fest fixiert, so daß ihre Bewegungsmöglichkeit quasi auf Null reduziert ist.

Da sie sich bereits zweimal erfolgreich gegen ihre Abschiebung gewehrt hatten, findet die Abschiebung in einem Mini-Charter-Flugzeug statt, in dem neben drei Polizisten nur noch zwei Piloten Platz finden. Ein Abschiebeversuch von Amadou Ba am 27. Oktober 16 hatte die Passagiere einer Air France Linienmaschine in Paris so empört, daß sie laut gegen die Abschiebung protestierten und "Keine Gewalt" riefen, bis der Malier aus der Maschine geführt wurde. Derartige Einmischungen von Personen gegen stattfindende staatliche Gewalt sind bei der Abschiebung mit einem Mini-Flugzeug ausgeschlossen. Der Flug kostet 82.000 Euro und wird von der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX bezahlt. Diese neue EU-Regelung soll die Zahl der Abschiebungen deutlich erhöhen und zugleich deutlich machen, daß Abschiebungen stattfinden werden – egal, wie schwierig sie sind und was sie kosten.

Die Gefangenen müssen in der oben geschilderten Fesselung nicht nur die zwei bis drei Stunden bis zum Abflug in Düsseldorf aushalten, sondern auch während des Fluges –circa zusätzliche neun Stunden. Allein Amadou Ba werden nach einigen Stunden die Fuß- und Kniefesseln abgenommen.

Die beiden abgelehnten Asylbewerber lebten lange Zeit in Merseburg (Landkreis Saalekreis) in Sachsen-Anhalt. Amadou Ba war dort 13 Jahre lang und hatte zuletzt mit einem festen Arbeitsvertrag in einer Hühner-Schlachtereie gearbeitet. Sie wurden drei Monate vor ihrer Abschiebung in Abschiebehaft genommen.

*jW 9.1.17; Afrique Europe Interact 23.1.17;
taz 26.1.17; Antirassistisches Netzwerk Sachsen-Anhalt*

7. Januar 17

Bundesland Bayern. Am Parkplatz Heuberg-Petersberg der Bundesautobahn 93 wird ein LKW entdeckt, aus dem 16 irakische, drei iranische und ein syrischer Flüchtling herausgeholt werden. Sie alle leiden an Unterkühlungen.

BT DS 19/1399

9. Januar 17

Rottweil in Baden-Württemberg. Im Rahmen der ersten Sammelabschiebung in diesem Jahr werden Bajrush und Balkaz Demiris, ihre erwachsenen Söhne Ramush und Elvis und dessen 17-jährige Tochter Balkaza morgens um 4.00 Uhr aus ihrer Wohnung in der Eisenbahnstraße abgeholt und nach Skopje in Mazedonien abgeschoben.

Bei Herrn Bajrush Demiris war ein Gehirntumor festgestellt worden, und ein Termin zur Operation stand fest – er wurde durch die Abschiebung jetzt hinfällig.

Die Familie steht in Skopje im wahrsten Sinne auf der Straße: Sie haben weder Geld noch Arbeit, noch eine Wohnung und das bei Außentemperaturen von minus 22 Grad.

Insgesamt werden 53 Personen abgeschoben – 24 Flüchtlinge nach Belgrad in Serbien und 29 Menschen nach Skopje. 50 von ihnen sind Angehörige der Roma-Minderheit. Mit im Flieger befinden sich 16 Kinder unter 14 Jahren.

*radio dreyecksland 9.1.17;
Freiburger Forum 9.1.17;
Schwarzwälder Bote 9.1.17;
FRat BaWü Rundbrief 1/2017*

18. Januar 17

Bernau im brandenburgischen Landkreis Barnim. Gegen 12.20 Uhr wird ein 17 Jahre alter Asylbewerber aus Somalia vor dem Blumengeschäft am Bahnhofsplatz von einem Mann angerempelt und direkt danach mit einem Fauststoß attackiert. Auf der Jacke des Täters steht der Schriftzug "Security".

Die Polizei-Direktion Ost nimmt die Ermittlungen auf.
(siehe auch: 23. Januar 17)

Polizei Brandenburg 19.1.17

23. Januar 17

Lotte im Landkreis Steinfurt im Bundesland Nordrhein-Westfalen. In der Flüchtlingsunterkunft Moorbreede erscheinen gegen 1.00 Uhr drei Beschäftigte der Ausländerbehörde, vier Polizeivollzugsbeamte und ein Arzt, um einen 42 Jahre alten Algerier im Rahmen des Dublin-Verfahrens, nach Spanien zurückzuschicken. Dem Mann wird gesagt, daß er seine Sachen packen solle, er hätte dafür 15 Minuten Zeit.

Als der Mann seine Situation realisiert, gerät er in Panik, hält sich ein zerbrochenes Glas an den Hals und sagt, daß er sich töten wird. Der Aufmarsch der Uniformierten erinnert ihn an die Folter und Qualen, die er in Algerien erlebt hatte und vor denen er in Deutschland Schutz sucht. Über eine Stunde steht er in der Ecke des Raumes und fügt sich auch Schnittverletzungen zu.

Plötzlich ruft der anwesende Arzt "Zugriff", und die vier Polizisten stürmen augenblicklich auf ihn zu. Ihm wird Pfefferspray in die Augen gespritzt und Schlagstöcke, Fäuste und ein Elektroschocker werden gegen ihn eingesetzt. Ein Zeuge schildert später, daß er auch mit Fußtritten traktiert wurde, sein Kopf in eine Gardine gewickelt wurde und er schließlich an Händen und Füßen gefesselt war. Blutend und mit nacktem Oberkörper muß er mehr als zwei Stunden warten, bis er ärztliche Versorgung bekommt. Dann erfolgt sein Transport in einem Krankenwagen in Polizeibegleitung ins Krankenhaus nach Osnabrück. Danach wird er in die LWL-Klinik – ein psychiatrisches und neurologisches Krankenhaus – nach Lengerich gebracht.

Aufgrund der Skandalisierung des Abschiebungsversuches durch die Flüchtlingshilfe Lotte beginnt die Staatsanwaltschaft Münster gegen die gewalttätigen Polizisten zu ermitteln.

Das Ermittlungsverfahren wird Mitte Mai 2017 eingestellt, weil den Beamten "strafrechtlich kein Vorwurf zu machen" sei.

WN 17.2.17;
Flüchtlingshilfe Lotte 18.5.17;
NOZ 19.5.17

24. Januar 17

Baden-Württemberg. Der 56 Jahre alte Herr S. wird im Rahmen einer Sammelabschiebung aus der Abschiebehaft Pforzheim von der Polizei abgeholt und über Frankfurt am Main nach Afghanistan ausgeflogen. Auf dem Asphalt des Flughafens in Kabul erleidet der physisch und psychisch sehr kranke Mann einen schweren Schwindelanfall, so daß die afghanischen Behörden ihn direkt nach Deutschland zurückschicken. Hier kommt er erneut in Abschiebungshaft. (siehe auch: 7. Februar 17)

Am 22. Februar erfolgt der zweite Abschiebeversuch der deutschen Behörden. Der Gefangene befindet sich bereits im Polizeiwagen auf dem Weg von Pforzheim zum Flughafen München, von dem diesmal die Sammelabschiebung starten wird, als um 16.33 Uhr der Bescheid vom Bundesverfassungsgericht kommt, daß sein jüngster Asylantrag vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht ausreichend gewürdigt worden war. Der Mann kommt in die Abschiebehaft zurück und muß schließlich Ende Februar entlassen werden.

Als Kommandeur einer kleinen Mudschahedin-Einheit hatte Herr S. gegen die Taliban gekämpft und ist demzufolge mit dem Tode bedroht ist.

Im Jahre 2003 war er in die BRD geflüchtet und hatte Asyl beantragt. Nach dessen Ablehnung wurde er wegen eines gefälschten französischen Passes zu sechs Monaten Haft verurteilt. Nach der Entlassung bekam er eine Duldung und ging dann jahrelang einer Arbeit nach, bis ihm die Arbeitserlaubnis entzogen worden war. Ab Anfang Januar 2017 befand er sich in Abschiebungshaft.

Dem Unterstützungskreis und seiner Anwältin gelingt es im April 2017, ein Abschiebeverbot nach der Europäischen Menschenrechtskonvention durchzusetzen.

SZ 18.4.17

25. Januar 17

Kamenz im sächsischen Landkreis Bautzen. Hinter der Flüchtlingsunterkunft an der Macherstraße 160 finden BewohnerInnen eine schwer verletzte 20-jährige Frau aus dem Irak. Die junge Mutter ist aus einem der Fenster des mehrstöckigen Wohnblocks in die Tiefe gestürzt.

Von der Polizei und der Staatsanwaltschaft Görlitz wird mitgeteilt, daß es sich dabei nicht um eine Straftat handelt und auch nicht um einen Unfall.

Polizei Görlitz 25.1.17; LR 26.1.17;
Polizei Görlitz 6.10.17;
Staatsanwaltschaft Görlitz 9.10.17

Januar 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling aus der Erstaufnahme-Einrichtung Rahlstedter Grenzweg unternimmt einen Suizidversuch durch Medikamenteneinnahme.

Er kommt zur stationären Behandlung ins Klinikum Nord.
Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

Januar 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling aus der Erstaufnahme-Einrichtung Kurdamm nimmt eine Überdosis Tabletten zu sich.

Er kommt in Behandlung in die psychiatrische Ambulanz Wilhelmsburg.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

Januar 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling aus der Erstaufnahme-Einrichtung Holstenhofweg versucht sich, mit Medikamenten zu vergiften.

Er kommt längerfristig in psychiatrische Behandlung und wird für Stabilisierungssprechstunden angemeldet.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

Januar 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling aus der Erstaufnahme-Einrichtung Holstenhofweg äußert Suizidabsichten und schlägt dabei mit dem Kopf gegen eine Wand.

Er kommt ins Krankenhaus, wird an die psychiatrische Institutsambulanz verwiesen und soll an Stabilisierungsmaßnahmen teilnehmen.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

Januar 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling aus der öffentlich-rechtlichen Unterbringung in der Notkestraße, schneidet sich an beiden Unterarmen auf.

Er kommt zur Behandlung ins Krankenhaus Rissen

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

Januar 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling aus der öffentlich-rechtlichen Unterbringung in der Notkestraße, unternimmt einen Selbsttötungsversuch mit einer Überdosis Tabletten.

Er kommt zur Behandlung ins Krankenhaus Rissen

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

Januar 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling, der in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung im Lademannbogen lebt, schneidet sich in selbstverletzender Absicht die Pulsadern auf.

Nach medizinischer Behandlung bekommt er psychologische Unterstützung verordnet.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

1. Februar 17

Hamburger Bezirk St. Georg. In der Robert-Nhil-Straße liegt der 33 Jahre alte Omang A.A. auf dem Fußweg vor der Kneipe Zum Frühaufsteher und blutet stark. Der Zivilfahnder B. hat den Ghanaer gegen 16.00 Uhr mit drei Schüssen aus seiner Dienstwaffe niedergestreckt. Der Beamte ruft Verstärkung, und als seine uniformierten KollegInnen eintreffen, macht niemand Anstalten, ihm die Waffe, das Tatwerkzeug und somit wichtiges Beweisstück, abzunehmen – er steckt sie ein. Mindestens 15 Minuten vergehen, bis sich jemand um den Verletzten kümmert – schließlich kommt ein Krankenwagen und transportiert ihn ins Krankenhaus St. Georg.

Der ghanaische Flüchtling Omang A.A. hatte an diesem Tag viel Alkohol getrunken und war aus der Kneipe "Zum Frühaufsteher" herausgebeten worden, weil ein deutscher Stammgast geäußert hatte: "Wenn der bleibt, dann geh ich." Draußen bedrängte er zwei Prostituierte, von denen dann eine den ihr bekannten Zivilpolizisten B. um Hilfe bat.

Dieser stellte den Betrunkenen, der jetzt ein Küchenmesser mit einer ca. 5 cm langen Klinge in der Hand hielt. Die Männer stritten laut und schrien sich an. B. setzte Pfefferspray ein, und als dies nicht wirkte, gab er einen Schuß auf den Mann ab, der daraufhin zu Boden ging, so ein Zeuge. B. kickte etwas aus der Hand des Verletzten zur Seite – wahrscheinlich das Messer, vermutete derselbe Zeuge, und nach mindestens fünf Sekunden folgten zwei weitere Schüsse auf den Liegenden.

Letztlich traf eine Kugel den Mann in den rechten Unterschenkel, die zweite in den linken Oberschenkel und die dritte schlug in das Schaufenster eines Kleidungsgeschäftes ein. Er schoß aus Notwehr, wird der 46-jährige B. später aussagen, denn er hatte sich von dem schwächlichen, 1,65 Meter großen Afrikaner bedroht gefühlt.

Sein Opfer liegt die nächsten sieben Tage ohne Bewußtsein im Krankenhaus. Sobald Omang A.A. aufwacht, wird ihm ein Haftbefehl vorgelegt, denn ein Strafverfahren ist eingeleitet – dann kommt er ins Zentralkrankenhaus des Hamburger Justizvollzugs.

Omang A.A., der in Boukrom-Kumasi geboren wurde, war vor 15 Jahren vor Hunger und Armut aus Ghana geflüchtet und schlug sich lange Zeit als Bauarbeiter in Libyen durch. Wegen des Bürgerkriegs mußte er sich 2011 von seiner Frau und seinem Sohn trennen, die nach Nigeria flüchteten. Er selbst bestieg mit vielen anderen ein Schlauchboot und strandete in Lampedusa. 2013 erreichte er mit Freunden Hamburg.

Über eine Zeitarbeitsfirma wurde Omang A.A. ab 2016 als Hilfsarbeiter im Hamburger Hafen zu verschiedensten Arbeiten vermittelt.

Viele Flüchtlinge, die wegen absoluter Perspektivlosigkeit aus Italien weiter nach Deutschland gekommen waren, dorthin entsprechend dem Dublin-Verfahren zurückgeschoben werden müßten, organisierten sich und versuchten, mit vielen Aktionen ein Bleiberecht zu erhalten. Sie nennen sich Lampedusa-Flüchtlinge, und auch Omang A.A. gehört dazu. Gegenüber dem Hamburger Hauptbahnhof betreibt die Gruppe "Lampedusa in Hamburg" ein Info-Zelt. Hier hatte Omang A.A. Freunde gefunden.

Deutsche Freunde fand er im FC Hamburger Berg, einer Hobby-Fußball-Mannschaft der Türsteher von der Reeperbahn. Hier spielte er als Verteidiger und wurde "Perfection" genannt. Seine Mitspieler beschreiben ihn als verlässlich, freundlich und hilfsbereit. Auch nach dem Geschehen sagen sie: "Der FC Hamburger Berg steht geschlossen hinter ihm. Wenn es hilft, würden wir mit 200 Leuten für ihn demonstrieren."

Am 8. Februar – Omang A.A. liegt noch bewußtlos im Krankenhaus – demonstrieren Hunderte Menschen gegen Polizeigewalt und staatliche Willkür. Sie glauben weniger an

die Notfall-Situation des Polizisten, sondern vermuten eher auch rassistische Motive der Tat. Banner trugen die Worte: "Stop shooting us" und "Black lives matter".

Ab 9. Juni steht der Afrikaner wegen gefährlicher Körperverletzung, versuchter Nötigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und zweier weiterer Tatvorwürfen vor Gericht. Letztlich erhält er eine Bewährungsstrafe und die Auflage, sich einer Entziehungskur zu unterziehen.

*Polizei Hamburg 1.2.17;
taz 7.2.17; jW 8.2.17;
HM 8.2.17; taz 15.2.17; Spiegel 2.3.17;
Hamburgische Bürgerschaft DS 21/10496;
taz 22.6.17; Welt 22.6.17;
Bild 18.1.18*

3. Februar 17

Lehrte in der Region Hannover – Bundesland Niedersachsen. Zur Abschiebung der syrischen Familie K. erscheinen nachts um 2.00 Uhr mehrere Polizeiwagen-Besatzungen inklusive Diensthunden am Haus in der Ahlterer Straße. Da der 12-jährige Sohn wegläuft, als er das Polizeiaufgebot sieht, wird auf die Abschiebung des Vaters verzichtet, wie es heißt, weil der Junge nicht alleine in Deutschland bleiben soll. Mitgenommen werden Frau K. und ihre drei minderjährigen Kinder. Damit ist die Familie getrennt.

Sie werden nach Sofia in Bulgarien ausgeflogen, weil sie dort bereits Asyl beantragt hatten, aber nicht dort bleiben konnten.

Die Abschiebung erfolgt, obwohl am 25. Januar gerichtlich bestätigt wurde, daß eine Rechtsgrundlage dafür nicht gegeben ist.

Frau K. ist in Bulgarien völlig hilflos, denn Geld oder Unterstützung bekommt sie von den Behörden nicht. Auch die Unterbringung in einem Heim wird verweigert. Ohne Hilfe aus Deutschland würde sie mit ihren Kindern buchstäblich auf der Straße sitzen.

Am 7. Februar stellt das Verwaltungsgericht offiziell die Rechtswidrigkeit der Abschiebung fest. Trotzdem ist die Familie Ende Februar immer noch getrennt.

Am 3. April entscheidet die 15. Kammer des Verwaltungsgerichts Hannover, dem 19-jährigen Sohn der Familie einen vorläufigen Abschiebungsschutz zuzubilligen. Die Begründung lautet u.a.: "... nach Auffassung der Einzelrichterin droht international Schutzberechtigten in Bulgarien die Obdachlosigkeit und ihnen fehlt faktisch der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu staatlichen Sozialleistungen."

Da allerdings das Oberverwaltungsgericht der Region Hannover bzgl. der Abschiebung und der Familientrennung Recht gegeben hat, ist die Familie im April weiterhin getrennt.

*HAZ 3.2.17;
FRat NieSa 7.2.17;
FRat NieSa 28.2.17;
FRat NieSa 7.4.17*

7. Februar 17

Afghanistan. Gegen 16 Uhr sprengt sich ein Mann im Zentrum der Hauptstadt Kabul vor dem Obersten Gerichtshof in die Luft. Mehr als 20 Tote und 41 Verletzte sind die Folge. Unter den Verletzten befindet sich der 23 Jahre alte Atiqullah Akbari, der vor zwei Wochen aus Deutschland abgeschoben worden war. Es ist das erste Mal, daß er sich aus dem Gasthaus der Internationalen Organisation für Migration (IOM), in dem er einquartiert wurde, hinaustraute – das Erschrecken ist groß.

Er erinnert sich später, daß er einen Knall hörte, daß er in einer Apotheke verbunden und von einem Taxifahrer zu seiner Unterkunft zurückgefahren wurde. Er ist an Stirn und Nase durch Splinter verletzt.

Er ist einer der Flüchtlinge, die am 23. Januar um 20.45 Uhr mit einem zweiten Sammel-Charter über den Frankfurter Flughafen abgeschoben worden waren. 18 abgelehnte Asylbewerber aus Bayern, vier aus Baden-Württemberg, drei aus Hamburg und ein Mann aus Rheinland-Pfalz wurden zusammen nach Kabul abgeschoben. Dies geschah trotz zahlreicher Proteste, Petitionen und trotz massiver Warnungen des UNHCR. Noch am Flughafen Frankfurt protestierten circa 100 Demonstrierende gegen die Abschiebung.

Mit der Etikettierung "junge alleinstehende Männer" oder "Straftäter" versuchen die schwarz-, rot- oder grün-regierten Bundesländer, die Gefährlichkeit der Abschiebungen von Schutzbedürftigen in Kriegs- und Krisengebiete herunterzudefinieren.

Die meisten Flüchtlinge waren vorher in ihren Wohnorten abgeholt und inhaftiert worden. So auch Atiqullah Akbari, den vier Polizisten um 6.00 Uhr morgens aus seiner Unterkunft holten und in die JVA Bamberg brachten. Hier befanden sich dann fünf Afghanen aus der Region, die abgeschoben werden sollten. Einer von ihnen schnitt sich die Pulsadern auf. Die anderen wurden in den Bus nach Frankfurt gesetzt.

Einigen von den Bedrohten gelang es, sich der Festnahme zu entziehen. Eine Person, die sich wegen einer Not-Operation in einem Krankenhaus befand, wurde dort von der Polizei aufgesucht – die Klinik verweigerte jedoch die Mitnahme des Patienten.

Ein Abgeschobener, der 56-jährige Herr S. aus Pforzheim, der vor 14 Jahren nach Deutschland geflüchtet war, erlitt auf dem Flughafen in Kabul einen psychischen Zusammenbruch, so daß er von den afghanischen Behörden direkt zurückgewiesen wurde. (siehe auch: 24. Januar 17).

Atiqullah Akbari hatte eineinhalb Jahre in Strullendorf bei Bamberg (Regierungsbezirk Oberfranken) gelebt und war von einer "Patin" aus einem AsylhelferInnenkreis intensiv unterstützt worden. Er meldet sich nach dem Anschlag bei ihr und beklagt unter anderem, daß er seine Unterkunft verlassen müsse und nicht wisse, wohin er soll.

Bis zu seiner Flucht hatte er in Herat gelebt, kann dorthin aber nicht zurückkehren. Aufgrund seiner Arbeit bei der Organisation für Friedenstraining und –forschung hatte er Ankündigungen erhalten, daß zunächst seine Familie und dann er getötet werden würde. Seine Familie war daraufhin in die Türkei geflüchtet.

*FRat Bayern 23.1.17; Pro Asyl 23.1.17;
focus 24.1.17; FRat NieSa 24.1.17;
Pro Asyl 26.1.17; SZ 9.2.17;
FRat BaWü Rundbrief 1/2017
focus 12.2.17; StZ 22.2.17; swr 27.2.17;
Südwest Presse 9.3.17;
SZ 18.4.17; FRat BaWü 20.4.17*

9. Februar 17

Osnabrück im Bundesland Niedersachsen. In der Nacht dringen Zivilpolizisten lautstark in die Gemeinschaftsunterkunft an der Petersburg ein und überprüfen zunächst – unter Einsatz körperlicher Gewalt – einen Bewohner. Danach holen sie einen 53 Jahre alten Libanesen aus dem Bett und führen ihn innerhalb weniger Minuten ab.

Am Flughafen Düsseldorf erleidet der Flüchtling einen Nervenzusammenbruch, so daß der Pilot des für die Abschiebung vorgesehenen Flugzeugs sich weigert, ihn mitzunehmen.

Die Polizei bringt daraufhin den Gefangenen nach Hannover-Langenhagen in Abschiebehaft.

NOZ 11.2.17

19. Februar 17

Im Zentrum von Herten im Landkreis Recklinghausen – Nordrhein-Westfalen. Um 19.20 Uhr dringt ein 30 Jahre alter Asylbewerber über einen Balkon in eine Erdgeschoß-Wohnung eines Mehrfamilienhauses in der Kurt-Schumacher-Straße ein. Die 72-jährige Bewohnerin hört eine Scheibe zersplittern, verläßt die Wohnung, flüchtet zu ihrer Nachbarin und ruft die Polizei. Als die BeamtInnen erscheinen und die Räume durchsuchen, finden sie den Einbrecher. Dieser soll – laut späterer Ermittlungen – die BeamtInnen mit einem Messer bedroht haben, weshalb er von einem Polizisten mit zwei Schüssen aus der Dienstwaffe niedergestreckt wird. Er stirbt noch vor Ort, und neben ihm wird später ein Messer gefunden.

Der Mann war vorher aus einer geschlossenen psychiatrischen Einrichtung weggelaufen, in die er zwangsweise eingewiesen worden war.

Der Tunesier lebte seit 2012 in Herten und starb laut Obduktionsbericht an den Folgen eines Schusses in die linke Brust.

*Polizei Münster und Staatsanwaltschaft Bochum 20.2.17;
wdr 20.2.17; Bild 20.2.17*

21. Februar 17

Bundesland Sachsen. Mitten in der Nacht werden ein Vater und seine drei Kinder aus der Unterkunft abgeholt und in den Kosovo abgeschoben. Da der psychiatrisch schwer erkrankten Mutter und Ehefrau von einer Dresdner Amtsärztin die Reiseunfähigkeit attestiert worden war, ist diese nicht von der Abschiebung betroffen, aber die Familie ist dadurch getrennt. Die Frau bricht zusammen und wird in ein Krankenhaus eingeliefert.

Der Flüchtlingsrat Sachsen sieht in diesem Vorgehen einen klaren Erpressungsversuch, die zurückbleibenden Familienangehörigen so zur "freiwilligen Ausreise" zu zwingen.

Tatsächlich ist die Frau durch die Trennung von ihrem Mann und den Kindern so sehr unter Druck, daß sie am 2. März "freiwillig" in den Kosovo ausreist.

*FRat Sachsen 14.3.17;
FRat Sachsen 4.4.18*

24. Februar 17

Gemeinde Borsdorf im sächsischen Landkreis Leipzig. In der Flüchtlingsunterkunft für Kinder und Jugendliche wird die 17 Jahre alte Shewit Kabsay aus Eritrea tot aufgefunden. Die Jugendliche hat sich durch Erhängen das Leben genommen.

An diesem Tag war der jungen Frau von ihrem Vormund die Nachricht mitgeteilt worden, daß ihr Asylantrag nicht in Deutschland bearbeitet werden würde, weil sie in Italien bereits einen Antrag gestellt hat. Entsprechend dem Dublin-Verfahren würde sie nach Italien rückgeschoben werden.

Im Alter von 15 Jahren hatte Shewit Kabsay im Sommer 2015 ihre Eltern, ihre drei jüngeren Schwestern und ihren kleinen Bruder verlassen, um in Europa Arbeit zu finden, mit der sie ihre Familie unterstützen wolte.

Ihr Weg führte sie aus Senafe im Süden Eritreas nach Äthiopien, von da aus in den Sudan nach Libyen, über das Mittelmeer bis nach Italien und schließlich – ein Jahr später – in die Erstaufnahme-Einrichtung im hessischen Gießen. Nach einem Aufenthalt in Markranstädt wurde sie im Januar 2017 im Kinderheim für minderjährige Flüchtlinge in Borsdorf untergebracht. Hier lebte sie zusammen mit 22 anderen Jugendlichen aus Ländern wie Somalia, Eritrea, Äthiopien, Afghanistan und Nigeria, die in Wurzen zur Schule gehen. Sie

selbst besuchte das Berufliche Schulzentrum in Wurzen, hatte hier Deutsch gelernt und viele FreundInnen gefunden.

*LVZ 4.4.17;
Netzwerk für Demokratische Kultur;
LT DS Sachsen 6/8871;
LT DS Sachsen 6/9224*

27. Februar 17

Wasserburg im bayerischen Landkreis Lindau. In der Flüchtlingsunterkunft "Inter-Mezzo" im Ortsteil Hengnau tötet sich ein 17 Jahre alter Flüchtling aus Afghanistan – zwei Tage vor seiner Volljährigkeit.

Der Jugendliche lebte seit 2015 in Lindau, war offensichtlich traumatisiert und litt unter Depressionen. Ein Stein, den er in der Schule für eine Ausstellung bemalte, zeigt eine skizzierte Person mit traurigem Gesichtsausdruck hinter oder vor Gittern. Der Jugendliche hatte in Afghanistan ohne für ihn ersichtlichen Grund im Gefängnis gesessen.

Er sehnte sich nach seiner Familie, die in Kabul lebt, und hatte bereits im Landratsamt um Unterstützung gebeten, zurückfahren zu können.

In der Unterkunft leben noch elf weitere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die bestürzt sind und trauern.

Zur Trauerfeier in der Lindauer Moschee erscheinen 200 Menschen und beginnen eine Spendenaktion für die Rückführungskosten des toten Jungen.

*SchwZ 4.3.17;
SchwZ 6.3.17*

Februar 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling, der in der Erstaufnahme-Einrichtung Flagentwiel lebt, unternimmt einen Suizidversuch und kommt in die psychiatrische Institutsambulanz des Albertinen-Krankenhauses.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

Februar 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling, der in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung im Lademannbogen lebt, nimmt eine Überdosis Tabletten zu sich.

Er bekommt später Betreuung und Begleitung durch den Sozialpsychiatrischen Dienst.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

Februar 17

Hansestadt Hamburg. Ein syrischer Flüchtling, der in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung in der Luruper Hauptstraße lebt, versetzt sich Schnitte an den Armen und am Hals.

Er kommt zunächst in die geschlossene Station des Krankenhauses Rissen, und danach bleibt er in einer Intensiv-Betreuung durch den Sozialdienst.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

Anfang März 17

Bundesland Hessen. Der 32 Jahre alte Rom Herr G. wird seit sieben Wochen wegen seiner schweren posttraumatischen Belastungsstörung mit depressiven Episoden stationär in der Psychiatrie des Universitätsklinikums Gießen behandelt. Der Vorladung beim Landratsamt des Wetterauskreises kommt er am heutigen Tag nur nach, weil ihn die Klinik-Sozialarbeiterin begleitet und weil sein persönliches Erscheinen zur Klärung der Kostenübernahme seiner Behandlung erforderlich ist und sein Taschengeld geregelt werden soll. Die Behörden-MitarbeiterInnen sind sehr freundlich und vermitteln, daß er gleich sein Geld bekommen würde.

Da stehen plötzlich zwei Polizisten neben ihm und teilen ihm mit, daß er verhaftet sei und seine Abschiebung über München jetzt stattfinden wird. Die Sozialarbeiterin wird des Raumes verwiesen. Vor der Tür vermittelt sie dem dort wartenden Amtsarzt, daß Herr G. schwer traumatisiert sei und zurück in die Klinik müsse, doch dieser fühlt sich nicht angesprochen, Er sei nur dafür zuständig, die körperliche Reisefähigkeit zu prüfen, und fügt noch hinzu: "Mit Suizid drohen ja viele, um ihre Abschiebung zu verhindern."

Tatsächlich wird der Patient G. in den Kosovo abgeschoben. In das Land, in dem er Ende der 90er Jahre im Kosovo-Krieg als Jugendlicher von den Serben gezwungen worden war, erschossene albanische ZivilistInnen zu begraben. Und es ist das Land, aus dem er geflohen war, als vor sechs Jahren mehrere Roma, mit denen er im Krieg zusammenarbeiten mußte, ermordet worden waren.

Auch zwei Wochen nach seiner Abschiebung gibt es noch kein Lebenszeichen von ihm.

Im Januar war seine Frau mit vier Kindern – zwischen einhalb und zehn Jahren alt – aus Deutschland abgeschoben worden. Damals war Herr G. schon in der Psychiatrie.

FR 15.3.17

1. März 17

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. In der Flüchtlingsunterkunft Berliner Straße droht ein russischer Bewohner, sich anzuzünden. Er hält in der einen Hand eine Flasche mit Benzin und in der anderen ein Feuerzeug und löst damit einen Großeinsatz von Polizei und Rettungsdienst aus.

Der Mann ist verzweifelt und beschwert sich über die behördliche Verfahrensweise zu seinem Asylantrag. Den Rettungskräften gelingt es schließlich, ihn mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus zu bringen.

Der Mann hat in der Vergangenheit schon mehrmals mit Suizid gedroht.

NK 1.3.17

17. März 17

Osloer Straße im Berliner Bezirk Wedding. In der Turnhalle des Oberstufenzentrums für Kommunikations-, Informations- und Medientechnik befindet sich die Notunterkunft für 150 Flüchtlinge. Bett an Bett, bis zu 50 Menschen ohne eine einzige Trennwand, keine Privatsphäre, keine Möglichkeiten für die Kinder, Schularbeiten zu machen, keine Möglichkeiten für traumatisierte Menschen zur Ruhe zu kommen. Im Gegenteil: immer mehr Flüchtlinge, die hier seit über einem Jahr leben müssen, werden körperlich und seelisch krank.

Es gilt die Regel, daß ab 0.00 Uhr die Nachtruhe beginnt und Gespräche eingestellt werden sollen.

Ein 17-jähriger Bewohner der Halle, der morgens um 6.30 Uhr zur Schule gehen muß, bittet gegen 0.30 Uhr einige Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes WISAG ihre Gespräche direkt neben den Betten einzustellen. Einer der Sicherheitsmänner zückt daraufhin seinen Pfefferspray und sprüht es dem Jugendlichen direkt ins Gesicht. Der Vater des Betroffenen, der den Angriff beobachtet, ruft die Polizei und als diese eintrifft, wird ein Rettungswagen für den Verletzten geordert.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf.

*BeZ 24.11.16;
Roter Stern Berlin 20.3.17*

20. März 17

Mehlingen im Landkreis Kaiserslautern – Bundesland Rheinland-Pfalz. Am Abend beleidigen und attackieren zwei alko

holisierte Männer im Alter von 37 und 50 Jahren vor einer Flüchtlingsunterkunft sechs Asylbewerber. Zudem schlagen sie mehrere Fenster- und Glastürscheiben ein. Durch den Angriff werden drei Geflüchtete im Alter von 19 bis 27 Jahren leicht verletzt. Noch vor Ort kann die alarmierte Polizei die Personalien der Gewalttäter feststellen. Beide geben an, zuerst von den sechs Asylbewerbern beschimpft und geschlagen worden zu sein.

Die Polizei nimmt die Suche nach ZeugInnen auf.

*Rheinpfalz 21.3.17;
Polizei Westpfalz 21.3.17*

21. März 17

Manching im bayerischen Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm. In der Aufnahme- und Rückführungseinrichtung (ARE) erscheint am frühen Morgen die Polizei an der Tür der Familie B. und versetzt das albanische Ehepaar und seine zwei Töchter im Alter von 11 und zwei Jahren und den 14-Jährigen Sohn in Panik. Sie sollen abgeschoben werden.

Der Vater versucht zu verhandeln, denn es steht noch ein Gerichtsurteil bezüglich ihres abgelehnten Asylantrages aus, aber sein Widerspruch wird ignoriert. Er und sein Sohn Zef werden schließlich in Hand- und Fußfesseln ins Polizeiauto gebracht.

Die Familie hat große Angst vor Blutrache in Albanien, und am Flughafen bricht die Mutter der Kinder zusammen und wird weggebracht. Die Abschiebung ist damit abgebrochen.

Die kleine Ina B. wird durch diese Erlebnisse schwer traumatisiert. Sie verweigert zeitweilig die Nahrungsaufnahme, reißt sich die Haare aus und schlägt immer wieder ihren Kopf gegen die Wand – versetzt sich so Platzwunden. Die konsultierte Kinder- und Jugendpsychiaterin veranlaßt eine stationäre Aufnahme im Kinderzentrum München – sie sieht das Kind ohne Behandlung als vital gefährdet an. Wegen einer ansteckenden Erkrankung kann Ina allerdings derzeit nicht aufgenommen werden und kommt mit dem Vater zurück in die ARE, während ihre Geschwister in ein Kinderheim gebracht werden.

Am 12. April veranlaßt die Zentrale Ausländerbehörde Oberbayern erneut die Abschiebung der Familie – diesmal ohne Mutter, denn Frau B. befindet sich noch in stationärer Behandlung der Psychiatrie. Erst am Flughafen Frankfurt findet der verzweifelte Vater einen Arzt, der sich die Atteste seiner kleinen Tochter durchliest und dann die Abschiebung stoppt.

Die Familie kommt erneut zurück in die ARE. Es dauert keine 24 Stunden, bis circa zehn PolizeibeamtInnen und Angestellte des Jugendamtes bei der Familie erscheinen. Sie nehmen dem Vater die kleine Ina mit Gewalt weg. Diese kommt zunächst in das Jugendheim, in dem ihre Geschwister sind, und wird später dort wieder abgeholt und in eine Pflegefamilie gebracht. Ihre 11-jährige Schwester Matilda schreibt in einer WhatsApp-Nachricht: "... sie hat geweint und die haben sie wie ein Tier genommen nicht wie ein Kind".

Erst durch die Intervention verschiedener ÄrztInnen gelingt es, einen Aufenthalt für Ina mit ihrem Vater zusammen im Kinderzentrum durchzusetzen.

Die Bayerische Ärzteinitiative für Flüchtlingsrechte erstattet am 8. Mai 17 eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Zentrale Ausländerbehörde wegen massiver Verletzungen der seelischen Gesundheit von Kleinkindern.

Ende Juli ist eine erneute stationäre Aufnahme von Frau B. vorgesehen, muß allerdings wegen Bettenmangel in der Psychiatrie verschoben werden. Am 1. August 17 wird Frau B. in der Unterkunft abgeholt, in Hand- und Fußfessel gelegt, mit ihren drei Kindern aus dem Lager Manching abgeholt und mit

einem Krankentransport zum Flughafen gebracht. Ein Urteil über den Eilantrag der Anwältin beim Münchner Verwaltungsgericht ist nicht abgewartet worden, sämtliche aktuellen Atteste der behandelnden ÄrztInnen werden ignoriert, ein Begleitarzt stuft Frau B. als flugtauglich ein. Angeblich wurde extra ein Flugzeug gechartert, um diese Familie nach Tirana auszufliegen.

Da der Ehemann und Vater der Kinder zum Zeitpunkt der Festnahme nicht zugegen ist, bleibt er in Deutschland, und die Familie ist getrennt.

Weder während noch nach dem Flug wurden die Kinder betreut – sie alle haben große Angst. Die 11-jährige Mathilda berichtet, daß es ihrer Mutter nach der Abschiebung sehr schlecht geht, sie liegt im Bett mit stärksten Kopfschmerzen und bekommt keine Medikamente. Die vor wenigen Tagen zwei Jahre alt gewordene Ina weicht ihrer Mutter nicht mehr von der Seite, seit sie sie gefesselt erlebt hat.

*FRat Bayern 13.4.17; BÄFR 8.5.17,
AA 11.5.17; br 21.5.17;
FRat Bayern 1.8.17;
SD 1.8.17; Welt 1.8.17;
BÄFR 3.8.17; SZ 7.8.17;
BÄFR 9.4.17*

24. März 17

Unweit der türkischen Landzunge des Güzөлçamlı Naturparks kentert durch hohe Wellen bei starkem Wind ein Schlauchboot mit 22 Flüchtlingen in der Ägäis. Schwimmwesten hat keine und keiner der Schiffbrüchigen dabei, fünf Personen können von HelferInnen gerettet werden, zwei schaffen es schwimmend zurück zur Küste, 11 Menschen ertrinken und vier Flüchtlinge werden vermißt.

Unter den Ertrunkenen sind Suzan Hayider, ihre dreijährige Tochter und der einjährige Sohn. Sie hatten alle gehofft, über die nur zwei Kilometer breite Mycle-Straße zur griechischen Insel Samos zu gelangen, um europäisches Land zu betreten.

Frau Hayider wollte zu ihrem Mann Salah J., der in Deutschland lebt. Sie waren zusammen aus Syrien geflüchtet, mußten sich aber vor zwei Jahren in der Türkei trennen. Da war sie schwanger mit ihrem jüngsten Sohn, der dann in der Türkei geboren wurde.

Salah J. hatte im Frühjahr 2015 Deutschland erreicht, konnte erst zehn Monate später seinen Asylantrag stellen und bekam erst Anfang September 2016 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den subsidiären Schutz zugesprochen. Die Flüchtlingseigenschaft wurde ihm verweigert, obwohl er Syrien verließ, weil die Einberufung zur syrischen Armee bevorstand und das Assad-Regime Männer wie ihn wegen "Entziehung von der Wehrpflicht" aufs härteste bestraft.

Entsprechend dem Asylpaket II wird den subsidiär Schutzberechtigten mindestens bis März 2018 nicht erlaubt, ihre Familien nachzuholen. Nicht einmal ein Visum für die Einreise in die Türkei hatte Herr J. bekommen, um seine Familie besuchen zu können.

*JeremiasMameghani – Rechtsanwalt;
Migazin 2.4.17;
Pro Asyl 3.4.17*

24. März 17

JVA Mühlendorf bei München – Bundesland Bayern. Der 24-jährige abgelehnte Asylbewerber K. aus Afghanistan schneidet sich die Handgelenke auf und trinkt anschließend eine chlorhaltige Lösung. Nach Erstversorgung in der Krankenstation

des Abschiebegefängnisses kommt er in die psychiatrische Abteilung der Inn-Salzach-Klinik nach Wasserburg, Der behandelnde Arzt kündigt ihm schon am Einlieferungstag an, daß er zur anstehenden Abschiebung in die Haftanstalt zurückgebracht werde.

Die Heirat mit seiner deutschen Verlobten scheiterte bislang an den fehlenden Papieren aus Afghanistan.

Der 27 Jahre alte Gefangene S., ebenfalls Flüchtling aus Afghanistan, versucht sich umzubringen, weil auch er am 27. März ausgeflogen werden soll. Er war bereits in Abschiebehaf gewesen, durch Intervention seiner Anwältin herausgekommen, dann unter falschen Tatsachen in die Ausländerbehörde vorgeladen und dort erneut festgenommen worden.

Zusammen mit 13 weiteren abgelehnten Asylbewerbern werden die Gefangenen am 27. März nach Kabul ausgeflogen..

AZ München 27.3.17;

IPPNW 28.3.17;

WSWS 11.4.17

25. März 17

Gemeinde Haar im Landkreis München. Nachdem der 20-jährige Flüchtling aus Afghanistan bei der Post die Ablehnung seines Asylantrags in Empfang genommen hat, stellt er sich an eine Bahnstrecke und läßt sich vom ICE überrollen.

Er hätte gegen diesen ersten ablehnenden Bescheid noch Widerspruch einlegen können, aber er hat es psychisch nicht mehr ausgehalten, sagt eine seiner Unterstützerinnen. "Er hatte eine unvorstellbare Angst davor, zurückkehren zu müssen".

In der afghanischen Provinz Kandahar muß er Schrecklichstes erlebt haben, denn er war traumatisiert und wurde immer depressiver. Vor 19 Monaten hatte er Deutschland erreicht und begann dann – autodidaktisch – vier bis fünf Stunden täglich, Deutsch zu lernen. Dann fand er eine Schule, die ihn auf eine Ausbildung vorbereitete – er wäre sehr gerne Automechaniker geworden.

AZ München 24.3.17;

AZ München 27.3.17;

ND 30.3.17

29. März 17

Stephanskirchen im bayerischen Landkreis Rosenheim. Eine unangekündigte Rückschiebung nach Ungarn (Dublin-Verfahren) von einer schwangeren Geflüchteten aus Syrien mit ihren vier Kindern muß aufgrund des Gesundheitszustandes der Frau abgebrochen werden.

Der einjährige Sohn und die Töchter im Alter von drei, fünf und sieben Jahren leiden seither unter massiven Angstzuständen, Schlaflosigkeit und Verhaltensstörungen und müssen psychotherapeutisch behandelt werden.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) macht schließlich von dem sogenannten Selbsteintrittsrecht Gebrauch, so daß das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden kann.

BÄFR 8.5.17

30. März 17

Leipzig im Bundesland Sachsen. Der 28-jährige Faisal Imran, Flüchtling aus der Stadt Sheikhpura im pakistanischen Punjab, steht auf dem runden Dach des sechsstöckigen Seaside Park Hotels gegenüber dem Hauptbahnhof. Polizei, Rettungskräfte und Feuerwehr wurden bereits um 13.40 Uhr alarmiert und sind vor Ort.

Da sich auf dem Willy-Brandt-Platz bis zu 300 Schaulustige gesammelt haben, bemüht sich die Polizei, das Areal vor dem Gebäude zu räumen und mit rot-weißen Flatterbändern zu markieren. Faisal Imran schreit und gestikuliert und wirft

sich um 14.15 Uhr vor der entsetzt schreienden Menschenmenge hinunter. Schwer verletzt kommt er ins Krankenhaus und stirbt eine Stunde später.

Schon am Vormittag diesen Tages hatten BeamtInnen einer Leipziger Behörde die Polizei gerufen, weil Faisal Imran wegen eines Konflikts bei einer Geldauszahlung "ausrastete".

Der Polizei ist auch bekannt, daß er in der Vergangenheit bereits mehrere Suizide versucht hatte.

Faisal Imran war vor zwei Jahren über Italien in die Bundesrepublik gekommen und hatte Asyl beantragt.

LVZ 30.3.17; LVZ 1.4.17;

alle bleiben 4.4.17; Geo.tv 4.4.17;

Youtube.com;

LT DS Sachsen 6/9224

März 17

Hansestadt Hamburg. Ein iranischer Flüchtling aus der Erstaufnahme-Einrichtung Dratelnstraße läßt sich von einer S-Bahn überfahren, wodurch er tödliche Verletzungen erleidet.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

März 17

Hansestadt Hamburg. Ein iranischer Flüchtling aus der Erstaufnahme-Einrichtung Grellkamp versucht, sich durch sogenannten Substanzmißbrauch zu töten.

Er wird in die Asklepios Klinik Heidberg eingewiesen und kommt nach einem Aufenthalt in der Asklepios Klinik Ochsenzoll zurück in seine Unterkunft.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

März 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling aus der Erstaufnahme-Einrichtung Harburger Poststraße nimmt in selbsttötender Absicht eine Überdosis Medikamente ein.

Er kommt in die Psychiatrie der Asklepios Klinik Harburg zur Behandlung.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

März 17

Hansestadt Hamburg. Ein irakischer Flüchtling, der in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung am Neuenfelder Fährdeich lebt, unternimmt einen Suizidversuch.

Er kommt zur Behandlung in die Asklepios Klinik Harburg.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

März 17

Hansestadt Hamburg. Ein Frau aus Afghanistan, die in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung in der Friesenstraße lebt, trinkt Waschmittel.

Sie kommt deshalb in psychologische Behandlung.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

März 17

Hansestadt Hamburg. Ein minderjähriger afghanischer Flüchtling, der in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung in Billstieg lebt, unternimmt einen Suizidversuch.

Er kommt zur Behandlung in die Asklepios Klinik St.-Georg.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/8405

März 17

Hansestadt Hamburg. Ein afghanischer Flüchtling aus der Erstaufnahme-Einrichtung Fiersburg unternimmt mit Medikamenten einen Suizidversuch.

Der Rettungsdienst wird verständigt und bringt den Mann ins Krankenhaus, wo er medizinisch erstversorgt wird. Nach seiner Rückkehr in die Unterkunft erfolgt eine intensive Beratung und Betreuung durch den Sozialdienst und die PsychologInnen.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/9712

1. Quartal des Jahres 17

Landesaufnahmebehörde (LAB) Bramsche-Hesepe in Niedersachsen. Ein circa 22 Jahre alter Bewohner des Lagers setzt seinem Leben ein Ende, indem er sich erhängt. Sein Mitbewohner erzählt später, daß der junge Mann, der "Abdoley" genannt wurde, wegen großer "Probleme" sein Land, die Republik Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste), verlassen hatte, auch um für sich und in der Verantwortung für seine zurückgelassenen Familienmitglieder nach einer besseren Zukunft zu suchen.

Er hatte Hunger und Durst in Wüsten überlebt. In Libyen war er in Gefangenschaft geraten, wo die Menschen "wie die Tiere" gehalten wurden. Während der Überquerung des Mittelmeeres erlebte er, daß viele Menschen starben: sie fielen über Bord, ertranken und wurden von Haien angegriffen.

Er war einer der Überlebenden dieser Überfahrt und kam in Italien an und wurde nach vier Monaten Lager-Aufenthalt in die Obdachlosigkeit geschickt – ohne Geld, ohne medizinische Versorgung usw. Als Afrikaner war er außerdem offenem Rassismus der italienischen Gesellschaft ausgesetzt. Deshalb war er weiter nach Deutschland geflüchtet und wurde dort in der Massenunterkunft Bramsche-Hesepe untergebracht.

Als ihm klar gemacht wurde, daß seine Aussichten, in Deutschland bleiben zu können sehr schlecht standen, und er perspektivisch im Rahmen des Dublin-Übereinkommens wieder nach Italien zurückgeschickt werden würde, und er erkannte, daß all seine Anstrengungen und seine Leiden die er aushalten mußte, umsonst gewesen sind, und auch gar keine Chance auf ein menschenwürdiges Leben in Sicherheit für ihn bestand, sah er keinen anderen Weg, als sich zu töten.

*frauen- und menschenrechte-aktiv 3.5.17;
frauen- und menschenrechte-aktiv 13.5.17;
Zimmernachbar des Betroffenen*

8. April 17

Dresden im Bundesland Sachsen. In der Erstaufnahme-Einrichtung Hamburger Straße 18 versucht ein 36 Jahre alter Asylbewerber aus Serbien, sich mit Tabletten zu vergiften. Er kommt zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus Friedrichstadt und anschließend in eine geschlossene Abteilung bis mindestens 19. Mai.

Der Mann hatte sich bereits vorher unter Alkoholeinfluß auf Straßenbahnschienen gelegt und ein anderes Mal gedroht, sich von einer Brücke zu stürzen.

LT DS Sachsen 6/9224

11. April 17

Herzberg im brandenburgischen Landkreis Elbe-Elster. Ein 31 Jahre alter Asylbewerber aus Pakistan soll im Rahmen einer Amtshilfe für die Ausländerbehörde durch die Polizei erkennungsdienstlich behandelt werden. Dieser sperrt sich dagegen, leistet Widerstand und bringt sich selbst mit einem mitgebrachten Küchenmesser Stichverletzungen an beiden Oberschenkeln bei. Er kommt vorläufig in ein Krankenhaus

*Polizei Brandenburg Süd 12.4.17;
LR 13.4.17*

12. April 17

Aufnahme- und Rückführungseinrichtung (ARE) im bayerischen Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm. Ein Vater wird mit seinen fünf Kindern – das älteste ist 14 Jahre alt – im Rahmen einer Sammelabschiebung nach Albanien abgeschoben. Damit ist die Familie getrennt, denn die Ehefrau und Mutter der Kinder befindet sich in stationärer psychiatrischer Behandlung.
BÄFR 8.5.17

27. April 17

Essen in Nordrhein-Westfalen. Kurz nach Mitternacht trifft die Polizei in der Gladbecker Straße im Stadtteil Altenessen ein. Die Beamten werden durch den Mann eingelassen, der sie eine Stunde zuvor wegen Ruhestörung gerufen hatte. Als der Mieter der Erdgeschoßwohnung, Michael Haile, auf das Klopfen der Polizisten die Tür öffnet, hat er ein Küchenmesser in der Hand. Kurz darauf stirbt der 22-Jährige im Hausflur durch eine Polizeikugel.

Ein Beamter hatte sich bedroht gefühlt, hat ihn nach Aussage des Nachbarn mehrmals aufgefordert, das Messer wegzulegen, und schoß ihm dann direkt ins Herz. Sofortige Reanimationsversuche durch einen Notarzt bleiben erfolglos.

Michael Haile galt im Haus als ein freundlicher Mitbewohner, der öfter in seiner Wohnung laut sang. Ein Nachbar beschwerte sich ab und zu bei ihm, wenn er abends zu laut wurde – in diesem hellhörigen Mehrparteienhaus. Er selbst hatte einem Freund erzählt, daß es ihm in dem Haus zu laut sei und er gerne wegziehen würde.

Michael Haile war in einem kleinen Dorf in Eritrea in bitterer Armut aufgewachsen. Dann hatte er eine Weile in der Hauptstadt Asmara bei seinem Bruder gelebt, bis er sich mit 19 Jahren entschloß, nach Europa zu gehen. Meist zu Fuß kam er durch den Sudan und Libyen bis zum Mittelmeer. Danach zunächst nach Italien und von dort nach Deutschland.

Er wurde in Essen – im Stadtteil Steele – zunächst in einem Flüchtlingsheim untergebracht und bekam dann vor einem Jahr eine Sozialwohnung im Norden der Stadt. Obwohl Michael Haile Sprachkurse besuchte, fiel ihm das Erlernen der deutschen Sprache sehr schwer. Er konnte bis dato nur Arabisch und Tigrinya, eine semitische Sprache, die in Eritrea gesprochen wird.

Er hatte deshalb Probleme im Jobcenter bekommen, weil er schlichtweg nicht verstand, was die MitarbeiterInnen sagten. Auch wenn die Security-Mitarbeiter ihn aufforderten hinauszugehen, dann blieb er einfach.

Seinem Freund Girmay Habtu kommt das Geschehene merkwürdig vor: "Mike war klein und schwächling Er war eher ängstlich, ging oft in die Kirche ... Ein zirka 1,60 Meter kleiner Jugendlicher stelle doch keine Bedrohung dar ... Vielleicht hat er über Handy und Kopfhörer Musik gehört und laut mitgesungen", versucht er sich die Umstände zu erklären. "Ich habe ihn niemals Alkohol trinken sehen", und auch seiner Schwester, die aus Großbritannien kam, sei nichts dergleichen mitgeteilt worden.

*Polizei Essen 27.4.17; DerWesten.de 27.4.17;
wdr 27.4.17; KStA 27.4.17;
WSWS 26.5.17*

April 17

Hansestadt Hamburg. Ein Bewohner der Erstaufnahme-Einrichtung Grellkamp unternimmt einen Selbsttötungsversuch mit einer Rasierklinge.

Er kommt zur medizinischen Erstversorgung in die Asklepios Klinik Ochsenzoll.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/9712

April 17

Hansestadt Hamburg. Eine Albanerin aus der Erstaufnahme-Einrichtung Kaltenkirchener Platz unternimmt einen Selbsttötungsversuch.

Sie kommt zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/9712

April 17

Hansestadt Hamburg. Ein Flüchtling aus Eritrea, der in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung in der Luruper Hauptstraße lebt, will sich vom Dach stürzen.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/9712

April 17

Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE gibt das Sächsische Staatsministerium bekannt, daß es im Zeitraum vom 1. Januar 15 bis 7. April 17 in Sachsen zu 15 Suiziden von AsylbewerberInnen/Flüchtlingen kam.

(10 Selbsttötungen in diesem Zeitraum sind hier dokumentiert)

LT DS Sachsen 6/9224

April 17

Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE gibt das Sächsische Staatsministerium bekannt, daß im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 7. April dieses Jahres in Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Chemnitz drei Flüchtlinge versucht haben, sich zu töten.

Die Selbstverletzungen unternahmen ein 29 Jahre alter Mann aus Pakistan, eine 21-jährige Irakerin und ein 28-jähriger Libyer.

LT DS Sachsen 6/9224

April 17

Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE gibt das Sächsische Staatsministerium bekannt, daß im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 7. April dieses Jahres in Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Leipzig 18 Flüchtlinge versucht haben, sich zu töten.

Die Selbstverletzungen unternahmen eine 27-jährige Afghanin, eine 21 Jahre alte Albanerin, ein 29-jähriger Marokkaner, ein 47 Jahre alter Flüchtling aus Serbien, ein 26-jähriger Libanese und ein 18 Jahre alter Flüchtling aus dem Kosovo, zudem eine 31 Jahre alte Syrerin und drei Syrer (23, 24, 33 Jahre alt), zwei Irakerinnen (21, 26 Jahre alt) und ein 28-jähriger Iraker, zwei Irakerinnen (22, 22 Jahre alt) und ein 26 Jahre alter Iraner und zwei Männer aus Libyen im Alter von 27 und 30 Jahren.

LT DS Sachsen 6/9224

April 17

Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE gibt das Sächsische Staatsministerium bekannt, daß im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 7. April dieses Jahres in Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises Görlitz acht Flüchtlinge versucht haben, sich zu töten.

Die Selbstverletzungen unternahmen ein 46 Jahre alter Iraner, ein 43-jähriger Libyer, ein 45-jähriger Marokkaner und ein 29 Jahre alter Flüchtling aus Georgien; zudem zwei Männer aus dem Irak (28, 29 Jahre alt) und zwei Afghanen im Alter von 31 und 39 Jahren.

LT DS Sachsen 6/9224

April 17

Bundesland Niedersachsen. 13 von 30 Kommunen geben bekannt, daß es von Januar bis Anfang April zu 14 Suizidversuchen bei AsylbewerberInnen gekommen war. Jeweils zwei Flüchtlinge waren aus Afghanistan und Algerien, drei AsylbewerberInnen aus Syrien und jeweils eine Person aus Georgien, Irak, Iran, Libanon, Marokko, Sudan und Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste).

Eine Person aus dem Sudan und eine Person aus Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) begingen in dem Jahr Suizid.

LT DS Niedersachsen 17/8043

April 17

Bundesland Niedersachsen. 13 von 30 Kommunen geben bekannt, daß es neben den oben erwähnten differenziert dargestellten Suizidversuchen darüber hinaus von Januar 2013 bis Anfang April 2017 zu weiteren 13 Suizidversuchen bei AsylbewerberInnen gekommen war – genauere zeitliche Angaben werden nicht genannt.

Die betroffenen Flüchtlinge waren aus Afghanistan, dem Libanon, Montenegro, aus der Russischen Föderation, Serbien, dem Sudan und Syrien.

LT DS Niedersachsen 17/8043

5. Mai 17

In einem Wald im niedersächsischen Landkreis Helmstedt wird der 34 Jahre alte Teklemariam Tesfay tot aufgefunden. Der Flüchtling aus Eritrea hat sich erhängt.

Der Mann war im Sommer 2015 nach Deutschland gekommen und hatte zunächst in einem ehemaligen Dorfkrug mit 13 weiteren Eritreern in Velpke gelebt.

Die 14 Männer im Alter von 17 bis 34 Jahren versuchten intensiv, sich hier einzuleben. Sie machten vieles gemeinsam, fuhren die 12 km zum Einkaufen mit ihren Rädern, spielten Fußball in Ebis Verein, kochten und putzten zusammen das Haus. Zweimal in der Woche lernten sie 3-4 Stunden Deutsch bei einer pensionierten Lehrerin, lernten auch die Verkehrsregeln fürs Radfahren und bauten mit einem 86-jährigen ehemaligen Industriedesigner Fahrradständer, Garderobenleisten und Vogelhäuschen. Sie waren alle sehr motiviert, litten allerdings darunter, daß es lange dauerte, bis sie ein "richtiges Papier" bekamen.

Teklemariam Tesfay, ehemaliger Militärangehöriger und Deserteur, bekam erst nach langer Wartezeit den Flüchtlingsstatus zuerkannt. Im September 2016 durfte er die Unterkunft verlassen und bezog mit einem Freund eine Wohnung in Wolfsburg.

Es gelang ihm schließlich nicht, seine Frau und die vier Kinder im Alter von elf bis zwei Jahren nach Deutschland zu holen. Die zweijährige Tochter hat er nie kennengelernt, denn als sie geboren wurde, war er bereits einen Monat in Deutschland.

Tatsächlich verlangen deutsche Auslandsvertretungen seit Herbst 2016 von Angehörigen der in Deutschland anerkannten Flüchtlinge aus Eritrea, daß diese eritreische Reisepässe und – bei EhegattInnen – die Registrierung der in Eritrea üblichen kirchlichen Eheschließung in einem staatlichen Eheregister vorlegen müssen, obwohl die wenigsten der aus dem diktatorischen Regime Geflüchteten diese Papiere mit sich führen. Und obwohl die Registrierung in der Praxis oft gar nicht stattfindet und viele z.B. im Sudan als Flüchtlinge anerkannt sind und ihren Schutzstatus verlieren würden, wenn sie sich wegen der notwendigen Papiere mit eritreischen Behörden in Verbindung setzen würden.

An der Tatsache, daß Teklemariam Tesfay seine Familie nicht wiedersehen konnte, ist er schließlich psychisch zerbrochen, so seine Deutschlehrerin Anne Heister-Wolff.

*FRat NieSa 8.5.17;
BT DS 18/13103*

6. Mai 17

Hermeskeil im Landkreis Trier-Saarburg – Bundesland Rheinland-Pfalz. Gegen 1.50 Uhr bricht ein Feuer im Keller eines Mehrfamilienhauses in der Scharnhorststraße aus. In diesem Hause leben ausschließlich AsylbewerberInnen.

Einige können sich selbst ins Freie retten, andere müssen die Rettungskräfte über Leitern aus ihren Wohnungen evakuieren.

Die im Keller lagernden Reifen haben einen starken Qualm entwickelt, der sich schnell in die anderen Stockwerke ausbreitete. 24 BewohnerInnen des Hauses müssen wegen des Verdachts auf Rauchgasvergiftungen in die Krankenhäuser Hermeskeil und Trier gebracht werden.

Das Gebäude ist aufgrund der starken Rauch- und Rußschäden zunächst unbewohnbar, so daß die BewohnerInnen in anderen Unterküften, zum Teil auch bei Privatleuten der Ortschaft untergebracht werden.

Die Ermittlungen zur Brandursache sind noch nicht abgeschlossen – ein technischer Defekt wird ausgeschlossen.

Am 25. Juni, Sonntagmorgen um 1.06 Uhr, brennt es erneut an diesem Gebäude, in das die BewohnerInnen inzwischen wieder einziehen konnten. Die Haushaltsgeräte und andere Gegenstände, die beim ersten Brand beschädigt worden waren und auf dem Hof lagerten, brennen jetzt lichterloh, so daß auch die Fassade in Mitleidenschaft gezogen wird.

*Polizei Trier 6.5.17;
Polizei Trier 8.5.17; swr 8.5.17
Polizei Trier 25.6.17;
Trierer Volksfreund 25.6.17*

10. Mai 17

Der 22 Jahre alte Farhad Rasuli wird in Afghanistan bei einem gezielten Anschlag durch die Taliban getötet. Auch sein Cousin erleidet tödliche Verletzungen, und sein kleiner Bruder befindet sich in Lebensgefahr.

Der 22-jährige Farhad Rasuli war am 14. Februar 17 aus Deutschland nach Kabul abgeschoben worden. Er hatte zwei Jahre zuvor seinen Asylantrag damit begründet, daß er aufgrund der Stellung seines Vaters in den 70er und 80er Jahren als General in der afghanischen Armee persönlich von den Taliban bedroht sei.

Da Farhad Rasuli in Kabul keine sozialen Kontakte hatte, war er nach seiner Abschiebung in die Provinz Herat zu seiner Familie zurückgekehrt.

*jW 13.5.17; UZ 15.5.17;
diefreiheitsliebe.de 18.5.17*

25. Mai 17

In der bayerischen Kreisstadt Ebersberg demonstrieren seit dem 22. Mai zwölf Flüchtlinge aus Pakistan mit einem Durst- und Hungerstreik vor dem Landratsamt für ihr Bleiberecht und Arbeitserlaubnisse. Ihre Asylanträge ziehen sich über Jahre hin und Arbeitserlaubnisse werden von dem Amt nur sehr willkürlich herausgegeben.

An diesem Tag kommt um 15.30 Uhr eine circa 40-jährige Frau auf die Streikenden zu, reißt ein Poster herunter, entfernt Steine von den liegenden Bannern und wirft schließlich einen Stein davon auf die Männer, der sie allerdings verfehlt. Die Frau kam bisher täglich vorbei, beschimpfte und beleidigte die bei der Hitze meist unter einer Plane im Schatten liegenden

Männer. Auch in sogenannten Sozialen Medien und als LeserInnen-Kommentare in Zeitungen werden Haß-Tiraden und Beleidigungen gegen die Flüchtlinge in abscheulichster Form veröffentlicht.

Bis zum vierten Streiktag sind bereits sieben Männer ins Krankenhaus gebracht worden, weil es ihnen gesundheitlich schlecht ging. Nach ärztlicher Behandlung und entsprechenden Infusionen haben sie ihren Streik fortgesetzt.

Am Samstagvormittag gibt es, von UnterstützerInnen organisiert, eine Kundgebung vor dem Amt, an der bis zu 60 Personen teilnehmen.

Aufgrund ihrer körperlichen Schwäche mit Kreislaufproblemen und Nierenschmerzen brechen die Männer ihren gefährlichen trockenen Hungerstreik nach der Kundgebung ab. Sie betonen aber, daß sie weiterhin für ihr Bleiberecht kämpfen werden.

*SZ 23.6.17; SZ 26.5.17;
SZ 27.6.17*

31. Mai 17

Afghanistan. Der 23 Jahre alte Abdullrazaq Sabier aus Afghanistan stirbt bei einem verheerenden Anschlag im Diplomatenviertel von Kabul. Mit ihm verlieren etwa 200 Menschen ihr Leben, und mehrere hundert werden verletzt.

Abdullrazaq Sabier hatte in der Flüchtlingsunterkunft "An der Kohlplatte" in Höchstädt an der Donau, im bayerischen Landkreis Dillingen, zwei Jahre lang gelebt und als Automechaniker gearbeitet.

Anfang des Jahres erhielt er, wie viele afghanische Flüchtlinge, einen Abschiebebescheid und war deshalb im März "freiwillig" nach Afghanistan zurückgekehrt, auch um einer gewaltsamen Abschiebung zu entgehen.

AA 17.6.17

31. Mai 17

Berufsbildungszentrum am Berliner Platz in Nürnberg – Bundesland Bayern. Kurz nach 8.00 Uhr wird der 20 Jahre alte Asef N. vom Schulleiter der Berufsschule 11 unter einem Vorwand aus dem Klassenraum gebeten und auf dem Flur von PolizeibeamtInnen festgenommen – sie zeigen ihm hier seinen Abschiebungsbescheid und nehmen ihn fest. Die Polizei leistet Vollzugshilfe – der junge Afghane soll in Abschiebungshaft genommen werden. Dann wird er über den Schulhof abgeführt.

Als MitschülerInnen die Festnahme des Flüchtlings bemerken, verlassen sie ihre Klassenräume und blockieren die Abfahrt des Polizeiwagens, indem sie sich auf das Pflaster setzen. Weitere kommen hinzu – auch PassantInnen schließen sich der Blockade an, so daß es letztlich bis zu 300 Personen sind, die den Abtransport des Jugendlichen verhindern wollen. Dieser wird in einen anderen Wagen geschafft, aber auch der wird von Menschen umringt und an der Abfahrt gehindert.

Als schließlich polizeiliche Verstärkung mit BeamtInnen in voller Kampfmontur erscheint, auch zwei Hundeführer dabei sind, beginnt die gewaltsame Räumung. Die DemonstrantInnen werden mit körperlicher Gewalt, Schlagstöcken und Pfefferspray von der Straße gezogen, gezerrt und getrieben.

Asef N., der sich mittlerweile in einer psychischen Extremsituation befindet, wehrt sich und wird – an Händen gefesselt – in ein drittes Polizeiauto über den Asphalt gezogen. Hierbei erleidet er Schürfwunden an der linken Hand, der linken Wange und im linken Brustbereich.

Nachdem eine Fahrgasse in die Blockade geprügelt worden ist, verläßt der Polizeiwagen mit seinem Insassen den Ort.

Die Polizei nimmt im Zuge dieser Auseinandersetzung drei Personen fest, und gegen 19 werden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zwölf der 53 BeamtInnen seien nach eigenen

Angaben leicht verletzt worden – bei den DemonstrantInnen haben Schlagstock, sonstige Gewaltmaßnahmen und Pfeffersprayeinsätze zahlreiche Verletzungen hinterlassen. Zudem war der Wagen mit dem Gefangenen einem der Schüler über den Fuß gefahren.

Das Landgericht Nürnberg lehnt den Antrag auf Abschiebehaft für Asef N. ab und äußert erhebliche Zweifel daran, ob es "rechtsstaatlichen Grundsätzen" entspreche, wenn ein Bescheid erst während der Abschiebung bekannt gemacht wird.

Vor allem weil die Bundesregierung zwischenzeitlich die Abschiebungen nach Afghanistan stoppt, gelingt es Asef N., einen Asylfolgeantrag zu stellen, der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auch angenommen wird. Ab September könnte er dann eine Ausbildung in einer Schreinerei beginnen, wenn er eine Ausbildungserlaubnis von der Ausländerbehörde bekäme.

*Polizei Mittelfranken 31.5.17;
Polizei Mittelfranken 1.6.17;
SZ 1.6.17; mimikri 2.6.17; SZ 6.6.17;
SZ 5.7.17; SZ 7.7.17; NN 7.7.17;
NN 12.7.17; SZ 12.7.17;
NN 25.7.17*

Mai 17

Schönwalde-Glien im brandenburgischen Landkreis Havelland. Eine 29 Jahre alte Asylbewerberin aus Afghanistan stürzt sich aus einem Fenster im dritten oder zweiten Stock ihrer Flüchtlingsunterkunft.

Sie überlebt den Sturz schwer verletzt und muß während ihres langen Krankenhaus-Aufenthaltes noch viermal an der Wirbelsäule operiert werden.

In der dreistöckigen und zweiteiligen Containeranlage, die ins Industriegebiet Am Erlenbruch gebaut wurde, leben seit Ende März 2016 bis zu 400 Flüchtlinge.

Antirassistische Initiative Berlin

Mai 17

Hansestadt Hamburg. Ein Frau aus Afghanistan, die in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung Alsenstraße lebt, versetzt sich in suizidaler Absicht Schmitze in den Unterarm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/9712

Mai 17

Hansestadt Hamburg. Ein Frau aus Afghanistan, die in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung Große Horst lebt, nimmt eine Überdosis Tabletten zu sich.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/9712

Mai 17

Hansestadt Hamburg. Ein Iraker, der in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung Notkestraße lebt, versucht, sich mit einer Überdosis Tabletten zu vergiften.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/9712

Mai 17

Hansestadt Hamburg. Ein Bewohner der Erstaufnahme-Einrichtung Dratelnstraße versucht, sich mit Hilfe von Tabletten zu vergiften.

Er kommt zur medizinischen und psychologischen Versorgung in das Krankenhaus Groß Sand und unterzieht sich nach seiner Entlassung und Rückkehr in die Unterkunft einer ambulanten psychiatrischen Therapie.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/9712

2. Juni 17

Gelbensande im Landkreis Rostock – Mecklenburg-Vorpommern. Am Nachmittag befinden sich Behördenvertreter und PolizeibeamtInnen in der Wohnung eines 57 Jahre alten Flüchtlings aus Togo. Er soll nach 15 Jahren Deutschland-Aufenthalt abgeschoben werden und kommt der Aufforderung, seine Sachen zu packen, zunächst nach. Plötzlich läuft er auf den Balkon und springt aus dem fünften Stock des Plattenbaus in die Tiefe.

Schwer verletzt wird er mit einem Rettungshubschrauber in die Universitätsklinik Rostock gebracht.

Die Abschiebung wird "wegen des Gesundheitszustandes", so die Ausländerbehörde, zunächst ausgesetzt.

*NK 2.6.17;
ndr 2.6.17*

7. Juni 17

Halstenbek im schleswig-holsteinischen Landkreis Pinneberg. Als ein 17 Jahre alter Flüchtling aus Afghanistan in der Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Heideweg mit Straßenschuhen eine von einem Putzmann gerade gesäuberte Treppe betritt, entwickelt sich ein Streit, bei dem der 33-Jährige wütend beginnt, Hantelscheiben auf sein Gegenüber zu werfen. Eine Sozialpädagogin mischt sich ein – aber auch ihr bleibt nur die Möglichkeit, sich mit dem Jugendlichen in ein Zimmer zu flüchten und die Tür zu blockieren. Mit den Worten "I kill you!" dringt der Putzmann, der inzwischen ein Küchenmesser in der Hand hält, gewaltsam in dieses Zimmer ein.

Der Frau gelingt es jetzt mit deeskalierenden Worten, mit dem Jugendlichen ins Obergeschoß zu flüchten, genau in dem Moment gegen 20.00 Uhr, als die Polizei eintrifft. Die BeamtInnen nehmen den Täter fest und stellen das Messer sicher.

Der leicht verletzte 17-Jährige wird in einem Rettungswagen von medizinischen Fachkräften versorgt – ebenso wie ein 16-jähriger Mitbewohner, der durch einen Schock in Ohnmacht fiel.

Polizei Bad Segeberg 8.6.17

7. Juni 17

Landkreis Rosenheim in Bayern. Im Ortsteil Tattenhausen der Kleinstadt Großkarolinenfeld wird um 9.20 Uhr ein toter Mann im Gleisbett der Bahnstrecke Rosenheim–München gefunden.

Die Polizei geht von einem Unfall aus, bei dem der mutmaßlich 18 bis 22 Jahre alte afrikanische Flüchtling vom Güterzug fiel und von den folgenden Waggons überrollt wurde. Im Zug selbst wird ein Koffer gefunden, der allerdings auch keine Hinweise auf die Identität des Mannes gibt.

Nach Angabe des Polizeipräsidiums München sei der Mann das erste Todesopfer dieser Einreisemethode per Zug von Italien nach Deutschland.

*Polizei Oberbayern Süd 8.6.17;
br 8.6.17; SZ 8.6.17;
BT DS 19/1399*

19. Juni 17

Stadtteil Obergiesing-Fasanengarten in München – Bundesland Bayern. Gegen 16.30 Uhr versucht ein 27 Jahre alter kongolesischer Asylbewerber, sich im Eingangsbereich der Polizei-Inspektion Chiemgaustraße in etwa 2,50 Meter Höhe mit seinem Schal an der Tür zu erhängen.

Zwei Polizeibeamte können diesen Suizidversuch unterbrechen und sorgen dafür, daß der Mann vom Rettungsdienst in ein Krankenhaus gebracht wird.

Den Grund zu dieser Tat sieht die Polizei zunächst in einer psychischen Vorerkrankung des Mannes.

*Polizei München 20.6.17;
MM 20.6.17; tz 20.6.17*

20. Juni 17

Pirna im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Bundesland Sachsen. In der Gebrüder-Lein-Straße unweit der Sachsenbrücke wird gegen 2.20 Uhr ein 19 Jahre alter Asylbewerber stranguliert aufgefunden. Der Mann aus Eritrea war zuvor mit einer Gruppe anderer Flüchtlinge aus der Gemeinschaftsunterkunft in der Fabrikstraße im Ort unterwegs gewesen. Als er am späten Abend nicht in seiner Unterkunft erschien, hatte die Polizei Suchmaßnahmen eingeleitet.

Die Ermittlungen weisen auf eine Selbsttötung des Mannes hin.

*Polizei Görlitz 20.6.17;
MDZ 20.6.17; DNN 20.6.17*

26. Juni 17

JVA Stadelheim in München – Bundesland Bayern. Der 26 Jahre alte Reza F., Flüchtling aus dem Iran, wird in einer Wartezelle von zwei Polizisten erhängt vorgefunden. Er hat sich mit seinen Schnürsenkeln stranguliert. Wiederbelebungsversuche durch Sanitäter und Notarzt gelingen zunächst, doch zwei Tage später erliegt der Mann seinen schweren Verletzungen in einem Münchener Krankenhaus.

Reza F. war im Frühjahr über Bulgarien nach Deutschland gekommen, hier jedoch wegen illegaler Einreise und illegalen Aufenthalts zu zwei Monaten Haft verurteilt worden.

Nach der Zeit in Haft mußte die geplante Abschiebung per Flugzeug nach Sofia abgebrochen werden, weil er sich passiv dagegen wehrte. Daraufhin erließ ein Ermittlungsrichter einen Abschiebebefehl, so daß er in die JVA München-Stadelheim eingeliefert wurde.

Von hier aus sollte er in die JVA Eichstätt gebracht werden, was er durch seinen Suizidversuch verhinderte.

Erst vier Wochen später informiert das Innenministerium die Öffentlichkeit über den Suizid des Gefangenen.

br 27.7.17; Zeit 27.7.17

13. Juli 17

Gröbenzell im Landkreis Fürstentfeldbruck – Bundesland Bayern. Ein 36 Jahre alter Nigerianer verläßt seine Unterkunft in der Olchinger Straße und begibt sich zur nahen Tankstelle. Er nimmt einen Zapfhahn aus der Führung, trinkt einige Schlucke, begießt sich dann mit Benzin und läßt weiteres auf den Boden laufen. Als ihn andere Kunden ansprechen, beschimpft er sie, fuchtelt mit einem Feuerzeug herum und droht, sich anzuzünden.

Den gerufenen PolizeibeamtInnen gelingt es "durch geschickte Ansprache und ein Ablenkungsmanöver", ihn zu überwältigen. Der Flüchtling kommt ins Krankenhaus. Die Polizei geht von einem versuchten Suizid aus.

Es wird bekannt, daß der Mann vor kurzem seine Arbeit in einer Bäckerei verlor. Dies steht im Zusammenhang mit erneuten repressiven Regelungen bei der Erteilung der Arbeitserlaubnisse. Vor einigen Monaten hatte das Bayerische Innenministerium die Landratsämter angewiesen, nur noch Personen aus Eritrea, dem Irak, dem Iran und Somalia Arbeitserlaubnisse zu erteilen. Menschen aus Nigeria, Pakistan oder Afghanistan mit einer schlechteren Asyl-Prognose sei das Arbeiten nicht mehr erlaubt.

MM 31.1.17; tz 16.7.17

25. Juli 17

Landkreis Oberhavel im Bundesland Brandenburg. Nachts um 4.30 Uhr wird eine Bewohnerin der Flüchtlingsunterkunft in Bärenklau von PolizeibeamtInnen geweckt. Ein Abschiebekommando steht vor der schwangeren Frau aus Kamerun und kündigt an, daß sie mit ihre beiden, zwei und vier Jahre alten Kleinkindern entsprechend dem Dublin-Verfahren in die Schweiz zurückgeschoben wird.

Die Frau befindet sich im Schock und bricht letztlich kurz vor dem Start des Flugzeugs am Flughafen Tegel zusammen. Als der Pilot daraufhin die Mitnahme der kleinen Familie verweigert, wird die Abschiebung abgebrochen.

*MOZ 8.8.17;
MAZ 20.10.17*

31. Juli 17

Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA) in Ingelheim. Ein algerischer Gefangener klettert auf das Dach des Verwaltungsgebäudes, um seinen Protest gegen die Abschiebehaft deutlich zu machen. Mit Hilfe eines Dolmetschers erklärt er sich dann bereit, über eine Leiter von der Mauer zu klettern. Plötzlich springt er jedoch in die Tiefe und zieht sich Prellungen und Stauchungen zu. Nach notärztlicher Versorgung kommt er in eine Mainzer Klinik.

Bereits vor einer Woche, am 24. Juli, waren drei Abschiebegefangene auf das Dach und auf einen Baum gelangt, um gegen ihre Inhaftierung zu protestieren.

Ein Sondereinsatzkommando (SEK), an dem circa 50 PolizeibeamtInnen, inklusive eines Höheneinsatzteams, plus ein Dutzend Rettungs- und Feuerwehrkräfte und ein Hubschauer beteiligt waren, konnte die Protestierenden vom Dach beziehungsweise vom Baum herunterholen.

Aufgrund der Definition der Aktion, daß es sich um eine Protestaktion und nicht um eine Straftat handeln würde, wird den Flüchtlingen kein strafrechtliches Verfahren drohen.

*swr aktuell 25.7.17;
Rhein-Zeitung 1.8.17;
swr aktuell 3.8.17*

1. August 17

Bundesland Nordrhein-Westfalen. Ein algerischer Flüchtling versucht, sich mit seinem T-Shirt im Gewahrsam der Bundespolizei Aachen zu strangulieren.

BT DS 19/1399

3. August 17

Rheinisch-Bergischer Kreis in Nordrhein-Westfalen. Im Rathaus von Rösrath versucht am Vormittag ein Flüchtling aus Ägypten zum wiederholten Male, seine Kritik an seiner Flüchtlingsunterkunft deutlich zu machen, jedoch wird er wieder abgewiesen. Als er hinausgeht, sagt er, daß er sich jetzt anzünden werde.

Mitarbeiter des Sozialamtes folgen ihm und verständigen auch die Polizei und Feuerwehr. Es gelingt ihnen zunächst, den Mann zu beruhigen – aber schließlich übergießt er sich doch mit einer nach Benzin riechenden Flüssigkeit und droht, sich anzuzünden. Den PolizeibeamtInnen gelingt es schließlich, ihn festzuhalten und ruhig zu stellen.

Er wird – auch zu seinem eigenen Schutz – in ein Krankenhaus gebracht.

*KStA 3.8.17;
GA Bonn 3.8.17*

4. August 17

Bautzen im Bundesland Sachsen. Ein 21 Jahre alter Asylbewerber aus Libyen steigt auf das Flachdach seiner ehemaligen Unterkunft in der Flinzstraße und droht, sich mit einem Messer zu verletzen.

Da die gerufene Polizei auch davon ausgeht, daß er vom Dach des zweigeschossigen Gebäudes springen könne, wird eine Verhandlungsgruppe des Landeskriminalamtes angefordert. Diesen SpezialistInnen gelingt es, ihn dazu zu bewegen, das Dach zu verlassen. Er springt jedoch mit dem Messer in der Hand auf die Feuerterasse und läuft dann auf die Kräfte des Spezialeinsatzkommandos zu. Da er die Aufforderungen, das Messer fallenzulassen, ignoriert, wird er schließlich mit einem Elektroschocker niedergestreckt.

Er wird noch vor Ort ärztlich erstversorgt und kommt dann in ein Krankenhaus. Später erfolgt – auf Antrag des Landratsamtes – seine Verlegung in ein psychiatrisches Fachkrankenhaus, weil die Suizidgefahr noch weiter besteht.

Während des Polizei-Einsatzes hatten sich auch in der oberen Etage der Unterkunft dramatische Szenen abgespielt, denn die Polizei hatte Mitarbeiter der Unterkunft angewiesen, die oberen Zimmer zu räumen. Dabei bedrohte ein 25 Jahre alter Sudanese einen Angestellten des Heimes mit einem Messer, so daß dieser sich wieder zurückzog.

Als die Einsatzkräfte das Zimmer betraten, fanden sie den Sudanese und zudem einen 39-jährigen Marokkaner, der sich selbst schon mit einem Messer verletzt hatte und drohte, aus dem Fenster zu springen. Dieser Mann kam in ein Krankenhaus.

*Polizei Görlitz 5.8.17;
mdr 5.8.17; mdr 6.8.17;
DNN 6.8.17;
Polizei Görlitz 7.8.17;
mdr 9.8.17*

11. August 17

Driburg im nordrhein-westfälischen Landkreis Höxter. In der Flüchtlingsunterkunft Clemensheim schlagen die Brandmelder gegen 16.40 Uhr Alarm, und als die Löschzüge der Feuerwehren kurz danach den Ort erreichen, kommen bereits schwarze Rauchschwaden aus den Fenstern eines Eckzimmers im zweiten Stock.

Alle 91 BewohnerInnen sind zu diesem Zeitpunkt von den Sicherheitsleuten bereits evakuiert worden und in der nahen Turnhalle untergebracht. Zwei Sicherheitsleute haben sich dabei Rauchgasvergiftungen zugezogen und auch eine Helferin wird verletzt.

Mit Atemschutz und Wassersschläuchen dringen die Rettungskräfte in den zweiten Stock vor und bringen den Brand schnell unter Kontrolle. In einem Raum finden sie eine leblose Person auf dem Bett liegend vor. Es handelt sich um eine 28 Jahre alte Albanerin, die sich zu dieser Zeit alleine in der Wohneinheit aufhielt.

Wie viele andere Flüchtlinge, die in diesem Heim leben, war auch sie behindert und hilfsbedürftig.

Die Ermittlungen ergeben, daß Fremdverschulden und ein technischer Defekt als Brandursache ausfallen. Vor allem aus einer Handy-Nachricht erhärtet sich der Verdacht, daß die 28 Jahre alte Frau das Feuer selber legte, um sich zu töten.

Der Brand hat vor allem die zweite Etage stark in Mitleidenschaft gezogen, so daß die Räume zunächst nicht mehr nutzbar sind, und die BewohnerInnen vorübergehend anderweitig untergebracht werden müssen.

*focus 11.8.17;
NW 12.8.17; NW 14.8.17*

22. August 17

Lüneburg im Bundesland Niedersachsen. Aus einem Klassenfenster der dritten Etage der Oberschule am Wasserturm springt (oder fällt) gegen 11.45 Uhr die 12-jährige Maram Mustafa zwölf Meter in die Tiefe und bleibt schwerverletzt liegen. Mit komplizierten Arm- und Beinbrüchen, Verletzungen der Wirbelsäule, Rissen in den Nieren und anderen inneren Verletzungen wird sie per Hubschrauber in eine Hamburger Spezialklinik für Unfallchirurgie gebracht.

Der Grund für diesen Sprung (oder Fall) ist unklar, und es kursieren unterschiedliche Gerüchte und Mutmaßungen in der Presse und im Internet darüber. Eine Vertrauenslehrerin meint, daß das Kind ihr gegenüber den Eindruck erweckte, Kontakt zur islamistischen Szene zu haben. Sie schloß dies aus einem Gespräch, in dem Maram ihr sagte, daß sie Heimweh hätte und am liebsten nach Syrien zurückginge, um dort zu kämpfen. Zu kämpfen für den Frieden, also gegen Assad, und nicht für den sogenannten Islamistischen Staat, wie sie selbst in einem Interview später sagt. Aber sie wird nicht befragt – liegt auch im Koma, so daß Polizei und Staatsschutz in diese Richtung ermitteln. Das Gerücht kann von den Ermittlungsbehörden nicht bestätigt werden, vielmehr hat das Mädchen oft "den Klassenfrieden gestört", war überaktiv, unangepaßt und fühlte sich selbst stark unter Druck.

Die Lehrerin hatte sie zu Beginn der Unterrichtspause aufgefordert, mit ihr zum Schulleiter zu gehen, denn es drohe jetzt – aufgrund ihres Verhaltens – eine Freistellung vom Unterricht. Nach einem kurzen Streitgespräch setzte sich Maram auf die Fensterbank und forderte die Lehrerin auf, sie gehen zu lassen – ansonsten würde sie hinunterspringen.

Warum sie dann tatsächlich hinunterfiel, ist Gegenstand der Ermittlungen, denn sie selbst wurde bis Mitte Februar nicht befragt. Die Lehrerin sagt, daß sie selbst absichtlich sprang – sie selbst meint in einem Interview, daß sie die Balance verlor.

Erst als die Eltern im Januar 2018 Strafanzeige gegen die Lehrerin wegen Körperverletzung durch Unterlassen stellen, wird seitens der Staatsanwaltschaft neu geprüft, ob Maram selbst zu diesem Thema befragt werden könne.

Die Familie Mustafa aus dem syrischen Aleppo hatte 2013 nach einem Jahr auf der Flucht Berlin erreicht und lebt seitdem in Lüneburg. Die Eheleute haben insgesamt sieben Töchter, von denen drei bereits verheiratet sind. Die jüngeren im Alter von sieben, zehn, zwölf und dreizehn Jahren leben – zusammen mit ihren Eltern – in der ständigen Bedrohung einer anstehenden Abschiebung, sie sind aufenthaltsrechtlich nur geduldet.

Maram sitzt auch im Februar 2018 noch im Rollstuhl und hofft, daß sie irgendwann wieder normal gehen kann.

*GT 24.8.17;
ndr 24.8.17;
Spiegel 7.2.18*

22. August 17

Göttingen im Bundesland Niedersachsen. An der Zimmertür des abgelehnten Asylbewerbers Jean T. in der Unterkunft Nonnenstieg 72 wird um 4.30 Uhr kurz geklopft, dann die Tür mit einem Zweitschlüssel geöffnet, und fünf PolizeibeamtInnen stürmen hinein und stellen sich um das Bett des circa 40-jährigen Mannes aus Burundi, leuchten ihm mit einer Taschenlampe ins Gesicht und fordern ihn auf, unverzüglich aufzustehen. Er habe 10 Minuten Zeit, seine Sachen zu packen. Auf dem Flur stehen noch weitere BeamtInnen bereit.

Jean T. ist vor kurzem am Bein operiert worden und muß sich demzufolge im Rollstuhl bewegen. Es gelingt ihm – trotz des Schreckens und der Panik – die entsprechenden Arztbriefe

vorzulegen, und es ist ein Glück für ihn, daß die BeamtInnen diese ernstnehmen. Nach einem Telefonat wird die geplante Rückschiebung nach Norwegen – entsprechend dem Dublin-Verfahren – abgebrochen.

Ein Kirchenasyl schützt ihn vorläufig vor weiteren nächtlichen Überfällen.

*AK Asyl Göttingen 23.8.17;
AK Asyl Göttingen*

30. August 17

Ortsteil Hohenstücken in Brandenburg an der Havel – Bundesland Brandenburg. Als nachts die Polizei in der Flüchtlingsunterkunft Upstallstraße erscheint, um einen Asylbewerber zur Abschiebung nach Kamerun abzuholen, beginnt dieser zunächst, seine Sachen zu packen. Dann verletzt er sich mit einem Teppichmesser selbst, springt anschließend aus dem Fenster und läuft davon.

Fährtenhund und Hubschrauber werden geordert, um den nur mit einer Unterhose bekleideten Flüchtigen wieder einzufangen. Die Bevölkerung wird vor ihm gewarnt.

Erst nach mehreren Stunden wird er am Morgen auf dem Gelände der ehemaligen Roland-Kaserne gefunden, überwältigt und festgenommen. Er kommt zunächst in ärztliche Behandlung.

*MAZ 30.8.17;
meetingpoint-brandenburg.de 30.8.17*

31. August 17

Ortsteil Markendorf in Frankfurt an der Oder – Bundesland Brandenburg. Gegen 7.40 Uhr werden Polizei und Feuerwehr alarmiert, weil ein 36-jähriger Asylbewerber aus Tschetschenien auf einem Fensterbrett im zweiten Geschoß der Erstaufnahme-Einrichtung steht und immer wieder ruft, daß er sich nicht abschieben lasse.

Als vier Polizisten zu ihm vordringen, wehrt sich der 36-Jährige mit einer Schere und einem Korkenzieher derart, daß er nur mit Pfefferspray und anschließender Fixierung überwältigt werden kann. Drei Polizisten verletzen sich dabei leicht, und der Flüchtling kommt in ein Krankenhaus.

Dem Mann droht entsprechend dem Dublin-Verfahren die Rückschiebung nach Polen.

MOZ 2.9.17

August 17

Hansestadt Hamburg. Unabhängig voneinander begehen ein Mann und eine Frau, die in einer Erstaufnahme-Einrichtung leben, Suizidversuche.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/11643

August 17

Hansestadt Hamburg. Ein Mann aus Afghanistan, der in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung Friesenstraße lebt, springt aus einem Fenster und versucht sich dann mit Hilfe von Tabletten zu vergiften.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/11643

1. September 17

Bückeburg im niedersächsischen Landkreis Schaumburg. In der Flüchtlingsunterkunft Unterwallweg 5b wird ein 30-jähriger Flüchtling von der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire) tot aufgefunden. Nach Beendigung der staatsanwaltlichen und polizeilichen Ermittlungen wird ein Tötungsdelikt ausgeschlossen. Vielmehr wird davon ausgegangen, daß sich der Mann mittels eines Messers selbst getötet hat.

*Radio westfalica 1.9.17;
bückeburg-lokal.de 1.9.17;*

*Staatsanwaltschaft Bückeburg 1.9.17;
Staatsanwaltschaft Bückeburg 15.9.17*

5. September 17

Zorneding im Landkreis Ebersberg – Bundesland Bayern. Ein 24 Jahre alter Pakistani fügt sich in seiner Unterkunft in der Eglhartinger Straße Schnittverletzungen im Bereich der Unterarme zu.

Danach informiert er die Rettungsleitstelle, die wiederum die Polizei eingeschaltet. Der Asylbewerber kommt zur Behandlung der Verletzungen zunächst ins nahe Krankenhaus und später wegen der weiter bestehenden Gefahr der Selbstgefährdung ins Bezirkskrankenhaus.

Focus 5.9.17

5. September 17

Bamberg im Bundesland Bayern. In der Kantine der Aufnahmeeinrichtung Oberfranken (AEO) wird ein senegalesischer Bewohner von Mitarbeitern des privaten Sicherheitsdienstes "Fair Guards" nach einer kleinen Streiterei massiv angegriffen. Er erleidet eine stark blutende Kopfwunde und eine Bindehautentzündung durch den Einsatz von Pfefferspray. Ein zweiter Senegalese wird zu Boden gedrückt und ebenfalls attackiert.

Die Securities allerdings stellen das Geschehene völlig anders dar: Einer der Bewohner hätte sich randalierend den Zugang zur Kantine verschaffen wollen, und deshalb mußten sie Gewalt gegen ihn und seinen Mitbewohner anwenden.

Ende März 2018 stehen die beiden Flüchtlinge demzufolge wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Amtsgericht Bamberg.

Es stellt sich heraus, daß gegen vier der fünf als Zeugen geladenen Sicherheitsleute der Firma "Fair Guards" bereits wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung ermittelt wird. Dies geschieht seit dem 27. September 17 aufgrund von Gewaltanwendungen gegen BewohnerInnen der AEO. Zwei Sicherheitsleute hatten der Polizei gegenüber detaillierte Aussagen über ihre gewalttätigen Kollegen gemacht und dadurch allerdings ihren Job bei der Firma verloren.

Zudem wird bekannt, daß drei der zu dem Prozeß als Zeugen geladenen Sicherheitsleute Mitte September einen Bewohner aus dem Senegal so traktiert haben, unter anderem mit einem Faustschlag ins Gesicht, daß er mehrere Schneidezähne verlor. Dieser Bewohner floh daraufhin ins europäische Ausland.

Im April 2018 hat die Staatsanwaltschaft noch keine Haftbefehle gegen die Täter erlassen, weil sie den dringenden Tatverdacht noch prüft. Der Haupttäter befindet sich zu dieser Zeit gar nicht mehr in Deutschland.

Das Verfahren gegen die fälschlich beschuldigten Senegalesen wird ausgesetzt.

*Polizei Oberfranken 6.9.17;
Fränkischer Tag 7.9.17;
jW 3.4.18*

11. September 17

Sinzig im Landkreis Ahrweiler – Bundesland Rheinland-Pfalz. Morgens um 5.00 Uhr erscheinen MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde in Begleitung von PolizeibeamtInnen im Koisdorfer Dorfgemeindehaus, um ein syrisches Ehepaar mit ihrem zweijährigen Kind nach Rumänien rückzuschieben.

Als der 27-jährige Ehemann die Situation erkennt, greift er sich ein Messer und verbarrikadiert sich im Obergeschoß. Er ist in Panik und ruft immer wieder, daß er sich umbringen werde.

Die PolizeibeamtInnen führen seine Frau mit dem Kind und eine weitere Flüchtlingsfamilie hinaus und ordern vorsorglich Rettungskräfte des DRK, die Feuerwehr, Spezialkräfte der Polizei und einen Dolmetscher.

Um 8.15 Uhr kann der Mann zur Aufgabe überredet werden. Er wird festgenommen und zunächst in eine psychiatrische Einrichtung eingewiesen.

Auf dem Weg zu einem Frauenhaus, in dem seine Frau und das Kind vorerst unterkommen sollten, flieht die Frau aus dem Taxi und ist zunächst nicht auffindbar.

Die Familie war im Jahre 2016 aus Syrien geflüchtet, weil der Mann nicht zum Militär eingezogen werden wollte. Über die Türkei und Griechenland kamen sie bis nach Rumänien. Hier beantragten sie auf Druck der Behörden Asyl. In dem Lager, in dem sie dort untergebracht waren, erlebten sie Schreckliches. Ihr eigenes Kind war gerade geboren worden, als sie miterleben mußten, wie Kinder im Lager starben, weil sie nicht ärztlich versorgt wurden.

Ihnen wurde dort der Flüchtlingsstatus zuerkannt, jedoch hatten sie hier keine Existenzgrundlagen. Enge Angehörige, die Geschwister des Mannes und der Frau, leben alle in Deutschland als anerkannte Flüchtlinge.

So fuhren sie Ende 2016 in die BRD und stellten hier Asylanträge. Diese wurden negativ entschieden. Das Hauptverfahren gegen die Abschiebung und die Anträge auf Einsetzung in den Stand von Asylbewerbern sind bis zum heutigen Tage noch nicht entschieden. Lediglich der Eilantrag der Rechtsanwältin gegen die Rückschiebung, entsprechend dem Dublin-Verfahren, wurde abgelehnt.

*Polizei Mayen 11.9.17;
Rhein-Zeitung 11.9.17;
Rhein-Zeitung 18.9.17*

14. September 17

Tübingen in Baden-Württemberg. Der 23 Jahre alte Hashmatulla F., Flüchtling aus Afghanistan, wird rechtswidrig nach Bulgarien zurückgeschoben. Dort kommt er umgehend in Abschiebungshaft und wird mit Schlägen gezwungen, sich mit einer "freiwilligen" Ausreise einverstanden zu erklären.

Am 3. Oktober folgt seine Abschiebung nach Afghanistan. Dies geschieht, obwohl schon am 22. September das Verwaltungsgericht Sigmaringen angeordnet hatte, daß das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Herrn F. nach Deutschland zurückholen muß. Dieser fürchtet in Afghanistan um sein Leben, denn als ehemaliger Militärangehöriger und wegen seiner Zusammenarbeit mit ausländischen Kräften wurde er von Angehörigen der Taliban und des Islamischen Staates mit dem Tode bedroht. Deshalb hatte er auf der Straße gelebt und sich im Wald versteckt.

Mit einem weiteren Beschluß ordnet das Verwaltungsgericht Sigmaringen seine Rückholung aus Afghanistan nach Deutschland an, damit das Asylverfahren hier stattfinden kann.

Mit einem Visum der deutschen Botschaft in Pakistan fliegt Hashmatulla F. am 14. Dezember nach Deutschland zurück.

*Pro Asyl 14.12.17;
StN 14.12.17;
Bild 15.12.17*

18. September 17

Landkreis Leipzig im Bundesland Sachsen. Die Polizei erscheint bei der Familie H. aus Georgien, um die Abschiebung durchzusetzen. In panischer Angst springt die Mutter von drei Kindern aus dem Fenster und flüchtet. Auch ihr Mann befindet

sich im Schock und ist nicht in der Lage, die Sachen zu packen. Er und die Kinder werden in Pyjamas abgeschoben – dann wird die Wohnung polizeilich verschlossen.

Der Sohn sitzt im Rollstuhl, ist geistig und körperlich gehandicapt und leidet unter schwerer Epilepsie. Er kommt nach der Ankunft in Georgien direkt ins Krankenhaus. Seinetwegen waren die Eltern nach Deutschland gekommen, weil es die Medikamente, die dazu geeignet sind, seine täglichen, teils starken Anfälle einzudämmen, in Georgien nicht gibt, und sie nicht mehr aus der Türkei zu beziehen waren. Aber auch in Deutschland wurde das Asylbewerberleistungsgesetz gegen die geduldete Familie so restriktiv angewandt, daß der Junge gar keine Therapie erhielt.

Später meldet sich die Mutter bei der Ausländerbehörde und bereitet sich auf eine sogenannte freiwillige Ausreise vor, um mit ihrer Familie zusammen sein zu können.

*FRat Sachsen 20.9.17;
FRat Sachsen 5.10.17;
LT DS 6/10833;
LT DS 6/10966*

18. September 17

Dresden im Bundesland Sachsen. Mit einem Großaufgebot von rund 60 BeamtInnen im Hechtviertel erscheint gegen 20.00 Uhr die Polizei an dem Wohnhaus der Familie H., um sie nach Armenien abzuschicken. Die 34-jährige Frau H. erleidet einen Zusammenbruch und muß ins Krankenhaus eingeliefert werden. Da die 10-jährige Tochter gar nicht Zuhause ist, wird der 37 Jahre alte Herr H. mit seinen zwei sechs und acht Jahre alten Söhnen über den Flughafen Düsseldorf ausgeflogen. Damit ist die Familie getrennt.

Die Eheleute sind seit 2006 in der Bundesrepublik und die Familie gilt als gut integriert. Alle drei Kinder sind hier geboren und aufgewachsen. Sie kennen das Land ihrer Eltern nur aus Erzählungen.

Nach einer gescheiterten Abschiebung Anfang August hatte Frau H. versucht, sich mit Tabletten zu vergiften. FachärztInnen für Psychiatrie diagnostizierten eine sich wiederholende depressive Störung bei ihr und stellten ihre Reiseunfähigkeit fest.

Die Familie befindet sich zudem in Trauer, denn der Vater von Herrn H., der auf die Pflege und Unterstützung seines Sohnes angewiesen war, erst am 26. August einem Herzinfarkt erlag.

*FRat Sachsen 19.9.17;
Spiegel 19.9.17;
FRat Sachsen 20.9.17*

30. September 17

Landkreis Oberhavel – Bundesland Brandenburg. In der Gemeinschaftsunterkunft des kleinen Ortes Bärenklau fügt sich ein 31 Jahre alter Iraner Schnittverletzungen im Halsbereich zu. Ein Wachschutz-Mitarbeiter informiert die Polizei, und diese wiederum einen Notarztwagen, so daß die Wunden schnell versorgt werden können.

Der Iraner äußert gegenüber den PolizeibeamtInnen, daß er sich die Verletzungen aus Angst vor der bevorstehenden Abschiebung zugefügt hat.

Er kommt zunächst in eine psychiatrische Einrichtung.

*Polizei Neuruppin 2.10.17;
TAG24 2.10.17*

September 17

Hansestadt Hamburg. Vier männliche Flüchtlinge, die in einer Erstaufnahme-Einrichtung leben, begehen Suizidversuche.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/11643

7. Oktober 17

Gemüden am Main, Landkreis Main-Spessart im Bundesland Bayern. An diesem Samstagabend springen drei afrikanische Flüchtlinge von einem Güterzug herunter, der bei der Durchfahrt durch den Bahnhof das Tempo verlangsamt hat. Dabei gerät einer von ihnen unter den Zug und erleidet tödliche Verletzungen.

Am nächsten Morgen finden Zeugen die leblose Person in der Nähe der Gleise.

Die beiden anderen Flüchtlinge, ein 23-Jähriger aus Nigeria und ein 19-Jähriger aus der Republik Niger, die die Nacht im Bahnhofsgebäude verbracht haben, melden sich im Laufe des Tages auf einer Polizeidienststelle und beantragen Asyl.

Gegen sie wird ein Ermittlungsverfahren wegen unterlassener Hilfeleistung eingeleitet, weil sie nach dem Unfall keine Hilfe gerufen haben. Nach Abschluß der ersten polizeilichen Maßnahmen werden sie in einer Aufnahmeeinrichtung untergebracht.

*Polizei Unterfranken 11.10.17;
SZ 11.10.17; br24 11.10.17;
BT DS 19/1399*

10. Oktober 17

Flughafen-Transitbereich am Flughafen Frankfurt am Main – Cargo City Süd. Ein 29 Jahre alter Flüchtling aus China wird in der Nacht tot aufgefunden – er hat sich erhängt.

Der Mann wollte in Deutschland Asyl beantragen.

*FR 17.10.17;
jW 19.10.17*

Mitte Oktober 17

Hutthurm im bayerischen Landkreis Passau. Um 2.00 Uhr kommt ein Abschiebungskommando in die Flüchtlingsunterkunft und nimmt den Flüchtling Lamine Condeh mit. Der junge Mann ist aufgrund einer schweren Lebererkrankung (Hepatitis B und C) in medizinischer Behandlung und müßte demnächst einen Arzt-Termin wahrnehmen, was er auch den PolizistInnen erklärt und ihnen einen Beleg darüber zeigt. Sie antworten, sie würden ihn jetzt zu einem Arzt fahren, bringen ihn aber direkt zum Flughafen Frankfurt am Main. Entsprechend dem Dublin-Verfahren wird er nach Italien zurückschoben.

In Mailand angekommen bekommt er – wie die meisten aus Deutschland zurückgeschobenen Flüchtlinge – keine Unterbringung, geschweige denn medizinische Versorgung. Er lebt auf der Straße, und sein körperlicher Zustand verschlechtert sich immens.

Drei Wochen nach seiner Rückschiebung erreicht er erneut die Bundesrepublik. Im Januar 2018 wird im Krankenhaus Passau bei ihm fortgeschrittener Leberkrebs mit Metastasen in der Wirbelsäule diagnostiziert. Letztere verursachen starke Schmerzen.

Die Ausländerbehörde Deggendorf versucht, den Schwerstkranken aus dem Krankenhaus zurück in die Gemeinschaftsunterkunft mit Mehrbettzimmern zu verlegen, was durch das konsequente Einschreiten einer Hospiz-Ärztin verhindert werden kann.

Ende Februar erscheinen BundespolizistInnen im Krankenhaus, um Lamine Condeh erneut nach Italien zurückzuschicken. Auch dieser skandalöse Versuch der Behörden kann durch Ärzte und Ärztinnen verhindert werden.

Am 1. März 18 erliegt Lamine Condeh seinem Leiden im Klinikum Passau – er wurde 20 Jahre alt.

Als er Ende Dezember 2016 Deutschland erreichte, hatte er eine halbjährige Flucht hinter sich: Geflohen vor Verfolgung aus Sierra Leone war er eine Zeitlang in einem der liby-

schen Flüchtlingslager gefangen. Nach einer dramatischen Fahrt übers Mittelmeer erreichte er Italien. Um hier der Obdachlosigkeit zu entkommen, war er dann weiter nach Norden gezogen.

Vor seiner Rückschiebung nach Italien war Lamine Condeh zweimal im Transitlager Deggendorf untergebracht worden. FreundInnen, Bekannte und MitbewohnerInnen aus diesem Lager, die an seiner Beerdigung auf dem Gemeindefriedhof in Hutthurm teilnehmen wollen, bekommen von der Ausländerbehörde Deggendorf keine Genehmigung dafür, das Lager zu verlassen. Auch wird das Büro absichtlich verspätet geöffnet, so daß letztlich nur zehn Personen fahren dürfen und zudem noch zu spät kommen. Es wird später bekannt, daß einigen Personen, die diesen Antrag stellten, ihre Aufenthaltserlaubnis entzogen worden sei. So geschah es, daß über 100 Flüchtlinge nicht an der Trauerfeier für Lamine Condeh teilnehmen konnten.

*matteo – Kirche und Asyl 6.3.18;
Bündnis 90/Die Grünen 12.3.18;
jW 12.3.18; PNP 14.3.18;
matteo – Kirche und Asyl*

18. Oktober 17

Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA) in Ingelheim. Ein 27 Jahre alter Abschiebegefangener aus Marokko verschließt die Fenster seiner Zelle, verstopft die Abluftanlage und setzt seine Matratze vor der Zellentür in Brand.

Da er schon vorher mit Suizid gedroht hatte, unterliegt er einer schärferen Überwachung, so daß das Feuer schnell bemerkt wird. Bei der Rettung des Gefangenen erleiden sechs Bedienstete der Anstalt Rauchvergiftungen und eine Person darüber hinaus eine leichte Brandverletzung.

Er selbst kommt mit Verdacht auf eine Rauchgasvergiftung in ein Krankenhaus. Danach wird er in die psychiatrische Fachklinik Alzey verlegt. Hier erfolgt seine Überwachung auf der geschlossenen Station durch zwei Sicherheitskräfte, die von der Ausländerbehörde des Kreises Mayen-Koblenz gestellt sind.

Am 22. Oktober geht der Marokkaner nach dem Frühstück in Begleitung seiner Bewacher zu einem Fußballspiel auf den Innenhof der Anstalt. Von hier aus gelingt ihm die Flucht nach draußen.

Der Flüchtling war in diesem Jahr in die Erstaufnahme-Einrichtung Speyer gekommen und dann von hier in den Landkreis Mayen-Koblenz umverteilt worden. Im September erfolgte die Ablehnung seines Asylantrags, und im Oktober wurde der Haftbefehl gegen ihn ausgestellt.

*t-online.de 19.10.2017; WT 26.10.17;
LKH Rheinhessen – Fachklinik Alzey 27.10.17*

26. Oktober 17

Schömberg im baden-württembergischen Landkreis Calw. Als PolizeibeamtInnen einen Asylbewerber aus Gambia zur Identitätsfeststellung zum Regierungspräsidium Karlsruhe aus der Unterkunft in der Salmbacher Straße abholen wollen, treffen sie ihn nicht an. Sein Mitbewohner sagt, daß er ihn lange nicht gesehen habe. PassantInnen allerdings finden den 43 Jahre alten Flüchtling lebensgefährlich verletzt vor dem Haus am Boden liegend. Ein Zeuge sagt aus, daß der Gambier aus dem Fenster kletterte und dann von der Dachkante sieben Meter in die Tiefe sprang.

Die Polizei geht davon aus, daß sich der Mann aus Angst vor einer drohenden Abschiebung in Lebensgefahr brachte.

*Polizei Karlsruhe 26.10.17;
MM 26.10.17; TAG24 26.10.17;
StN 26.10.17; StZ 26.10.17;
jW 27.10.17*

Oktober 17

Hansestadt Hamburg. Drei männliche Flüchtlinge, die in Erstaufnahme-Einrichtungen leben, begehen in diesem Monat Suizidversuche.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/11643

12. November 17

Zolling im bayerischen Landkreis Freising. Eine Spaziergängerin, die auf einem vielgenutzten Feldweg zwischen Sportheim und Anglberger Weiher in Richtung Kläranlage unterwegs ist, findet gegen 15.30 Uhr in einer Buschreihe einen stark verwesenen, zum Teil skelettierten Leichnam.

Den Ermittlungsbehörden gelingt es erst nach Tagen, Näheres über die Identität der Person herauszufinden. Es handelt sich um einen 20 Jahre alten nigerianischen Asylbewerber aus der Flüchtlingsunterkunft in Zolling, der vor circa zwei Monaten das Heim verlassen hatte und seitdem nicht mehr gesehen worden war.

Da es keinerlei Hinweise auf Gewalteinwirkung durch Dritte gibt, allerdings neben dem Auffindeort ein "Seil oder Ähnliches" gefunden wurde, das auf Strangulation hinweist, wird der Verdacht einer Selbsttötung geäußert, obwohl die Ermittlungen noch nicht vollends abgeschlossen sind.

*MM 12.11.17;
MM 14.11.17; SZ 14.11.17;
MM 26.11.17*

21. November 17

Kreisstadt Kulmbach in Bayern. Mit einem Schlüssel verschaffen sich PolizeibeamtInnen in der hiesigen Flüchtlingsunterkunft den Zugang zum Wohnbereich der Familie Guliyeva, leuchten Frau Guliyeva mit einer Taschenlampe ins Gesicht, damit sie erwacht, und fordern sie auf, ihre Sachen zu packen, denn sie würden jetzt nach Aserbaidschan abgeschoben werden.

Als Frau Guliyeva den Koffer für ihren 7-jährigen Sohn Sahib packen will, wird sie mit den Worten davon abgehalten, daß das schon der Vater tun würde – nur sie und ihre 14-jährige Tochter Ofeliya sollten packen, der Sohn und Mann würden dann nachkommen. Eine Verabschiedung wird unterbunden, weil Mutter und Tochter gedrängt werden, ins Polizeiauto zu steigen – dann fahren sie weg, und die Familie ist getrennt.

Der in Deutschland geborene Sahib ist herzkrank und verliert durch die Abschiebung seine Mutter, die das alleinige Sorgerecht für ihn hat - und er verliert seine Schwester.

Ofeliya, die ihr halbes Leben in Bayern verbrachte, ist eine hochbegabte Pianistin – gilt als Wunderkind, das erst seit Anfang 2015 Klavierunterricht bekam. Sie spielte in kürzester Zeit extrem anspruchsvolle Stücke, schuf Kompositionen, die öffentlich aufgeführt wurden, gewann 2016 den Ruckdeschel-Preis und spielte in einem Orchester, das den "Karneval der Tiere" von Camille Saint-Saëns auf CD aufnahm.

Das Aktionsbündnis "Rückkehr von Ofeliya Guliyeva" fordert die Rückkehr der Familie und schreibt: "Die Welt verliert mit der Abschiebung eine hochbegabte Pianistin, die nie die Chance auf persönliche Entfaltung haben wird."

FRat Bayern 14.12.17

28. November 17

Bundesland Sachsen. In der Dresdner Tharandter Straße steht um 16.00 Uhr ein 41 Jahre alter Libyer auf dem äußeren Fensterbrett eines Fensters des Asylheimes und droht, sich von der ersten Etage hinunter zu stürzen. Zudem hält er ein Messer in der Hand, mit dem er sich verletzen wolle, sollte ihm jemand zu nahe kommen.

Durch energisches verbales Einwirken auf den Mann gelingt es PolizeibeamtInnen, ihn von seinem Vorhaben abzubringen. Er wird zu seinem eigenen Schutz in ein Fachkrankenhaus gebracht.

*DNN 28.11.17;
TAG24 28.11.17;
SäZ 29.11.17*

November 17

Hansestadt Hamburg. Sechs männliche Flüchtlinge, die in Erstaufnahme-Einrichtungen leben, begehen in diesem Monat Suizidversuche.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/11643

November 17

Hansestadt Hamburg. Ein Mann aus Afghanistan, der in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung Kanalplatz 14 lebt, versucht, sich durch Erhängen zu töten.

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/11643

4. Dezember 17

Großbarkau im Landkreis Plön – Bundesland Schleswig-Holstein. Die Ausländerbehörde Plön versucht, eine tschetschenische Familie im Rahmen des Dublin-Verfahrens nach Polen rückzuschicken. Dazu erscheinen gegen 6.00 Uhr zwei Mitarbeiter der Ausländerbehörde, fünf MitarbeiterInnen des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten – davon vier PolizeibeamtInnen – und ein Dolmetscher. Zwei Streifenwagen mit jeweils zwei Insassen der regulären Schutzpolizei stehen unweit des Wohnhauses in einer Nebenstraße.

Dem Ehemann und den beiden ältesten Söhnen gelingt die Flucht vor der Festnahme. Seine Frau, die durch eine ähnliche Festnahme-Aktion durch Militärs in Tschetschenien schwer gewalttraumatisiert wurde, wird jetzt – vor ihren schockierten Kindern – von einer Ärztin zu Boden gezwungen und gegen ihren Widerstand, offensichtlich mit Hilfe medikamentöser Verabreichung, sediert. Als das Abschiebekommando erkennt, daß drei Familienmitglieder geflohen sind, wird die Maßnahme abgebrochen und Frau E., die vor Schmerzen schreiend immer noch auf dem Boden liegt, und ihre drei Kinder im Alter von eineinhalb, sieben und elf Jahren sich selbst überlassen.

Frau E. befindet sich seit einiger Zeit in psychotherapeutischer Behandlung im Universitätsklinikum Kiel (UKSH), wie auch ihr an Blutkrebs erkrankter und vollkommen erblindeter elfjähriger Sohn. Letzterer muß zudem onkologisch und endokrinologisch im Klinikum weiter behandelt werden. Diese Therapien sind in Polen für AsylbewerberInnen in keiner Weise vorgesehen, dort wird den Flüchtlingen noch nicht einmal ein faires Asylverfahren geboten.

Bei dem Ehemann und Vater verursachte der Abschiebungsversuch der Behörden eine Re-Traumatisierung, so daß er kurze Zeit nach seiner Flucht stationär in die Psychiatrie aufgenommen werden muß.

Diese Tatsachen ignorierend, kündigt die Ausländerbehörde Plön die Abschiebung der Familie für den 11. Dezember an.

Am 10. Dezember erhält die Familie in der Kirchengemeinde der Nordkirche sogenanntes Kirchenasyl, wodurch die Drei-Monats-Frist für die Überstellung nach Polen behördlicherseits nicht eingehalten werden kann, denn diese läuft am 12. Dezember ab. Die Asylanträge der Familie müssen somit jetzt in der BRD bearbeitet werden.

*FRat Schleswig-Holstein 8.12.17;
KN 9.12.17;
Kreis Plön 12.12.17;
shz 15.12.17*

11. Dezember 17

Bamberg im Bundesland Bayern. In der Aufnahmeeinrichtung Oberfranken (AEO) versucht ein junger Bewohner, sich zu töten. MitarbeiterInnen des Sicherheitsdienstes können dies verhindern.

Der Flüchtling kommt mit dem Rettungsdienst zunächst ins Klinikum am Bruderwald und anschließend in die Nervenklinik.

Der Suizidversuch ist laut Polizei die Reaktion auf eine Entscheidung im Asylverfahren des Mannes.

Fränkischer Tag 12.12.17

12. Dezember 17

Landkreis Görlitz im Bundesland Sachsen. Eine Frau wird mit ihrem achtjährigem Sohn und der neun Jahre alten Tochter nach Georgien abgeschoben, während ihr Mann und Vater der Kinder in der BRD bleibt. Damit ist die Familie getrennt.

LT DS Sachsen DS 6/11637

13. Dezember 17

Drensteinfurt im nordrhein-westfälischen Landkreis Warendorf. Noch in der Nacht erscheint ohne Vorankündigung ein Abschiebekommando in einer Flüchtlingsunterkunft, um die Eheleute B. mit ihren fünf Kindern abzuschicken. Als erstes werden ihnen die Handys abgenommen, damit sie keine Hilfe herbeirufen können. In größter Eile müssen sie einige Sachen packen, werden abgeführt und in den Kosovo ausgeflogen. Da der 17-jährige Sohn zu dieser Zeit nicht Zuhause ist, entgeht er der Abschiebung, wodurch die Familie getrennt wird.

Herr B. war bereits als Jugendlicher in Deutschland gewesen und wurde mit seinen Eltern noch während des Bürgerkriegs im Kosovo Ende der 90er Jahre abgeschoben. Die Roma wurden nach Beendigung des Kosovokrieges für die Kriegsverbrechen auf allen Seiten verantwortlich gemacht und dann progromartig verfolgt und angegriffen. In den Jahren 2000 bis 2004 wurden Roma-Viertel in Brand gesteckt und erneut viele Menschen vertrieben. Frau B. mußte damals mit ansehen, wie das Häuschen ihrer Großmutter angesteckt wurde und diese darin verbrannte. Frau B. wurde dadurch traumatisiert. Mit ihrem Mann und damals drei Kindern floh sie in die Bundesrepublik. Die beiden jüngsten Kinder wurden 2006 und 2007 in Ahlen (NRW) geboren.

Da ein Bleiberecht nicht erreicht werden konnte und die sehr kurzfristigen Ketten-Duldungen die Familie in Angst und Schrecken hielt, flüchteten sie im Jahre 2010 nach Belgien. Die Kinder gingen hier zur Schule und lernten Französisch und Flämisch. 2015 mußten sie nach Deutschland zurück, wo sie – aufgrund der massiven Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht und der Um-Definierung des Kosovos in 2017 zu einem "sicheren Herkunftsland", gar keine Bleibemöglichkeiten mehr bekamen.

Als eine Petition eingereicht wurde, um die Integrationsbemühungen der Familie zu belegen, wurden sie aus ihrer Wohnung zwangsgeräumt und einer Männerunterkunft zugewiesen. Aufgrund ihrer kurzfristigen Duldungen waren die Jobsuche und die Arbeitsaufnahme massiv erschwert. Die Kinder jedoch gingen weiter zur Schule.

Letztlich wurde die Petition abgelehnt, nachdem die Familie bereits abgeschoben war.

Im Kosovo ist die Familie obdachlos und hat keinerlei finanzielle Unterstützung. Sie kommt zunächst bei einem – ebenfalls bitterarmen – Onkel im Roma-Viertel Giakova unter. Sie schlafen auf dem Boden, haben wenig Holz zum Heizen und frieren.

FFM 24.12.17

Im Jahre 2017

Das hessische Ministerium für Soziales und Integration gibt bekannt, daß sich in diesem Jahr 12 Bewohner und eine Bewohnerin von Erstaufnahme-Einrichtungen in den Monaten Januar, Februar, März, April, Juli, September und Oktober selbst verletzten.

Dies geschah an den Orten: Büdingen, Calden, Gießen – Rötgener Straße, Gießen – Meisenbornweg, Kassel-Niederzwehren, Neustadt und Flieden, Frankfurt-Neckermann, Großlüder, Hanau, Hessisch Lichtenau, Marburg, Neustadt und Rotenburg.

Die Personen kamen aus den Ländern: Äthiopien, Algerien, Eritrea, Irak, Rußland, Serbien und Syrien – eine Person war staatenlos, und bei einer zweiten Person ist die Staatsangehörigkeit nicht angegeben. Sie waren zu dem Zeitpunkt 14 Jahre, 19 Jahre, 21 Jahre, 23 Jahre, 24 Jahre, 26 Jahre, 27 Jahre, 34 Jahre, 35 Jahre, 37 Jahre und 39 Jahre alt.

LT DS 19/6112

Im Jahre 2017

Das hessische Ministerium für Soziales und Integration gibt bekannt, daß sich in diesem Jahr 27 Bewohner und elf Bewohnerinnen sonstiger Gemeinschaftsunterkünfte in den Monaten Februar, März, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober und Dezember selbst verletzten.

Des weiteren sind drei Suizide bekannt: einer durch Erhängen, ein zweiter durch einen Zugunfall und zum dritten liegen keine Angaben vor.

Dies geschah an den Orten: Stadallendorf, LK Marburg-Biedenkopf, GU Wolfhagener Straße 112 in Kassel, Usingen, Königstein im Taunus, Bad Homburg, Oberursel, Friedrichsdorf, GU Lorch, GU Lucas-Cranach-Straße in Niedernhausen und Darmstadt.

Die Personen kamen aus den Ländern: Äthiopien, Afghanistan, Albanien, Algerien, Irak, Iran, Pakistan, Palästina, Syrien, Türkei. Sie waren zu dem Zeitpunkt 14 Jahre, 17 Jahre, 18 Jahre, 19 Jahre, 20 Jahre, 21 Jahre, 22 Jahre, 24 Jahre, 25 Jahre, 26 Jahre, 27 Jahre, 28 Jahre, 35 Jahre, 40 Jahre, 42 Jahre und 51 Jahre alt.

LT DS 19/6112

Im Jahre 2017

Das hessische Ministerium für Soziales und Integration gibt bekannt, daß sich im Transitbereich des Flughafens Frankfurt am Main in den Monaten Februar, März, Mai, September, Oktober und November insgesamt 17 Männer und eine Frau selbst verletzten.

Die Personen kamen aus den Ländern: Ägypten, Algerien, Äthiopien, Ghana, Jordanien, Kosovo, Libanon, Marokko, Pakistan und Sri Lanka. Sie waren zu dem Zeitpunkt der Selbstverletzung 18 Jahre, 21 Jahre, 23 Jahre, 24 Jahre, 25 Jahre, 29 Jahre, 30 Jahre, 36 Jahre, 39 Jahre, 40 Jahre und 44 Jahre alt.

LT DS 19/6112

Zusammenfassung des Jahres 2017

*Mindestens fünf Personen starben
auf dem Wege in die BRD oder an den Grenzen,
30 Flüchtlinge verletzten sich
auf dem Wege in die BRD oder an den Grenzen.*

*23 Menschen töteten sich selbst angesichts
ihrer drohenden Abschiebung
oder starben beim Versuch,
vor der Abschiebung zu fliehen.
Davon befanden sich zwei Personen in Haft.*

*Mindestens 229 Flüchtlinge verletzten sich selbst
oder versuchten sich umzubringen und
überlebten z.T. schwer verletzt.
Davon befanden sich 26 Personen in Haft.*

*17 Flüchtlinge wurden durch
Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen
während der Abschiebung verletzt.*

*Mindestens fünf schwerkranke Personen kamen
aufgrund mangelhafter Therapie
im Herkunftsland in Lebensgefahr.
Drei Flüchtlinge wurden nach der Abschiebung
mißhandelt oder verletzt.
Zwei Männer starben durch Bombenanschläge
in Afghanistan.*

*Bei Maßnahmen wie Festnahmen, Abschiebungen,
in der Haft, in Behörden oder auf der Straße
durch Polizei, anderes Bewachungspersonal
oder Verantwortliche
wurden 19 Flüchtlinge verletzt.
Eine Person befand sich in Haft.
Zwei Flüchtlinge starben durch Polizeikugeln.*

*Bei Bränden und Anschlägen auf
Flüchtlingsunterkünfte und durch sonstige Umstände wurden
102 Personen z.T. erheblich verletzt oder erkrankten
und eine Person starb.*

*Bei rassistischen Attacken im öffentlichen Bereich
wurden 511 Flüchtlinge tätlich angegriffen
und dabei z.T. schwer verletzt.
Zwei Personen wurden getötet.*

Aktualisierung 2016

Beispiele

27. Januar 16

Erstaufnahme-Einrichtung im bayerischen Erding. Der Arzt Raphaelae Lindemann, der für die medizinische Erstversorgung der Flüchtlinge zuständig ist, schreibt von einer schwangeren Frau, die ihm berichtet, daß ihre zwei Kinder im Mittelmeer ertranken, nachdem das Boot gekentert war, und weil sie selbst keine Kraft mehr hatte. Sie habe nun große Angst, daß sie auch noch ihr letztes Kind verliere, weil sie keine Kindsbewegungen mehr spüre.

Die Ärztin Maria Overbeck berichtet im Spiegel, daß 20 Prozent der ankommenden Flüchtlinge sofort Hilfe benötigen. Krankheitsbilder wie Erfrierungen an den Füßen, akute und chronischen Lungenentzündungen, Austrocknung der Menschen, weil sie zu wenig trinken und Erschöpfungszustände seien an der Tagesordnung. Einige Flüchtlinge mußten direkt ins Krankenhaus eingeliefert werden – auch der Rettungshubschrauber war schon im Einsatz.

Sie erinnert sich an eine Schwangere, die seit drei Wochen keine Kindsbewegungen mehr spürte und deren Kind bereits gestorben war.

*Raphaelae Lindemann 28.1.16;
FAZ 30.1.17;
Spiegel 17.3.16*

21. Mai 16

Arnsdorf im Landkreis Bautzen – Bundesland Sachsen. Gegen 18.50 Uhr wird die Polizei zu einem Netto-Supermarkt in der Stolpener Straße gerufen, und die Beamten finden einen jungen Mann vor, der auf dem Parkplatz mit Kabelbindern an einen Baum gefesselt ist. Der 21 Jahre alte Asylbewerber Schabas Saleh Al-Aziz ist Patient im hiesigen Fachkrankenhaus für Neurologie und Psychiatrie. Ein Sanitäter versorgt ihn, bevor er ins Krankenhaus zurückgebracht wird.

Der Kurde aus dem Irak hatte Probleme mit einer Telefonkarte, die er im Supermarkt gekauft hatte. Schon am Vortag war er im Geschäft erschienen – aber aufgrund sprachlicher Verständigungsschwierigkeiten konnte ihm niemand erklären, daß die Telefonkarte bereits abtelefoniert war. Heute erschien er zweimal im Laden – die Polizei wurde zweimal gerufen, und er wurde zweimal zurück ins Krankenhaus gebracht.

Gegen 18.00 Uhr war er zum dritten Mal gekommen, und die Auseinandersetzung ging weiter. Als er eine Flasche Wein aus dem Regal nahm, fühlten sich die Filialleiterin und eine weitere Angestellte bedroht. Da erschienen plötzlich vier Männer, schlugen ihn zusammen, schleppten ihn hinaus und fixierten ihn an dem Baum. Diese Männer, die den Aufdruck "Bürgerwehr" auf ihren T-Shirts trugen, rechtfertigten ihr Vorgehen im Nachhinein mit der Äußerung, sie hätten den Iraker vor einer Flucht bewahren wollen, zudem wollten sie den Diebstahl einer Flasche Wein verhindern. Später meinten sie der Presse gegenüber, daß sie nur "Zivilcourage" gezeigt hätten. Zu diesem ganzen Geschehnis existiert eine Video-Aufzeichnung des Supermarktes.

Die Ermittlungen der Polizei gehen in zwei Richtungen: einerseits gegen den Iraker wegen des Verdachts der Bedrohung und andererseits gegen die vier Männer im Alter von 29 bis 56 Jahren wegen des Verdachts der Freiheitsberaubung. Auch der Staatsschutz ist in die Ermittlungen eingebunden.

Während die Ermittlungen gegen den Asylbewerber eingestellt werden, weil eine Bedrohungssituation via Video und Aussagen von ZeugInnen schlichtweg nicht nachweisbar ist, wird gegen einen Fernfahrer, einen Lageristen, einen Tätowier-

er und den CDU-Gemeinderat Detlef Oelsner von der Staatsanwaltschaft Görlitz im Dezember Anklage erhoben.

Im Vorfeld des Prozesses werden über rechte Internetforen Spendengelder für die Angeklagten gesammelt und die Tat der Männer als ein Akt von "Zivilcourage" manifestiert. Der Prozeß vor dem Amtsgericht Kamenz, der auf zehn Verhandlungstage angelegt ist, beginnt am Morgen des 24. April 17. Schon vor dem Gebäude stehen Sympathisanten der Täter mit Schildern und entsprechend setzt sich das Publikum im Gerichtssaal zusammen, z.B. aus Mitgliedern des Motorradclubs Arnsdorf, NPD- und Pegida-Anhänger und regionaler AfD-Prominenz.

Nach gut dreistündiger Verhandlung und einem sogenannten Rechtsgespräch endet der Prozeß mit der Einstellung des Verfahrens. Begründung: Geringe Schuld und kein öffentliches Interesse.

Der Richter verweist darauf, daß alle Angeklagten nicht vorbestraft sind und daß der betroffene Asylbewerber offensichtlich auch nicht das Interesse an einer Strafverfolgung gehabt habe, weil er keine Strafanzeige gestellt hatte.

Schabas Saleh Al-Aziz war im Prozeß nicht anwesend, denn er lebte nicht mehr. Und ohne diesen Zeugen könne kein umfassendes Bild der Tatvorgänge entstehen, so das Gericht.

Schabas Saleh Al-Aziz war am 2. Januar 17 das letzte Mal gesehen worden, und vier Tage vor Prozeßbeginn wurde sein verwester Leichnam im Tharandter Wald, circa einen Kilometer von seiner Unterkunft entfernt, gefunden. Die Obduktion ergab, daß Anzeichen von Fremdverschulden nicht nachweisbar waren, so daß vermutet wird, daß er erfohren ist. Trotzdem nimmt die Mordkommission Ermittlungen auf. Auch die Tatsache, daß sein gerichtlich bestellter Betreuer (siehe unten) eine Vermißtenanzeige erst einen Monat nach seinem Verschwinden gestellt hat, wirft Fragen auf.

Zwei Tage nach der Einstellung des Gerichtsverfahrens wird durch eine Reportage des mdr-Magazins "Exakt" bekannt, daß vor dem Prozeß einem der beteiligten Staatsanwälte schriftlich mit Erschießung gedroht wurde, wenn er im Gerichtssaal erscheinen würde. Auch war er abends auf der Straße von Männern verfolgt und bedroht worden. Demzufolge befanden sich bei der kurzen Gerichtsverhandlung auch Beamte des Landeskriminalamtes als Personenschützer im Gerichtssaal.

Auf der Pegida-Kundgebung am selben Abend in Dresden ließen sich einer der Täter und sein Rechtsanwalt bejubeln und feiern, und letzterer lobte seinen Mandanten öffentlich übers Mikrofon zu der "coolen Nummer", die in Arnsdorf passiert war.

Schabas Saleh Al-Aziz war in der Millionenstadt Sulaimaniyya, im kurdischen Teil des Irak, mit einem älteren Bruder und einer jüngeren Schwester aufgewachsen und hatte den Beruf des Zimmermanns gelernt. Seit seinem 15. Lebensjahr litt er unter heftigen epileptischen Anfällen, bei denen er oft das Bewußtsein verlor. Im April 2015 verließ er seine Eltern, weil er in Deutschland Hilfe für seine schwere Erkrankung erhoffte. Nach einem halben Jahr auf der Fluchtroute über den Balkan erreichte er Deutschland im September 2015 und wurde im sächsischen Freital im ehemaligen Hotel Leonardo untergebracht. Es ging ihm schlecht, denn die antiepileptischen Medikamente konnte er nur unregelmäßig einnehmen, weil die Kostenerstattung oft abgelehnt wurde. So kam er in akuten Situationen insgesamt elfmal als Notfall ins Krankenhaus, wurde nach Abschluß der Behandlung mit einem Tablettenvorrat für drei Tage entlassen und mußte dann beim Sozialamt in Pirna die Kostenübernahme für weitere Medikamente beantragen, die häufig abgelehnt wurde.

Schabas Saleh Al-Aziz wurde verhaltensauffällig und kam schließlich auch in die Psychiatrie. Das Amtsgericht Kamenz verordnete ihm per Beschluß einen Betreuer. Die Wahl fiel auf den Fraktionsvorsitzenden der AfD im Pirnaer Kreistag und Berufsbetreuer Steffen Frost, der fortan über das Leben und die Gesundheit des Kurden entschied.

Als – noch vor dem Prozeß – ein Mitarbeiter der Opferberatungsstelle RAA Dresden versuchte, zu Herrn Al-Aziz Kontakt aufzunehmen, um ihm Beratung, Unterstützung und Zugang zu seiner Akte zu vermitteln, weigerte sich sein "Betreuer" Frost, die entsprechende Nachricht weiterzuleiten und meinte, sein Klient habe daran kein Interesse.

Im Juli 2016 wurde der Flüchtling in den Nachbarort Tharandt umverteilt. Ein Pflegedienst, der für die Tabletten-Zuteilung engagiert wurde, kündigte, als Schabas Saleh Al-Aziz wieder einmal in die Psychiatrie eingeliefert wurde. Ein anderer Pflegedienst weigerte sich, sich um die Medikamente zu kümmern, und meinte, der Patient solle es selber tun.

Als der einzige Mensch, der Kurde Hiwa Mustafa, mit dem sich Herr Al-Aziz, der kein Arabisch sprach, unterhalten konnte, zu Freunden nach Pirna zog, blieb der Kranke allein in der ehemaligen Jugendherberge zurück und wurde zunehmend verzweifelter. Er wollte sich gerne mit seinem Schwager treffen, der in Dortmund lebt, aber er hatte kein Geld zum Reisen – sein "Betreuer" Frost, der auch sein Geld verwaltete, teilte ihm nur ein kleines Taschengeld für Essen und Zigaretten zu. Als auch noch die Internetverbindung im Heim ausfiel, über die Herr Al-Aziz Kontakt zu Freunden und Verwandten hielt, verzweifelte er völlig. Er ging zum Heimleiter, beschwerte sich, griff zu einem Teppichmesser, das auf dem Schreibtisch lag, hielt es sich an die Kehle und schnitt sich dort die Haut auf.

*Polizei Görlitz 21.5.16;
Huffington Post 1.6.16; TAG24 1.6.16;
ntv 2.6.16; Spiegel 2.6.16; mdr 20.12.16;
jW 21.12.16; MAZ 23.12.16;
SäZ 20.4.17; SäZ 24.4.17;
mdr "Exakt" 26.4.17;
SäZ 27.4.17; FR 28.4.17;
taz 1.7.17; taz 11.8.17;
SäZ 2.1.18; SäZ 10.1.18*

2. Juni 16

Flughafen Dresden – Bundesland Sachsen. Um 12.37 Uhr startet eine Boing 737 der Airline Smartwings. Die Maschine, in der normalerweise 245 Sitzplätze zur Verfügung stehen, wird als "Krankencharter" für kranke und behinderte abgelehnte Asylsuchende und ihre Angehörigen genutzt und fliegt in Richtung Bosnien, Mazedonien und Serbien. Drei NotärztInnen mit den Zusatz-Qualifikationen Notfallmedizin, Allgemeinmedizin, Anästhesie und Flugmedizin und zwei RettungsassistentInnen beziehungsweise NotfallsanitäterInnen sitzen mit an Bord. Darüberhinaus befanden sich am Flughafen ein Rettungswagen mit zwei RettungsassistentInnen und einem Sanitäter. Ab 8.00 Uhr hatten 50 BundespolizistInnen die Flüchtlinge in einer gesonderten Halle im Sicherheitsbereich des Flughafens abgefertigt.

Der sächsische Innenminister versichert später, daß somit "während der gesamten Rückführungsmaßnahme zudem die notwendige medizinische Ausrüstung zur angemessenen Betreuung aller rückzuführenden Personen zur Verfügung" stand. "Schon die Abholung am Wohnort erfolgte teilweise (soweit erforderlich) mittels Krankentransport und im Beisein eines Arztes."

Von den 15 Passagieren im Flugzeug kommen acht Personen aus Sachsen-Anhalt und sieben aus Sachsen (siehe unten).

Eine kranke Frau aus Dresden wird mit ihrem 21 Jahre alten Sohn und den zwei 12- und 16-jährigen Töchtern – nach 16 Jahren Deutschland-Aufenthalt – nach Serbien geflogen. Die beiden Töchter befanden sich in der Obhut des Kinder- und Jugendnotdienstes und der Sohn, der dem Landkreis Nord-sachsen zugewiesen war, befand sich vor der Abschiebung in der JVA Regis-Breitungen.

In Vorbereitung der Abschiebung hatte die Ausländerbehörde mit den behandelnden HausärztInnen und dem sozialpsychiatrischen Dienst verhandelt und 19 Entlassungsberichte des Klinikums Dresden bzw. des Krankenhauses Friedrichstadt ausgewertet.

Während des Fluges muß ein Mann durch das medizinische Personal behandelt werden. Er lebt seit knapp zwei Jahren in Sachsen und wird nach Mazedonien abgeschoben.

Ebenfalls nach Mazedonien fliegt eine Frau mit ihrer 23 Jahre alten Tochter. Sie wurden in Kamenz im Landkreis Bautzen abgeholt. Für die Tochter wurde eine Reise- und Flugtauglichkeitsbescheinigung ausgestellt und für die Mutter organisierte die Ausländerbehörde Sachsen die Rückführung im Rollstuhl.

Die Summe der Kosten in Höhe von 75.643,41 Euro für diese Abschiebung setzt sich wie folgt zusammen:

Flugkosten für Abzuschiebende	59.555,08 €
Flugkosten für die Bundespolizei	5.254,92 €
Liegendtransporte	2.000,00 €
Zusätzliche Büroflächen am Flughafen	107,10 €
Medizinisches Personal	7.245,00 €
Dolmetscher	1.481,31 €

*Bild 3.6.16; focus 4.6.16;
LT DS 6/5779*

September 16

Meschede im nordrhein-westfälischen Hochsauerlandkreis. Drei Mitarbeiter der Kreis-Ausländerbehörde und zwei Polizisten (im Ruhestand) holen einen 22 Jahre alten Flüchtling aus seiner Unterkunft ab, um ihn – entsprechend dem Dublin-Verfahren – nach Spanien abzuschieben. Der Mann bekommt Handschellen angelegt, weil ihm bei einem ersten Abschiebungsversuch die Flucht gelang.

Auf dem Weg zum Flughafen Düsseldorf beginnt der Gefangene, seinen Kopf mit voller Kraft und immer wieder gegen die Scheibe des Transporters zu schlagen. Die Begleiter, so sagen sie später vor Gericht aus, hatten Befürchtungen vor einer Zerstörung des Fensters und somit vor einer größeren Verletzungsmöglichkeit des Afrikaners. Deshalb versuchte einer der Polizisten, den Kopf des Flüchtlings festzuhalten und, um stabiler zu stehen, stützte er sein Bein an der Fahrzeugseite ab. Jetzt passierte es, daß er sich einen Kreuzbandriß im Knie zuzog. Die Fahrt wurde in Oeventrop abgebrochen und ebenso die Abschiebung.

Im Oktober 2017 wird der Afrikaner wegen Körperverletzung, Nötigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung, zu einer Zahlung von 5000 Euro Schmerzensgeld und 330,44 Euro Schadensersatz für eine entgangene Urlaubsreise des verletzten Polizisten verurteilt.

*Westfalenpost 18.10.17;
Westfalenpost 19.10.17*

Kürzelerklärungen

a.i.d.a. – Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München, Postfach 400 123, 80701 München, Fon 089-21552608; info@aida-archiv.de; www.aida-archiv.de

AA – Augsburger Allgemeine

AB – Abendblatt Berlin

AAE – Antifaschistische Aktion Erzgebirgskreis, <http://afaerz.blogspot.de>

AaN – Aachener Nachrichten

AAPO – All Amhara's People Organization

AaZ – Aachener Zeitung

ABAD Thüringen – Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierung, Warsbergstr. 1, 99092 Erfurt, Fon 0361-2172723

ABM – Antifa Bündnis Marzahn-Hellersdorf, www.kein-verstecken.de, abm@riseup.net

abschiebealarm – abschiebealarm@antira.info

Abschiebungsbeobachtung HH 2010 – Abschiebungsbeobachtung am Hamburger Flughafen – Jahresbericht 2010

Abschiebungsbeobachtung FFM – Zwei Mitarbeiterinnen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und das Bistum Limburg – Zum Projekt gehört das Forum Abschiebungsbeobachtung FFM, an dem die Bundespolizei, amnesty international, Pro Asyl und der Hessische Flüchtlingsrat mitarbeiten.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2007 – Forum Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt am Main (FAFF) Jahresbericht 2006/2007, Mai 2007, Bistum Limburg, Evangelischer Regionalverband Frankfurt am Main

Abschiebungsbeobachtung FFM 2008 – Forum Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt am Main (FAFF) Zweiter Jahresbericht 2007/2008, Dezember 2008, Bistum Limburg, Evangelischer Regionalverband Frankfurt am Main

Abschiebungsbeobachtung FFM 2009 – Forum Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt am Main (FAFF) Jahresbericht 2008/2009, Dezember 2009, Bistum Limburg, Evangelischer Regionalverband Frankfurt am Main

Abschiebungsbeobachtung FFM 2010 – Forum Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt am Main (FAFF) Jahresbericht 2009/2010, Dezember 2010, Bistum Limburg, Evangelischer Regionalverband Frankfurt am Main

Abschiebungsbeobachtung FFM 2010-2011 – Forum Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt am Main (FAFF) Jahresbericht 2010/2011, April 2012

Abschiebungsbeobachtung FFM 2012 – Forum Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt am Main (FAFF) Jahresbericht 2012, Juni 2013

Abschiebungsbeobachtung FFM 2013 – Forum Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt am Main (FAFF) Jahresbericht 2013, Dezember 2014

Abschiebehaftgruppe Leipzig – c/o Flüchtlingsrat Leipzig, Wartenstr. 4, 04103 Leipzig, Fon 0341-9613872

ADB – Anti-Diskriminierungsbüro Berlin, Dokumentation zu rassistisch motivierter Diskriminierung im Jahr 2000

ADB – Anti-Diskriminierungsbüro Berlin, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Fon 030-2042511, adb_berlin@gmx.de

AdK – Akademie der Künste Berlin

adn – Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst

AFA Dresden – Antifaschistische Aktionsgruppe Dresden, afadresden@riseup.net

Afghan Hindu-Sikh Verband in Deutschland – Marienstift 23, 51057 Köln, Fon 0221-6367099

afp – Agence France Presse

AfOrG – Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt, Parzellenstr. 79, 03046 Cottbus, Fon 0172-7585772, AfOrG@gmx.net

AG für Menschen in Abschiebehaft – Arbeitsgemeinschaft für Menschen in Abschiebehaft Mannheim, Augustaanlage 53, 68165 Mannheim, Fon 0621-412556, www.abschiebehaft-ma.de

AGAH Hessen, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, www.agah-hessen.de

AG3F – Für Freies Fluten, Metzgerstr. 8, 63450 Hanau, Fon 06181-184892, www.aktivgegenabschiebung.de

agisra – agisra Köln, Steinberger Str. 40, 50733 Köln, Fon 0221-124019, www.e-migrantinnen.de

ai – amnesty international, Heerstr. 178, 53111 Bonn, Fon 0228-983730, www.amnesty.de

ai Mai 95 – amnesty international Mai 95 – Ausländer als Opfer, Polizeiliche Mißhandlungen in der Bundesrepublik Deutschland, EUR 23/06/95

ai München – JVA Besuchsdienst - amnesty international München, Leonrodstr. 19, 80634 München, Fon 089-165412

ai 3.7.97 – amnesty international 3.7.97 – Neue Fälle – altes Muster, Polizeiliche Mißhandlungen in der Bundesrepublik Deutschland EUR 23/04/99

ai Januar 2004 – amnesty international Januar 2004 – Erneut im Focus, Vorwürfe über polizeiliche Misshandlungen und den Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt in Deutschland EUR 23/01/2004

ai Türkei-Kogruppe – amnesty international Türkei-Kogruppe, Eilbeker Weg 214, 22089 Hamburg, Fon 040-65499030, info@amnesty-tuerkei.de

ai-Ortsgruppe Erlangen – amnesty international Erlangen, info@amnesty-erlangen.de

AIDS Hilfe Hamm – Chemnitzer Str. 41, 59067 Hamm, Fon 02381-5575, info@hamm.aidshilfe.de

AIZ – Aalener Internet Zeitung

ak – Analyse und Kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, Fon 040-40170174, www.akweb.de

AK Asyl Backnang - <http://ak-asyl-backnang.de>

AK Asyl Ba-Wü – Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg, Fon 0741-34899212, akasylbawue@web.de

AK Asyl Göttingen – Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden, Geismar Landstr.19, 37083 Göttingen, Fon 0551-58894, akasylgoe@emdash.org

AK Asyl Regensburg-Weingarten – Arbeitskreis Asyl Ravensburg-Weingarten, Mozartstr. 9, 88276 Berg, Fon 0751-59509

AK Asyl Regensburg – Arbeitskreis Asyl Regensburg bei amnesty international, Malergasse 15, 93047 Regensburg, Fon 0941-5997650, ai-Regensburg@gmx.de

AK Asyl RP – Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz, c/o Pfarramt für Ausländerarbeit im Kirchenkreis An Nahe und Glan, Kurhausstr. 8, 55543 Bad Kreuznach, Fon: 0671-8459152, info@asyl-rlp.org

AK Asyl Stuttgart – Arbeitskreis Asyl Stuttgart, Postfach 100221, 70197 Stuttgart, Fon 0711-631355, ak.asyl-stuttgart@t-online.de

AK Asyl u. Bleiberecht Lüchow-Dannenberg – Schwardau 8, 29473 Göhrde, Fon 05862-6093, Bleiberecht-Wendland@web.de

AK Asyl Weida – Arbeitskreis Asyl Weida, ag_asyl@gmx.de

AK Flüchtlinge Frankfurt – Arbeitskreis Flüchtlinge Frankfurt, Droyenstr. 5, 60385 Frankfurt, Fon 069-493332

Aktion Abschiebestop – "Keine Abschiebungen nach Algerien – Angola – Burkina Faso – Burundi – Côte d'Ivoire – Guinea – Kamerun – Kongo (Zaire) – Niger – Nigeria – Ruanda – Sierra Leone – Sudan – Togo", von Adjeh Attikossie, Georges Kwami Hoise, Barbara Ginsberg – erschienen im Jahre 1998

Aktion Zivilcourage Pirna – post@zivilcourage-pirna.de

ALB – Büro der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam, Fon 0331-8665902

alle bleiben – Roma Center Göttingen, Haus der Kulturen, Hagenweg 2e, 37081 Göttingen, www.alle-bleiben.info

Alternativer Menschenrechtsbericht – Alternativer Menschenrechtsbericht Nürnberg 2007, 2008, 2009, 2011, 2013

Bündnis Aktiv für Menschenrechte Nürnberg, c/o Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6, 90429 Nürnberg, Fon 0911-3780190 (Ulrike Voß), Fon 0911-541359 (Kristina Hadeler), voss-ulrike@web.de, k-r-hadeler@t-online.de

Allgemeine Zeitung RMP - Allgemeine Zeitung Rhein Main Presse, allgemeine-zeitung.de

Alliance of Struggle – Vernetzung mehrerer Organisationen zur Unterstützung der Gefangenen in der Abschiebehaft in Eisenhüttenstadt, alliance_of_struggle@yahoo.de

AIZ – Aller Zeitung

Alternative Gruppen Eisenhüttenstadt – Fon 0173-7856288

AMAL Sachsen – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt, amal.dresden@ndk-wurzen.de, amal.wurzen@ndk-wurzen.de, amal.goerlitz@ndk-wurzen.de

Amen aças kate! Gruppe Berlin – Aktionsbündnis der Berliner Roma-Flüchtlinge im Herbst 2002, amen_acas_kate@gmx.de

AN – Aalener Nachrichten

ANA-ZAR – Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht – Deutscher Anwaltverein

ANF – Ajansa Nüceyan a Firatê, <http://anf.turkce.net/>

Antifa-Iserlohn – afa-iserlohn@gmx.de

Antifa Reutlingen/Tübingen - c/o Infoladen Tübingen, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen, antifatuert@riseup.net

Antifaschistische Gruppen des Vogtlands, agv@gawab.com

Antifaschistische Aktion Gera – www.aag.antifa.net

Antifaschistische Nachrichten – c/o GNN-Verlag, Postfach 260226, Fon 0221-211658, www.infolinks.de/an

Antirassistisches Bündnis, c/o Ökoscouts, Madamenweg 168, 38118 Braunschweig, Fon 0531-82909

Antifaschistisches Bündnis Kreis Mettmann – <http://buendnisme.blogspot.de>

Antifaschistisches Infobüro Rhein-Main – Lausitzerstr. 10, 10999 Berlin, mail@infobuero.org, www.infobuero.org

antifaschwerin.blogspot.de – Antifa Schwerin - Mitte, c/o Komplex Schwerin, Pfaffenstr. 4, 19055 Schwerin, antifa-schwerin@web.de

Antirassistisches Netzwerk Sachsen-Anhalt – Antirassistisches Netzwerk LSA, <http://antiranetlsa.blogspot.de>

ap – Associated Press

apabiz – antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin, Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin, www.apabiz.de

APr – Ausschußprotokoll

ARA – African Refugee Association, c/o Diakonisches Werk, Königstr. 54, 22767 Hamburg, Fon 040-38611692

ARAB – Antirassismusbüro Bremen, Sielwall 38, 28203 Bremen, Fon 0421-706444, arab@is-bremen.de

Dokumentation "Polizisten, die zum Brechen reizen", März 95

Arbeitskreis Miteinander, Rechbergstr. 23, 79585 Steinen, Fon 07627-7792, ingrid.jennert@t-online.de

ARI – Antirassistische Initiative Berlin – DokumentationsStelle – Mariannenplatz 2 A, 10997Berlin, Fon 030-61740440, www.ari-berlin.org/doku/titel.htm bzw. <http://www.anti-rar.de/>

ArGiB – Antirassistische Gruppen in Bonn, St.-Augustiner-Str. 63, 53225 Bonn, Fon 0228-636151

art-ndh – aufklärung und recherche team nordhausen – Schrankenlos c/o Weltladen, Barfüßerstr. 32 99734 Nordhausen, art-ndh@sage-mail.net

asn Cottbus – antifaschulnetz, Bahnhofstr. 45, Cottbus, Fon 0355-797587, <http://lola.d-a-s-h.org>

ASSM – c/o people's house of Geneva, www.assmp.org

Asyl Strike Berlin – oplatz.net

Asylberatung Hennigsdorf – Flüchtlingsberatungsstelle des Kirchenkreises Oberes Havelland, Fabrikstraße 10, 16761 Hennigsdorf, Fon 03302-222918 oder 0172-3984191

AsylbLG - Asylbewerberleistungsgesetz

Asylgruppe St. Rochus Zirndorf – Pfarrhof 3, 90513 Zirndorf, Fon 0911-6002567, www.zirndorf-evangelisch.de

Asyl-Nachrichten – Informationsdienst des Frankfurter Flüchtlingsbeirates, c/o Volker Morawitz, Inselsbergstr. 5, 65929 Frankfurt am Main

ATİK – Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu – Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa, www.atik-online.net

AT – Ahlener Tageblatt

ATZE – Antifaschistische Zeitung, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel (siehe auch: Gegenwind)
 AufenthG – Aufenthaltsgesetz
 AuslG – Ausländergesetz
 Autonom Centrum in Amsterdam, Fon 0031-20-6126172, www.xs4all.nl
 AWO Flüchtlingsberatung Lippstadt – Klusetor 9, 59555 Lippstadt, Fon 02941-3463
 AWO Flüchtlingsberatung Rheinfelden – Arbeiterwohlfahrt Rheinfelden, Schildgasse 22, 79618 Rheinfelden, Fon 07623-72410
 AZ – Ahlener Zeitung
 AZ München – Münchener Abendzeitung
 AZ Nürnberg – Abendzeitung Nürnberg
 AZADI – Rechtshilfeverein AZADI für Kurdinnen und Kurden in Deutschland,
 Graf-Adolf-Str. 70A, 40210 Düsseldorf, Fon 0211-8302908, www.nadir/initiativ/azadi/
 AZM – Allgemeine Zeitung Mainz – Rhein-Mainer
 BÄFR – Bayerische Ärzteinitiative für Flüchtlingsrechte, c/o Dr. Thomas Nowotny, Salzburger Str. 27, 83071 Stephanskirchen,
 Fon 08031-3918018, t.nowotny@onlinehome.de
 BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche, Berliner Freiheit 16, 53111 Bonn, Fon 0228-9650342,
info@kirchenasyl.de
 BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
 BARI – Büro antirassistischer Initiativen, Sickingenstr. 10, 34117 Kassel, Fon 0561-17919
 Basalisa – Hilfe für Flüchtlingskinder, Bornemannstr. 12, 13357 Berlin, Fon 030-46064614, basalisa@web.de
 BaZ – Badische Zeitung
 BDB – Büro gegen ethnische Diskriminierung in Berlin und Brandenburg, Hohenstaufenstr. 7, 10781 Berlin, Fon 030-216884
 Belziger Forum – "Zum Beispiel Belzig: Das Leben und Sterben des Belaid Baylal", Dezember 2003, Postfach 1219, 14806 Belzig
 Beratungsstelle Reistrommel – Märkische Allee 414, 12689 Berlin, Fon 030-21758548, www.reistrommel-ev.de
 Berliner Register – Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin,
<http://www.berliner-register.de/chronik>
 BeZ – Berliner Zeitung
 BGH – Bundesgerichtshof
 BGS – Bundesgrenzschutz – trägt ab 30.5.2005 den Namen Bundespolizei (BPol)
 BI – Bürgerinitiative
 BI Offene Nachbarschaft Leipzig-Südwest für Flüchtlinge – c/o Zollschuppenstr. 7, 04229 Leipzig, offenenachbarschaft@gmx.net
 BIBS – Bürgerinitiative Braunschweig
 BK – Berliner Kurier
 BKZ – Backnanger Kreiszeitung
 BM – Berliner Morgenpost
 BMI – Bundesministerium des Innern
 BN – Bramscher Nachrichten
 Bon Courage – Bon Courage, Markt 6, 04552 Borna, info@boncourage.de, www.boncourage.de
 BORG Bernau – Kontakt- und Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt,
 Breitscheidstr. 41, 16321 Bernau, Fon 03338-459407, www.dosto.de/op
 BORG FFO – Kontakt- und Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt, Breitscheidstr. 41, 16321 Bernau, Fon 03338-754667 (AB)
 BPol – Bundespolizei – trug bis zum 30.5.2005 den Namen Bundesgrenzschutz (BGS)
 br – Bayerischer Rundfunk
 BRK – Bayerisches Rotes Kreuz
 BrN – Bremer Nachrichten
 Brothers Keepers – www.brothers-keepers.de
 BrZ – Braunschweiger Zeitung
 BT DS – Bundestagsdrucksache
 Bündnis für Bleiberecht Hanau – c/o Diakonische Flüchtlingshilfe, Johanneskirchplatz 1, 63450 Hanau, Fon 06181-184369,
www.bleiberecht.info
 Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim – c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung Mannheim, PF 121065, 68070 Mannheim
 Bündnis gegen Abschiebehaft Rottenburg/Tübingen, c/o Asylzentrum, Neckarhalde 32, 72070 Tübingen, Fon 07071-1384644
 Bündnis gegen sexualisierte Polizeigewalt – St.-Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen, B.g.s.Pol.Gewalt@gmx.de
 Bürenggruppe Paderborn – c/o BDP-Infoladen Paderborn, Leostr. 75, 33098 Paderborn, Fon 05251-730337
 Büro der Ausländerseelsorge Potsdam - Schulstr. 8c, 14482 Potsdam, Fon 0331-7046240,
auslaenderseelsorge@evkirchepotsdam.de
 Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin – Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Fon 030-6946746, www.medibuero.de
 Burkhard Werner – in: Dokumentation zum Hearing "Menschenrechte – Ein Fremdwort in der Hamburger Flüchtlingspolitik?",
 18. Februar 2004, Hrsg.: Bündnis Einspruch! Gegen die Hamburger Flüchtlingspolitik, www.hamburgasyl.de
 BV für UmF – Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Nymphenburger Str. 47, 80335 München,
 Fon 080-20244013, info@b-umf.de
 BZ – Berliner Zeitung (Springer Verlag)
 Café Exil – Spaldingstr. 41 (direkt gegenüber der Ausländerbehörde), 20097 Hamburg, Fon 040-2368216
 Camp-Zeitung – Texte zu Internierungslagern und Flugabschiebungen, camp01@nadir.org
 CARF – Campaign Against Racism & Fascism,
 BM Box 8784, London WC1N 3XX, Fon 020-7837-1450, www.carf.demon.co.uk
 Caritas Erfurt – Migrationsberatung, Regierungsstr. 55, 99084 Erfurt, Fon 0361-5553359

CaZ – Cannstatter Zeitung
 Chronik.LE – Dokumentation faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig,
<https://www.chronikle.org>
 ChZ – Chamer Zeitung
 Chachipe – Chachipe a.s.b.l. B.P. 97 L, 7201 Béréldange, chachipe.info@gmail.com, www.romarights.wordpress.com
 Chronik rechtsextremer Gewalt in Deutschland seit 1990 – aus: Auf dem Weg zum Bürgerkrieg?
 Fischer Taschenbuch, Frankfurt am Main 2001
 CILIP – Bürgerrechte & Polizei/CILIP – Chronologie, Malteserstr. 74-100, 12249 Berlin, Fon 030-83870462, info@cilip.de
 Cicita Kurd – Kurdische Gemeinde Fulda, Buttermarkt 12a, 36043 Fulda, 0661-9013897, www.kurd-gem.de
 – Kurdische Gemeinde Gießen, Mühlstr. 7, 35390 Gießen, 0641-9790984, www.kurd-gem.de
 CMP – Chemnitzer Morgenpost
 Cottbus schaut hin – www.cottbus-schaut-hin.jimdo.de, cottbus-schaut-hin@t-online.de, Fon 0170-7000747
 CPT – European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment,
 Human Rights Building, Council of Europe, F 67075 Strasbourg Cedex, cptdoc@coe.int
 CT – Coburger Tageblatt
 DANBB – Deutsch-Afrikanisches Netzwerk Berlin-Brandenburg, c/o Nachbarschaftsheim Schöneberg – JeverNeun, Jeverstr. 9,
 12157 Berlin, Fon 030-29007194, danbb@via-in-berlin.de
 dapd – Nachrichten-Agentur besteht seit September 2010. Es ist ein Zusammenschluß der Agenturen
 Deutscher Depeschendienst (ddp) und dem deutschen Zweig der amerikanischen Agentur Associated Press (ap)
 ddp – Deutscher Depeschendienst
 D-A-S-H – Für Vernetzung gegen Ausgrenzung, www.d-a-s-h.org
 D.I.R. – Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismuskforschung – Eigene Berichte, www.uni-marburg.de/dir
 DE – Darmstädter Echo
 Defiant Antifa Greifswald – <http://defiantantifa.wordpress.com/>
 DEHAP – Demokratik Halk Partisi – Nachfolgerin von HADEP (siehe dort)
 Demo-Vorbereitungsguppe Ingelheim – c/o Interkulturelles Zentrum, Rheinallee 3D, 55116 Mainz, Fon 06133-60288
 Der Patriot – Lippstädter Zeitung
 Der Schlepper – Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Oldenburger Str. 25, 24143 Kiel, Fon 0431-735000,
www.frsh.de/schlepper
 Deutsch-Kaukasische Gesellschaft – Schönfließer Str. 21, 10439 Berlin, Fon 030-4457006, d-k-g@gmx.net
 Diakonieverein Migration – Bahnhofstr. 2 c 25421 Pinneberg, Fon 04101-205418, info@diakonieverein-migration.de
 Diakonische Flüchtlingshilfe Hanau – Johanniskirchplatz 1, 63450 Hanau, Fon 06181-184369, df.hanau@gmx.de
 Die Falken – Sozialistische Jugend Deutschlands, Güntherstr. 34, 22087 Hamburg, www.falken-hamburg.de
 DIM – Deutsches Institut für Menschenrechte, Zimmerstr. 26/27, 10969 Berlin, www.institut-fuer-menschenrechte.de
 DK – Donaukurier
 DKB – Delmenhorster Kreisblatt
 DNN – Dresdner Neueste Nachrichten
 dpa – Deutsche Presse Agentur
 Dokumentation "Protokoll einer Abschiebung" – Film von Hauke Wendler, PIER 53, NDR 2016
 Dokumentarfilm "Tod nach Abschiebung" – Dokumentarfilm von Carsten Rau und Hauke Wendler, PIER 53, NDR 2013
 Dokumentarfilm "Wadim" – Dokumentarfilm von Carsten Rau und Hauke Wendler, PIER 53, NDR 2011
 Dokumentation über Abschiebehaft in Rottenburg – Bündnis gegen Abschiebehaft Tübingen
 c/o Asylzentrum, Neckarhalde 32, 72070 Tübingen, Fon 07071-888160
 Dokumentation vom FRat NieSa und Pro Asyl, Juni 1999 – Von Deutschland in den türkischen Folterkeller
 Dokumentation vom FRat NieSa und Pro Asyl, Mai 2000 – Von Deutschland in den türkischen Folterkeller, 2. erweiterte Auflage
 Dokumentation vom FRat NieSa und Pro Asyl, Juni 2001 – Von Deutschland in den türkischen Folterkeller,
 Ergänzung zur 2. erweiterten Auflage
 Dokumentationsreise 2011 – Dokumentationsreise nach Serbien und Mazedonien – 2011, romasinhamburg@googlegmail.com,
www.romas-in-hamburg.bolgspot.com
 DoZ – Dorstener Zeitung
 dpp – Deutscher Presse Pool
 DS – Drucksache
 DTP – Demokratik Toplum Partisi – Nachfolgerin der DEHAP (siehe dort)
 dw – Deutsche Welle
 DW – Diakonisches Werk
 DWEKD – Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland
 Bericht einer Recherchereise vom 12.04.-20.4.2010 zur Einschätzung der Lage der Minderheiten
 (Roma, Aschkali und Ägypter) im Kosovo, DWEKD, Arbeitsfeld Flüchtlings- u. Asylpolitik,
 Sebastian H. Ludwig, Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin, Fon 030-83001341, ludwig@diakonie.de
 DW Goslar – Diakonisches Werk – Regionalbüro Goslar, Lindenplan 1, 38640 Goslar, Fon 05321-393610
 DW Iserlohn – Diakonisches Werk – Bodelschwingstr. 1, 58638 Iserlohn
 DW Waldeck-Frankenberg – Diakonisches Werk – Rauchstraße 2, 34454 Bad Arolsen, Fon 05691-1559
 DW Oldenburg – Diakonisches Werk – Kastanienallee 9-11, 26121 Oldenburg, Fon 0441-2100183,
www.diakonie-oldenburger-land.de
 DWW – Diakonisches Werk Württemberg
 DWZ – Deister- und Weserzeitung
 e110 – www2.e110.de

Ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung Erlangen - EFIE – Fon 09131-34546, info@efie-erlangen.de
 EKD – Dokumentation der Evangelischen Kirche Deutschlands, "Soll ich meines Bruders Hüter sein?", Juni 98
 ELK – Evangelische Landeskirche
 El Patio – Beratungs- und Kulturzentrum für Spanischsprechende und ihre Freunde und Familien, Waldstraße 47,
 10551 Berlin, Fon 030-3964574, www.elpatio-berlin.de
 'Elwe'-Reader – 'Elwe'-Prozeßbeobachtungsgruppe c/o AStA der Gh-Kassel, Nora-Platiel-Str. 2, Fax 0561-84247
 Endstation Rechts - Jusos in der SPD, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Wismarsche Str. 152, 19053 Schwerin,
 Fon 0385-731980, info@jusos-mv.de
 epd – Evangelischer Pressedienst
 ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, Drei-Gleichen-Str. 35a,
 99192 Neudietendorf, Fon 036202-7713510, opferberatung@bejm-online.de
 Ethnische Säuberungen in Berlin und Brandenburg – Antifaschistische Aktion Berlin 1999 – Engeldamm 68, Fon 030-61573296
 exilio Lindau – Hilfe für Flüchtlinge und Folterüberlebende, Reutlinger Str. 5, 88131 Lindau, Fon 08382-409453, www.exilio.de
 e-politik.de 2003 – Netzkommunikator für Politik, Gesellschaft & Politikwissenschaft
 FairBleib Südniedersachsen – Netzprojekt FairBleib Südniedersachsen, Fon 0551-4886415,
o.krickau@bildungsgenossenschaft.de
 FAKTuell – FAKTuell-online
 Familientrennung durch Abschiebung – Dokumentation von Pro Asyl, Dezember 2004
 FFM – Forschungsgesellschaft Flucht und Migration – Beratungsstelle,
 Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Fon 030-6938318, ffm-weber@ipn.de
 fight racism and isolation – <http://frai.blogspot.de>, 8april@riseup.net
 FLUCHTort HAMBURG – Gemeinschaftsinitiative Equal, Nagesweg 14, 20097 Hamburg, Fon 040-24292785
 Fluchtpunkt Hamburg – Eiffelstr. 3, 22769 Hamburg, Fon 040-43250080, info@fluchtpunkt-hamburg.de
 Fluchtpunkt. – Menschenrechtsverletzungen in der Berliner Behördenpraxis
 gegenüber Flüchtlingen, Asylsuchenden und MigrantInnen,
 c/o Internationale Liga für Menschenrechte e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Fon 030-3962122, www.ilmr.org
 Flüchtlinge im Verschiebehof EU – Die EU-Zuständigkeitsverordnung Dublin II – Pro Asyl März 2008
 Flüchtlingsberatung Caritas Augsburg – Calmbergstr. 2a, 86159 Augsburg, Fon 0821-5996881
 Flüchtlingsfrauen – Video-Film von Mylene Teixeira, Umbruch Bildarchiv Berlin 2001
 Flüchtlingshilfe Lippe – Friedrichstr. 15, 32756 Detmold, Fon 05231-589151
 Flüchtlingshilfe Lotte – fluechtlingshilfelotte@web.de
 Flüchtlingsinitiative Brandenburg – Rudolf-Breitscheid-Str. 164, 14482 Potsdam, Fon 0331 – 716 499,
fib.brandenburg@googlemail.com
 Flüchtlingsinitiative Bremen – Friesenstr. 21, 28203 Bremen, Fon 0421-705775
 Flüchtlingsinitiative Schotten – c/o Detlef Maresch, Zur Köhlermühle 6, 63667 Nidda
 Flüchtlingsräte Winter 2008 – Redaktion: FRat Baden-Württemberg, Urbanstr. 44, 70182 Stuttgart, www.fluechtlingsrat-bw.de
 Flüchtlingsunterstützung Erlangen - Flunterl – flunterl@googlemail.com, www.flunterl.blogspot.de
 FNP – Frankfurter Neue Presse
 Folha 8 – Unabhängige Wochenzeitung in Angola
 FP – Freie Presse
 FR – Frankfurter Rundschau
 FRat Bayern – Bayerischer Flüchtlingsrat, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Fon 089-762234, bfr@ibu.de
 FRat BaWü – Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart, 0711-5532834, www.fluechtlingsrat-bw.de
 FRat Berlin – Flüchtlingsrat Berlin, Georgenkirchstr. 69-70, 10249 Berlin, Fon 030-243445762, www.fluechtlingsrat-berlin.de
 FRat Brbg – Flüchtlingsrat Brandenburg, Eisenhartstr. 13, 14469 Potsdam, Fon 0331-716499, fluechtlingsratbrb@jpberlin.de
 FRat Düsseldorf – Flüchtlingsrat Düsseldorf, Eva Klippenstein, Fon 0211-402517, klippenstein@t-online.de
 FRat Hamburg – Flüchtlingsrat Hamburg, Nernstweg 32, 34 22765 Hamburg, Fon 040-43 15 87,
info@fluechtlingsrat-hamburg.de
 FRat Hessen – Flüchtlingsrat Hessen, c/o Die Brücke, Löher Str. 37, 36037 Fulda, hfr@proasyl.de
 FRat MeckPom – Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 110229, 19002 Schwerin, Fon 0385-5815790,
kontakt@fluechtlingsrat-mv.de
 FRat NieSa – Flüchtlingsrat Niedersachsen, Lessingstr. 1, 31135 Hildesheim, Fon 05121-15605, www.nds-fluerat.de
 FRat NRW – Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen, 48233 Dülmen, Fon 02594-98643, www.fluechtlingsrat.de
 FRat Thür – Flüchtlingsrat Thüringen, Warsberstr. 1, 99092 Erfurt, Fon 0361-2172720, www.fluechtlingsrat-thr.de
 FRat Saarland - Kaiser Friedrich Ring 46; 66740 Saarlouis; Fon 06831-4877938; fluechtlingsrat@asyl-saar.de
 FRat SaAnh – Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt, Altes Pfarrhaus, 06642 Altenroda, Fon 034465-20578, vanOssy@t-online.de
 FRat Sachsen – Sächsischer Flüchtlingsrat, Kreischeaer Str. 3, 01219 Dresden, Fon 0351-4714039,
info@saechsischer-fluechtlingsrat.de
 FRat SH – Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Oldenburger Str. 25, 24143 Kiel, Fon 0431-735000, office@frsh.de
 FRat Wiesbaden – Flüchtlingsrat Wiesbaden, Blücherstr. 32, 65195 Wiesbaden, Fon 0611-495249,
fluechtlingsrat@naspa-online.de
 Frauen- und Familienberatung der HU – Frauen- und Familienberatung der Humanistischen Union, Hansestr. 24,
 23558 Lübeck, Fon –0451-81933, hu-frauenberatung@t-online.de
 Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung - c/o Minirasthaus, Adlerstr. 12, 79098 Freiburg, info@freiburger-forum.net
 Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung
 Freundschaft mit Valjevo – www.freundschaft-mit-valjevo.de/wordpress
 Friedensbüro Lemgo – Friedensbüro, Rosenstr. 10, 32657 Lemgo, info@friedensbuero.de

FrP – Frankenpost
 FrT – Fränkischer Tag
 F-Fjm – Flughafen-Sozialdienst Frankfurt am Main, "Dokumentation" Oktober 1998
 FN – Fränkische Nachrichten - Tageszeitung für das baden-württembergische Frankenland
 FSD-Fjm – Flughafen-Sozialdienst Frankfurt am Main, "Kirchliche Sozialarbeit am Flughafen Frankfurt am Main", Nov. 2000
 FÜN – Fürther Nachrichten
 FW – Freies Wort
 FZ – Fuldaer Zeitung
 GA – Gießener Anzeiger
 Gall – Gießener Allgemeine
 GA Bonn – General Anzeiger Bonn
 GfbV – Gesellschaft für bedrohte Völker – "Kosovo: Krieg, Vertreibung, Massaker" August 1998
 Postfach 2024, 37010 Göttingen, Fon 0551-4990624, www.gfbv.de
 gegenrede – gegenrede – informationsportal gegen rechtsextremismus für demokratie, www.gegenrede.info
 Gegenwehr – Hessischer Flüchtlingsrat, Löherstr. 37, 36037 Fulda, Fon 0661-241639, hfr@proasyl.de
 Gegenwind – Monatszeitung, Schweißelstr. 6, 24118 Kiel, Fon 0431-565899, gegenwind-kiel@t-online.de
 Gemeinsam anders leben – Fon 0172-5929506, bkniess@bskf.de, www.gemeinsam-anders-leben.de
 GN – Grafschafter Nachrichten
 GoZ – Goslarsche Zeitung
 Gruppe grenzenLOS Bremen – Abschiebehaftgruppe, grenzenLOSbremen@web.de
 GT – Göttinger Tageblatt
 GU – Gemeinschaftsunterkunft
 HA – Hamburger Abendblatt
 HADEP – Halkın Demokrasi Partisi – Partei der Volksdemokratie
 HamburgAsyl – Kirchliche Arbeitsgemeinschaft – Flüchtlingsarbeit Hamburg, www.hamburgasyl.de/kontakt.htm
 Hanauer Helferkreis für Flüchtlinge und Asylbewerber HHK – Fon 06181-83394, Fax 06181-840412
 Harald Huber – Asylbeauftragter der evangelischen Kirchenbezirke Schwäbisch Hall und Crailsheim, 74535 Mainhardt,
 Schönblick 23, Fon 07903-3161
 HAZ – Hannoversche Allgemeine Zeitung
 HbZ – Hersbrucker Zeitung
 HC – Holsteinischer Courier
 HeA – Hellweger Anzeiger
 Helferkreis Asyl Langenargen – über facebook
 Herzog/Walde – "Sie suchten das Leben – Suizide als Folge deutscher Abschiebungspolitik", Hamburg/Münster 2004
 HesA – Hessische Allgemeine
 HeZ – Hersfelder Zeitung
 Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren – Postfach 1451, 33133 Büren, Fon 0700-22997711, www.gegenabschiebehaft.de
 Hinterland – Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrates, redaktion@hinterland-magazin.de
 Hinz&Kunzt – Straßenmagazin – Altstädter Twiete 1-5, 20095 Hamburg, Fon 040-32108311, www.hinzundkunzt.de
 HiZ – Hildesheimer Allgemeine Zeitung
 HL-live – die schnelle Zeitung für Lübeck
 HM – Hamburger Morgenpost
 HN – Harburger Nachrichten
 HNA – Hessische/Niedersächsische Allgemeine
 "hoch die – kampf dem" – 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen, HKS 13 (Hg.) 1999
 hr – Hessischer Rundfunk
 HR – Harburger Rundschau
 HSt – Heilbronner Stimme
 Human Place – Flüchtlinge machen Zeitung, FRat Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 11 0229, 19002 Schwerin,
 Fon 0385-5815790
 I.A.A.D.H. – Iniciativa Angolana Antimilitarista para os Direitos Humanos –
 Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative, Postfach 610362, 10963 Berlin, Fon 030-7857281;
 info@iaadh.de
 IBZ – Internationales Beratungszentrum, Hermannstr. 25, 3756 Detmold, Fon 05231-38811, info@friedensbuero.de
 ICAD – International Committee against Disappearance, c/o Unser Haus, Wentorfer Str. 26, 21029 Hamburg, Fon 040-72104676,
 icadint@hotmail.com
 idea – Evangelische Nachrichtenagentur (auf der theologischen Basis der Evangelischen Allianz)
 IGFM – Deutsche Sektion, Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Borsigallee 16, 60388 Frankfurt / Main,
 Fon 069-4201080, www.igfm.de
 IHD – İNSAN HAKLARI DERNEĞİ, Türkischer Menschenrechtsverein, Tunali Hilmi Cad. 104/4, Ankara-Kavaklıdere,
 Fon 0090-31247481
 IHF-HR – International Helsinki Federation for Human Rights, Wickenburggasse 14/7, A-1080 Wien, Fon 0043-1-4088822,
 www.ihf-hr.org
 IMEDANA – Institut für Medien- und Projektarbeit, Kopernikusplatz 12, 90459 Nürnberg, Fon 0911-534646, imedana@aol.com
 IMK – Internationaler Verein für Menschenrechte in Kurdistan, Postfach 200738, 53137 Bonn, Fon 0228-362802
 IMO – INTERNATIONAL MARITIME ORGANIZATION, Reports on Stowaways incidents,
 4 Albert Embankment, London SE1 7SR, www.imo.org/home.asp

IMRV Bremen – Internationaler Menschenrechtsverein, Fon 0421-5577093, www.humanrights.de
 inamo – Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten, Dahlmannstr. 31, 10629 Berlin
 Info-Dienst – Verein Ökumenischer Ausländerarbeit, Bremen
 Infoportal MV – Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern, infonordost@gmx.de
 ISKU – Informationsstelle Kurdistan, Schanzenstr. 117, 20357 Hamburg, Fon 040-4210284, isku@nadir.org
 indymedia – <http://de.indymedia.org/openposting>
 Informationsverbund Asyl – Greifswalder Str. 4, 10505 Berlin, kontakt@asyl.net
 Initiativ e.V. – Verein für Demokratie und Kultur von unten, PF 11 05 23, 47145 Duisburg, initiativ@antifakomitee.de
 Initiativausschuss "Ausländische Mitbürger in Hessen" – c/o Detlef Lüderwaldt, Am Wolfgang 8, 63303 Dreieich,
 Fon 06103-830891
 Initiative Balduintreppe - <https://deadbylaw.blackblogs.org/>
 Initiative für die Rückkehr der Familie Berisha – c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4,
 68169 Mannheim
 Initiative gegen Abschiebehaft Berlin – c/o Meerbaumhaus, Siegmundshof 20, 10555 Berlin, Fon 030-41700915 (AB),
initiative-gegen-abschiebehaft@gmx.net, www.initiative-gegen-abschiebehaft.de
 Initiative U.R.I. – United against Racism and Isolation Hennigsdorf, uri-hennigsdorf@riseup.net
 c/o Soziale Beratungs – und Begegnungsstelle für Flüchtlinge; Kirchenkreis Oranienburg,
 Fabrikstraße 10, 16761 Hennigsdorf
 Initiative Zukunft – c/o Werner Huffer-Kilian, St. Josefstr. 20, 56068 Koblenz, Fon 0261-9737780
 InnSichO – Ausschuß für Inneres, Sicherheit und Ordnung des Abgeordnetenhauses Berlin
 Integrationshilfe Sachsen-Anhalt – c/o einewelt haus Magdeburg, Schellingstr. 3-4, 39104 Magdeburg, Fon 0163-6785965,
www.ih-st.org
 Interkultureller Rat in Deutschland – Auswertung Kleiner und Großer Anfragen und Antworten der Länderparlamente
 zum Themenfeld Abschiebehaft, August 2007
 Internationaler Kontaktkreis Asyl – Breslauer Str. 10, 35096 Weimar, Fon 06421-78786
 Internationales Frauencafé Nürnberg – Imedana e.V., Kopernikusplatz 14 / Rückgebäude 12, 90459 Nürnberg,
 Fon . 0911-431471, info@internationales-frauencafe.de
 IPPNW – International Physicians for the Prevention of Nuclear War –
 Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
 IRR – Institute for Race Relations, Kings Cross Road, London WC 1X9HS, Fon 0044-171-8370041
 iwspace – international women's space berlin
 Jahresbericht über den Anarchismus in der Türkei – <http://www.wildholzmoebel.com/a-anatolien/text-2001.htm>
 JOG – Jugendliche ohne Grenzen; www.jogspace.net/start.html
 JRS – Jesuiten Flüchtlingsdienst Deutschland, <http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de>
 Jugendhilfswerk Freiburg – Basler Str. 61, 79100 Freiburg, Fon 0761-4012990, www.jugendhilfswerk.de
 Jugendnetz Wetzlar – Joachim Schaefer c/o Katholische Domgemeinde, Goethestr. 2, 35578 Wetzlar 06441-42493,
info@jugendnetz-wetzlar.de
 JuSe – Interessengemeinschaft selbstverwaltete Jugend in Segeberg; www.jugendse.de
 JVA – Justizvollzugsanstalt
 jW – junge Welt
 JWB – Jungle World Berlin
 KAH – Kommunalen Alltag Heilbronn, Personenbündnis Alternative Linke Liste (ALL), Johannes Müllerschön, Alte Saline 1,
 74254 Offenau, Fon 07136-4280
 Kampagne gegen Ausgrenzung von AsylbewerberInnen – Fon 0152-01065974; kontakt@gegen-ausgrenzung.de;
www.gegen-ausgrenzung.de
 Kampagne gegen Brechmittelleinsätze – Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Fon 040-39905234, aufruf-gegen-brechmittel@gmx.de
 Kampagne Stop it! – stopitkampagne.blogspot.de
 KaN – Karlsruher Nachrichten
 Karawane – Karawane für die Rechte d. Flüchtlinge u. MigrantInnen – www.humanrights.de/caravan, www.basicrights.de
 Kehr wieder am Sonntag - Hildesheimer Wochenzeitung
 KIC – Kosova-Information-Centre
 Kirchenkreis Suhl – Beratungsstelle für Ausländer und Asylsuchende im evangelischen Kirchenkreis "Henneberger Land",
 Kirchgasse 10, 98527 Suhl, Fon 03681-308193
 KMDLNI – Wochenberichte vom Rat für die Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten, Prishtina
 KMii – Bundesweite Kampagne "Kein Mensch ist illegal", www.contrast.org/borders/kein
 KMii-Leipzig – Kein Mensch ist illegal Leipzig, abschiebehaft_leipzig@yahoo.de
 KMii-Wuppertal – Kein Mensch ist illegal Wuppertal, UnterstützerInnen des Wanderkirchenasyls Wuppertal
 Knastmücke – c/o Büro für ständige Einmischung, Oststr. 37, 40211 Düsseldorf, Fon 0211-358996, BSE@nad-meer.gun.de
 KlaroFix – KlaroFix, Leipzig "Eine Chronik deutscher Abschiebepolitik"
www.conne-island.de/infoladen.html
 KN – Kieler Nachrichten
 Komitee f. Grundrechte u. Demokratie – Wir trauern! Todesopfer als Folge deutscher Asylpolitik, 4.12.98
 Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, Fon 0221-9726930, info@grundrechtekomitee.de, www.grundrechtekomitee.de
 KommMit – KommMit e.V. c/o BBZ- Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant_innen,
 Turmstr. 72, 10551 Berlin, Fon 030- 66640720, mail@wegebbz.de

Komunya - Komunya c/o Alternative Lebenshilfe Yasamevi e.V (ALY), Frankfurter Straße 18, 51065 Köln,
 redaktion@komunya.org
 Koordinierungskreis Hamburg c/o B5, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg, Fon 040-4318937, free2move@nadir.org
 Kosovo Oktober 2009 – Bericht zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen
 der Ägypter-Minderheit im Kosovo, Dokumentation von Pro Asyl
 Kosovo-Kosovo – Dokumentation von Pro Asyl, Mai 1997
 Fluchtursachen, Asylpraxis, Materialien zur Rückkehrgefährdung
 KR - Kölnische Rundschau
 KrZ – Kreiszeitung
 KStA – Kölner Stadt-Anzeiger
 KuB – Kontakt- und Beratungsstelle für ausländische Flüchtlinge, Oranienstr. 159, 10969 Berlin, Fon 030-6149404
 Kurdisch-Deutsche Freundschaft Melle – info@amude.de
 Kurdische Gemeinde in Deutschland – Liebigstr. 120a, 50823 Köln, Fon 0221-1301458, kgemeinde@aol.com
 LAG – Zeitung der Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus / Antifaschismus Thüringen, Rudolfstr. 47, 99092 Erfurt,
 Fon 0361-2172711, www.lag-antifa.de
 lagerwacheisen – lagerwacheisen.blogspot.eu, lagerwacheisen@riseup.net, Fon 0152-17246673
 Landesbeirat – Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebehaf in Schleswig-Holstein
 LEA Berlin – Landeseinwohneramt Berlin – Ausländerbehörde Berlin
 links – Sozialistische Zeitung
 LKA – Landeskriminalamt
 LKH – Landeskrankenhaus
 LLZ – Lippische Landeszeitung
 LN – Lübecker Nachrichten
 LOBBI – Opferberatungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern
 LOBBI Nord – Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in M.-V., Fon 0381-2009378
 LOBBI OST – Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in M.-V., Fon 0395-4550720
 LOBBI West – Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in M.-V., Fon 0385-5510604
 LöN – Löhner Nachrichten
 Lostatborder – "Die an der Grenze verloren gingen", Dezember 2012, infomobile.w2eu.net, infomonile.w2eu@gmail.com
 LR – Lausitzer Rundschau
 LT – Landtag
 LT DS – Landtagsdrucksache
 LT DS Bayern – Landtagsdrucksache Bayern
 LT DS BaWü – Landtagsdrucksache Baden-Württemberg
 LT DS Brbg – Landtagsdrucksache Brandenburg
 LT DS MeckPom – Landtagsdrucksache Mecklenburg-Vorpommern
 LT DS NieSa – Landtagsdrucksache Niedersachsen
 LT DS NRW – Landtagsdrucksache Nordrhein-Westfalen
 LT DS RhPf – Landtagsdrucksache Rheinland-Pfalz
 LT DS SaAnh – Landtagsdrucksache Sachsen-Anhalt
 LT DS Sachsen – Sächsisches Staatsministerium des Innern
 LT DS Saarland – Landtagsdrucksache Saarland
 LT DS SH – Landtagsdrucksache Schleswig-Holstein
 LT DS Thüringen – Landtagsdrucksache Thüringen
 L-TV – Landesfernsehen Baden-Württemberg
 Lucia Witte – Missionsschwester von Afrika, Seelsorgedienst Abschiebehaf Berlin
 Lübecker Flüchtlingsforum – c/o Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck, 0451-7072299, fluefo.luebeck@t-online.de
 LÜN – Lüdenscheider Nachrichten
 LVZ – Leipziger Volkszeitung
 LWL – Landschaftsverband Westfalen-Lippe
 LWZ – Lippische Wochenzeitung
 MaN – Magdeburger Nachrichten
 Marburger RS – Marburger Rundschau
 matteo – Kirche und Asyl e.V., c/o Evangelisch-Reformierte Kirche St. Martha, Königsstr. 79, 90402 Nürnberg,
 info@matteo-asyl.de
 MAZ – Märkische Allgemeine Zeitung
 MbZ – Mittlbayerische Zeitung Regensburg
 MdHB – Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
 MDZ – Mitteldeutsche Zeitung
 Meck. & Pom. – Mecklenburgische & Pommersche Kirchenzeitung
 Medinetz Halle/Saale - Infoladen VL, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, Fon 0152-15930043, www.medinetz-halle.de
 MediNetz Düsseldorf – c/o Flüchtlingsinitiative stay! Hüttenstraße 150, 40227 Düsseldorf, Fon 0211-72139512
 Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum – Engelsburger Str. 168, 44793 Bochum, Fon 0234-904 13 80,
 sozialdienst@mflh-bochum.de
 MeMo – Mecklenburger Morgenpost
 Menschen für Menschen – Solidarität & Bleiberecht Hildesheim, c/o Anderas Vasterling, Fon 05121-174887, anvas@gmx.de

Menschen in Abschiebehaft – Erfahrungen – Auswertungen – Perspektiven, Mainz – Frankfurt im März 2005
Menschenrechtsverletzungen in Deutschland 1993 – Dokumentation, Forum Buntes Deutschland e.V. – SOS Rassismus, Bonn
Meppener TP – Meppener Tagespost
mfm – medienbüro für menschenrechte, Postfach 1841, 27738 Delmenhorst, Fon 04221-53948, www.members.aol.com/P2807
MgrG – Mut gegen rechte Gewalt – Projekt des Magazins stern und der Amadeu Antonio Stiftung,
<https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de>
MI NieSa – Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Migrationsberatung Bad Segeberg – Diakonisches Werk des Kirchenkreises Plön & Segeberg gmbH, Kirchstr. 9a,
23795 Bad Segeberg, Fon 04551-955302, g.dell@diakonie-ploe-se.de, www.kirchenkreis-ploen-segeberg.de
Migrationsberatung Wilhelmshaven – Stadt Wilhelmshaven, Rathausplatz 1, 26382 Wilhelmshaven, Fon 04421-161229
Migrations-Newsletter – Migrations-Newsletter von Filiz Polat, Bündnis 90/Die Grünen, MdL in Niedersachsen
Migrationssozialberatung Norderstedt – Schulweg 30, 22844 Norderstedt, Fon 040-5262688
Migrationszentrum Göttingen – Beratungszentrum für Flüchtlinge im Stadt- und Landkreis Göttingen, Weender Str. 42,
37073 Göttingen, Fon 0551-55766
mimikri – mimikri, Kleestr. 21-23, 90461 Nürnberg, www.mimikri.eu
mdr – Mitteldeutscher Rundfunk
MKZ – Muldentaler Kreiszeitung
MM – Münchner Merkur
MaM – Mannheimer Morgen
MNZ – Marburger Neue Zeitung
Mobile Beratung SaAnh – Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt
– Magdeburg – Halle – Halberstadt – Dessau – Salzwedel –
c/o Miteinander e.V., Büro Magdeburg Fon 0391-5446710, www.mobile-opferberatung.de
MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen; Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Brühl 23, 99867 Gotha,
Fon 03621-228696, www.mobit.org
Mopo24 – Morgenpost Sachsen
MOZ – Märkische Oderzeitung
MS – Morgenpost Sachsen
MT – Mindener Tageblatt
MüA – Mündener Allgemeine
MüZ – Münstersche Zeitung
MVZ – Magdeburger Volkszeitung
Nationale Stelle zur Verhütung von Folter, Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden, Fon 0611-160 222 8 18,
info@nationale-stelle.de
Nazi-Morde 1989-1999 – Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt-Main, Fax 069-738920
www.gegendiestroemung.org
Nazi-Terror – NaziTerror von Hoyerswerda bis Düsseldorf, Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch,
Verlag Olga Bernario und Herbert Baum, Berlin
NBK – Nordbayerischer Kurier
NbZ – Nordbayern Zeitung
ND – Neues Deutschland
ndr – Norddeutscher Rundfunk
NDZ – Neue Deister Zeitung
network – network for the freedom of all political prisoners, www.political-prisoners.net
"Netz" – "Netz" von Betroffenen rechtsextremer Gewalt und rassistischer Diskriminierung – Karl-Schurz-Str. 13, 07545 Gera,
Fon 0174-812192, netz.gera@gmx.de
Netzwerk für Demokratische Kultur – Domplatz 5, 04808 Wurzen, Fon 03450-852710, team@ndk-wurzen.de
Netzwerk Abschiebungsbeobachtung – Netzwerk Abschiebungsbeobachtung in Deutschland, Binger Str. 218, 55218 Ingelheim,
Fon 06132-789411
Netzwerk Asyl Wittislingen – http://www.netzwerk-wittislingen.de
Netzwerk Bleiberecht Münsterland – www.bleiberecht.net/
Newsletter No.3 Januar 2012 – Newsletter zum Revisionsverfahren am Landgericht Sachsen-Anhalt in Magdeburg,
Herausgegeben von: Initiative in Gedenken Oury Jalloh, Internationale Liga für Menschenrechte,
Komitee für Grundrechte und Demokratie
NGZ – Neuss-Grevenbroicher Zeitung
no lager halle – c/o Infoladen VL, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, www.ludwigstrasse37.de/nolager/home.htm
noch härtere zeiten – cottbus, Infoladen Wildost, Parzellenstr. 79, 03046 Cottbus, nhz-online@gmx.de
NOKZEIT – Neckar-Odenwald-Kreis-Zeitung
NoZ – Norderstedter Zeitung (Hamburger Abendblatt)
NK – Nordkurier
NN – Nürnberger Nachrichten
NOZ – Neue Osnabrücker Zeitung
NP – Neue Presse
NR – Norddeutsche Rundschau
NRZ – Neue Ruhr Zeitung
NRhZ – Neue Rheinische Zeitung
NUK – Notunterkunft

Nûçe – Informationsstelle Kurdistan, Schanzenstr. 117, 20357 Hamburg, Fon 040-42102845, isku@nadir.org
NüNa – Nützliche Nachrichten, www.dialogkreis.de/nn.htm
NW – Neue Westfälische
NWZ – Nordwest-Zeitung
NZ – Nürnberger Zeitung
OAZ – Operatives Abwehrzentrum Sachsen, Polizeidirektion Leipzig
Objektive Gutachter – oder willfähige Abschiebeärzte? – Pro Asyl, Frankfurt/Main Juli 2004
Ökumenische Beratungsstelle Ingelheim – Ökumenische Beratungsstelle in der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige
Ingelheim/GfA, Binger Str. 218, 55218 Ingelheim, Fon 06132-789411
OfP – Offenbach Post
OLG – Oberlandesgericht
OIVZ – Oldenburger Volkszeitung
OP – Oberhessische Presse
Opferberatung Rheinland - c/o IDA-NRW; Volmerswerther Str. 20; 40221 Düsseldorf; Fon 0211-15925564;
info@opferberatung-rheinland.de
Opferperspektive – Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt, Schloßstr. 1, 14467 Potsdam, Fon 0171-1935669,
www.opferperspektive.de
ORB – Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg
OS – Oderland Spiegel
Osnabrücker Bündnis gegen Abschiebungen – Fon 0541-7508797 (AVANTI), avantimail@web.de
OtZ – Ostthüringer Zeitung
OVB – Oberbayerisches Volksblatt
OVZ – Osterländer Volkszeitung
OZ – Ostsee-Zeitung
PATHHAI – BIEP / PATHHAI, Beratung und Kommunikation für Menschen aus Sri Lanka,
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Fon 030-6929219
pax christi – Flüchtlingskontakte Dresden, Ursula Mai, Am See 15/74, 01067 Dresden, Fon 0351-4953565
PAZ – Peiner Allgemeine Zeitung
PDS-Flüchtlingsberatungsstelle Berlin – Oranienstr. 46, 10969 Berlin, Fon 030-6949254
PE – Presseerklärung
Peperoncini – Peperoncini e.V., Marschnerstr. 5, 04109 Leipzig, peperoncini@posteo.net
PFP – Passauer Freie Presse
Pfarrer Peter Kube – Beauftragter für Seelsorge an ausländischen Mitbürgern Kirchenkreis Südharz,
Dorfstr. 45, 99768 Sophienhof, Fon 036331-49902
Pfeffer & Salz – Templiner Str. 18 oder PF 1119, 16272 Angermünde, pfefferundsalt@gmx.net
PIER 53 Filmproduktion – Carsten Rau, Hauke Wendler, Clemens-Schultz-Str. 50D, 20359 Hamburg, Fon 040-85415712
PiT – Pinneberger Tageblatt
PKK – Partiya Karkerên Kurdistan – Kurdische ArbeiterInnen Partei
PNN – Potsdamer Neueste Nachrichten
PNP – Passauer Neue Presse
pogrom – Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) – siehe dort
Polis – Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf,*
polis@stiftung-spi.de
Polizeiübergriffe auf Ausländerinnen und Ausländer 2000 – 2003, Aktion Courage e.V. – Bonn, Januar 2004
Polizeiübergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer, 1994, Dokumentation, Aktion Courage e.V.- SOS Rassismus, Bonn
Polizeiübergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer, 1996, Dokumentation, Aktion Courage e.V.- SOS Rassismus, Bonn
Polizeiübergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer, 1998, Dokumentation, Aktion Courage e.V.- SOS Rassismus, Bonn
Polizeiübergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer, 1999, Dokumentation, Aktion Courage e.V.- SOS Rassismus, Bonn
PR – Plettenberger Rundschau
Pressespiegel 1/93 – Zusammengestellt durch: Buchladen Georgi Dimitroff – Ausgabe September 1993
PRO – Christliches Medienmagazin, www.pro-medienmagazin.de
Prometheus Forensic Services – Prometheus Forensic Services, Unit 8, The Barns Bulrushes Business Park, Coombe Hill Road,
East Grinstead, West Sussex, RH19 4LZ, iain.peck@prometheus.cjsm.net
Pro-Afrika – Kantstr. 77, 10627 Berlin, Fon 89066520, mail@pro-afrika.de
Pro Asyl – Förderverein Pro Asyl e.V., Postfach 160624, 60069 Frankfurt am Main, Fon 069-230688, www.proasyl.de
Pro Asyl 9/00 – Tag des Flüchtlings 2000 "Die Würde des Menschen ist ausweisbar"
Projekt Gegenpart – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt
Schlachthofstraße 25, 06844 Dessau-Roßlau, Fon 0340-2660213, buero@projektgegenpart.org
Projekt Roma Center – Postfach 3005,37020 Göttingen, www-romacenter.de, mail@roma-center.de
PSS – Plettenberger Stadtspiegel
PSZ Düsseldorf – Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge, Benrather Str. 7, 40210 Düsseldorf, Fon 0211-353315
PyN – Pyrmonter Nachrichten
querblick – querblick, medien- und verlagswerkstatt, Macairestr. 3, 78467 Konstanz, Fon 07531-65002
RA – Ruppiner Anzeiger
RAA Sachsen – Opferberatung, Bautzner Straße 45, 01099 Dresden, Fon 0351-8894174, www.raa-sachsen.de
RAA Sachsen – Opferberatung, Härtelstraße 11, 04107 Leipzig, Fon 0341-2618647, www.raa-sachsen.de
RAA Sachsen – Opferberatung, Weststraße 49, 09112 Chemnitz, Fon 0371-4819451, www.raa-sachsen.de

rbb – Radio Berlin Brandenburg
ReachOut Berlin – Beratung gegen Rassismus – Oranienstr. 159, 10997 Berlin, Fon 030-69568339, www.reachoutberlin.de
Rechte Hetze gegen Flüchtlinge – Eine Chronik der Gewalt 2014 – <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de>
Rechtsextremistische Straftaten – ein Schattenbericht – PDS-Bundestagsfraktion – AG Innen- und Rechtspolitik
redok – redok e.V., Dekan-Meiler-Str. 5, 92237 Sulzbach-Rosenberg, redok@redok.de, www.redok.de
Refugee Comite Wittenberg – <https://refugeecomitewittenberg.wordpress.com>
Refugees Emancipation – Dortustr. 46, 14467 Potsdam, Fon 0331-2016927, www.refugeesemancipation.com
Refugio Kiel – Zentrum für Behandlung und Psychotherapie von Folter-, Flucht- und Gewaltopfern
in Schleswig-Holstein e.V., Oldenburger Str. 25, 24143 Kiel, Fon 0431-733313, REFUGIO@t-online.de
Refugio Villingen-Schwenningen – Kontaktstelle für traumatisierte Flüchtlinge e.V., Klosterring 1, 78050 Villingen,
Fon 07721-504155, kontaktstelle@refugio-vs.de
Regensburger Flüchtlingsforum – c/o Marion Puhle, Lederergasse 7, 93047 Regensburg; Fon 0941-5956778,
regensburger-fluechtlingsforum.de
Regensburger WB – Regensburger Wochenblatt
Register ASH – Antirassistisches Register an der Alice-Salomon-Hochschule,
www.ash-berlin.eu/profil/ag-s/arbeitskreis-rechte-gewalt/registerstelle/
Reuters – Reuters AG Nachrichtenagentur
revista – linke zeitung für politik und kultur aus celle
RGA – Reutlinger General Anzeiger
Rheinlandpfalz – Die Rheinlandpfalz
RM – Rheinischer Merkur
RMP – Rhein-Main-Presse
RN – Ruhr-Nachrichten
RNT – Rhein Neckar Ticker
RNZ – Rhein-Neckar-Zeitung
Roma-UnterstützerInnen-Gruppe Bochum – c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum
Roma-UnterstützerInnen-Gruppe Hamburg – www.romas-in-hamburg.blogspot.de
Roter Stern Berlin – Sportverein
RP – Rheinische Post
RR – Rotenburger Rundschau
Runder Tisch zur Unterstützung von Frau Kazan und ihren Kindern – www.kinderhilfe-kazan.de
Sylvia Dahlheimer, Fon 06051-13687, sylviadahheimer@aol.com
Pfarrerin Edda Deuer, Fon 06051-17955, roth@kirche-aufdemberg.de
Hanna und Hermann Tilp, Fon 06051-17240, hermann_tilp@yahoo.de
RZ – Rhein-Zeitung
SaN – Salzburger Nachrichten
SanEL - SanitätsEinsatzLeitung
SaZ – Saarbrücker Zeitung
SäZ – Sächsische Zeitung
SAGA – Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen, Kronenstr. 61a, 79100 Freiburg, Fon 0761-74003
Sagaland – Kinder- und Schülerladen, Quitzowstr. 125, 10559 Berlin
SBL – Sauerländer Bürgerliste
Schattenbericht Abschiebehaft 2010 – Dokumentation menschenrechtlicher Mißstände,
Bündnis gegen Abschiebehaft, c/o Asylzentrum, Neckarhalde 32, 72070 Tübingen, Fon 07071-1384644
Schattenbericht Rottenburg 2008/2009 – Abschiebehaft in Baden-Württemberg 2008/2009,
Bündnis gegen Abschiebehaft Rottenburg, Neckarhalde 32, 72070 Tübingen, Fon 07071-1384644,
www.gegen-abschiebehaft.org
Schattenberichte – Nachrichten aus der Opferperspektive – Schloßstr. 1, 14467 Potsdam, Fon 0171-1935669
SchwB – Schwäbischer Bote
SchwT – Schwäbisches Tagblatt
SchwP – Schwäbische Post
SchwZ – Schwäbische Zeitung
SeZ – Segeberger Zeitung
SFH – Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, Kinkelstr. 2, CH-8035 Zürich, Fon 0041-1-223684242
shz – Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag
SinZ – Sindelfinger Zeitung
SiZ – Siegener Zeitung
SK – Südkurier
so_ko_wpt – Soli-Komitee-Wuppertal, info@solikomitee-wuppertal.mobi
Solidarität International – Bundesvertretung, Grabenstr. 89, 47057 Duisburg, Fon 0203-6045790
SOLWODI – Solidarität mit Frauen in Not – Beratungsstelle Berlin, Kranoldstr. 24, 12051 Berlin, Fon 81001170,
berlin@solwodi.de
SOS Human Rights Berlin – Urbanstr. 176, 10961 Berlin
SOSF – Solidarité sans frontières, www.sosf.ch
SOZ – Saarländische Online-Zeitung
Sozialdienst für Flüchtlinge des Caritasverbandes – Wilhelm-Busch-Straße 5, 95447 Bayreuth, Fon 0921-8002737

Spiegel – Der Spiegel
 sr – Saarländischer Rundfunk
 StA - Staatsanwaltschaft
 STB – Solinger Tagblatt
 Stimme – Zeitschrift für In- und AusländerInnen im Lande Bremen
 StN – Stuttgarter Nachrichten
 stop it! – stop_it@gmx.de, <http://stopitkampagne.de/>
 StTb – Stader Tageblatt
 StZ – Stuttgarter Zeitung
 südost Europa Kultur – südost Europa Kultur e.V., Großbeerenstr. 88, 10963 Berlin, Fon 030-253779914, www.suedost-ev.de
 SVZ – Schweriner Volkszeitung
 SWP – Südwestpresse
 SyK – Syker Kurier
 SZ – Süddeutsche Zeitung
 TA – Thüringer Allgemeine
 Täter unbekannt – "Mangelnde Aufklärung von mutmaßlichen Mißhandlungen durch die Polizei in Deutschland"
 Bericht von Amnesty International im Juli 2010
 Tagebuch des Rassismus – Opferperspektive – Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt, Schloßstr. 1, 14467 Potsdam,
www.opferperspektive.de
 Tagesschau – Nachrichtensendung des 1. Deutschen Fernsehens
 THO – Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt, Am Stadion 1, 07749 Jena, Fon 03641-801366,
www.opferhilfsdienst.de
 TKP/ML – Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
 TLZ – Thüringische Landeszeitung
 taz – die tageszeitung
 TERZ – autonome Stadtzeitung, Himmelgeister Str. 107a, 40225 Düsseldorf, Fon 0211-9347787, www.terz.org
 Tschetschenien – Kein Weg zurück 06/06, Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, 030-6126074
 TTB – Tübinger Tagblatt
 The VOICE – The VOICE Refugee Forum, Schillergäßchen 5, 07745 Jena, Fon 03641-665214, www.hunanrights.de/congress
 ThisDay – Nigerianische Tageszeitung
 Togo Action Plus – Colbest. 19, 10247 Berlin, togoactionplus@googlemail.com,
 TS – Der Tagesspiegel
 Türkeiforum – Demokratisches Türkeiforum, www.tuerkeiforum.net
 tz – Tageszeitung (in München)
 UK – Uckermark-Kurier
 Umbruch-Bildarchiv – Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin, Fon 030-6123037, www.umbruch-bildarchiv.de
 UeN – Uetersener Nachrichten
 UKSSD – Union kurdischer Studierender in Syrien und Deutschland, <http://www.ukssd.de/deu/>
 umF – unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
 Ungarn 2012 – Ungarn: Flüchtlinge zwischen Haft und Obdachlosigkeit, Bericht einer einjährigen Recherche bis Februar 2012,
bordermonitoring.eu, Friedenstr. 10, 81671 München, Förderverein Pro Asyl, Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt/M.
 UNBEQUEM – Zeitschrift der Kritischen PolizistInnen, Böttcherstr. 27-29, 23552 Lübeck, Fon 0451-7070500
 UNITED – "List of 22.394 documented refugee deaths through Fortress Europe" 1993 – 19.6.2015
 United for Intercultural Action, European network against nationalism, racism, fascism and in support of migrants and
 refugees, Postbus 413 NL-1000 AK Amsterdam, Fon 0031-20-6834778, www.unitedagainstracism.org
 Unterstützerkreis der Familie Yildirim – c/o Jürgen Rathmann, Am Peterberg 10, 56070 Koblenz, Fon 0261-803868
 Unterstützerkreis für die Rückkehr der Familie Özdemir – c/o Helmut Schillo, Am Fahrwald 21, 66687 Wadern
 Unterstützer*innenkreis der Familie Herce – soligruppe-herceg@hotmail.com
 UPOTUDAK – Internationales Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen der TKP/ML
 Ursula Trescher und UnterstützerInnen – Fon 04768-685, trescherking@t-online.de
 Utopia – Berliner Str. 24, 15230 Frankfurt (Oder), utopia-ffo@riseup.net
 UZ – Unsere Zeitung – Die Demokratische, Wien
 VDAS – Vereinigung Deutsch-Ausländische Solidarität, Rüsselsheim und Umgebung, Postfach 2023, 65410 Rüsselsheim,
 Fon 06142-498009
 VKSM – Verein Kamerunischer Studierender Mannheim
 VM – Volksstimme Magdeburg
 VS-Bericht Brbg 2000 – Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg
 VS-Bericht NRW – Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen
 WamS – Welt am Sonntag
 Was geht ab? – Edelweißpiraten Berlin, Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin
 WAZ – Westfälische Allgemeine Zeitung – www.westen.de, www.waz.de
 WB – Westfalen-Blatt
 WDR – Westdeutscher Rundfunk
 Welt – Die Welt
 WeZ – Welzheimer Zeitung
 wib – Woche im Bundestag
 WiK – Wiesbadener Kurier

Willkommen in Oberhavel – Fabrikstr. 10, 16761 Hennigsdorf, Fon 0176-70452745, mitmachen@willkommen-ohv.de
 WK – Weser Kurier
 WtzK – Wetzlar Kurier
 WN – Westfälische Nachrichten
 WoAZ – Wolfsburger Allgemeine Zeitung
 WoN – Wolfsburger Nachrichten
 WoZ – Wolfenbütteler Zeitung
 WP – Westfalen Post
 WR – Westfälische Rundschau
 WSWS - World Socialist Web Site, <https://www.wsws.org/de>
 WT – Wiesbadener Tagblatt
 WuTlog – Weblog der Projektwerkstat WuT, Wurzener Str. 6, 12627 Berlin, <https://suburbanhell.org/wut>
 WV – Westfälisches Volksblatt
www.kl-medien.de/ina – Initiative Nachrichtenaufklärung
 WZ – Westdeutsche Zeitung
 Xclusiv – Zeitschrift des AK Asyl Baden-Württemberg
 XENION – Psychotherapeutische Beratungsstelle für politisch verfolgte, Paulsenstr. 55-56, 12163 Berlin, Fon 030-31012564
info@xenion.org
 Yekiti – Kurdische Demokratische Partei der Einheit in Syrien, Europäische Vertretung, Postfach 1412, 32066 Bad Salzflen
 Yezidisches Forum – Eidechsenstr. 19, 26133 Oldenburg, Fon 0441-4850555
 ZAG – Zeitschrift antirassistischer Gruppen – www.zag-berlin.de/
 ZASt – Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge
 ZDF – Zweites Deutsches Fernsehen
 ZDK – "Bulletin" Schriftenreihe vom Zentrum Demokratische Kultur in Berlin, Chausseestr. 29, 10115 Berlin, Fon 030-2829627
 Zeit – Die Zeit, Wochenzeitung
 Zeit-Recherche – Einzelfall-Recherche von Zeit-online über den Zeitraum vom 8.3.2015 bis 18.10.2015
 ZeZ – Zevener Zeitung
 Ztg – Zeitung
 Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach – Spessartstr. 7, 63128 Dietzenbach, Fon 06074-812603,
www.zusammenleben-der-kulturen.de/
 Zwischen Traum und Trauma – Innen-Ansichten aus der Abschiebehaft in Ingelheim, Alena Thiem,
 von Loeper Literaturverlag 2010
 Zwischen Abschiebungshaft und freiwilliger Ausreise – EU-Rückführungsrichtlinie und ihre Umsetzung –
 Tagung am 13.1.14 in Kiel
 ZZ – Zschopauer Zeitung

Die mit * versehenen Quellen sind von der Ausstellung "Ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland"
 Jugendclub Courage Köln, Steinbergstr. 40, jc-courage@netcologne.de .

Hinweis zu den Quellenangaben:

Aufgrund der technischen Entwicklung über den langen Zeitraum der Erstellung der Dokumentation und der deutlichen Zunahme von On-line-Redaktionen der Printmedien wird bei den Quellenangaben nicht zwischen den Druckversionen und den Online-Texten unterschieden.

Hinweis zur Orthographie:

Aufgrund des Beginns der Erstellung dieser Dokumentation im Jahre 1994 wird die alte Rechtschreibregelung auch in den Aktualisierungen beibehalten.

Ankündigung Webdokumentation:

**Ab April 2018 ist unter der Internet-Adresse ari-dok.org die Online-Version der Dokumentation in Form einer Datenbank öffentlich zugänglich.
 Eine gezielte Recherche mit verschiedenen Suchmöglichkeiten
 (Schlagworte, Orte, Datum, Herkunftsländer u.a.) wird dadurch ermöglicht.**